**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
**Herausgeber:** Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
**Band:** 154 (1976)

**Artikel:** Bewahren - Helfen - Fördern : 100 Jahre Bürgergemeinde Basel
**Autor:** Fürstenberger, Markus
**Kapitel:** Bürgergemeinde Basel 1876-1975
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-1006854

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 02.10.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Bürgergemeinde Basel 1876-1975

## *Schaffung der Bürgergemeinde 1875–1876*

Im Zusammenhang mit dem Aufbau der Einwohnergemeinde und der Bürgergemeinde waren eine Ausscheidung des städtischen Bürgergutes und die Aufstellung eines Inventars des städtischen Vermögens nötig. Zur Vorbereitung eines entsprechenden Gesetzes delegierte der Regierungsrat am 21. Juli 1875 seinen Präsidenten Dr. Carl Burckhardt und seinen Ratskollegen Niklaus Halter; der Stadtrat wurde «göttlicher Obsorge empfehlend» aufgefordert, seine Vertreter zu bestimmen; es waren dies sein Präsident Johann Jacob Minder, Stadtrat Wilhelm Bischoff und Stadtschreiber Dr. Hans Burckhardt. Am 29. Juli fand die erste Sitzung statt, in der Regierungspräsident C. Burckhardt die Aufgabe der Delegationen kurz umriß: «Es handelt sich nicht um einen Vertrag, bei welchem Abstimmungen über diesen oder jenen Punkt nötig werden, sondern nur darum, diejenige Urkunde vorzubereiten, welche in der Verfassung §§ 15 und 16 vorgesehen sind und über welche der Große Rat erst zu entscheiden haben wird.» Diese Äußerung zeigt bereits die extreme Meinung der Regierung, den Einfluß des Stadtrates einzudämmen. Die Verhandlungen zogen sich durch den ganzen Monat August hin. Der Regierungsrat wollte der Bürgergemeinde nur eine jährliche, vom Großen Rat festzusetzende Dotation von Fr. 25 000.– bis Fr. 28 000.– gewähren. Der Stadtrat forderte die Hard und ein Kapitalvermögen sowie verschiedene Liegenschaften. Drei Varianten standen schließlich zur Diskussion: eine jährliche Dotation oder die Hard und Fr. 20 000.– oder Fr. 60 000.– und eventuell die Gewährung des Steuerrechts. Im Verwaltungsbericht des Stadtrates wird über diese Verhandlungen erklärt: «Da unsere Delegierten aber nur in der Stellung von Auskunftspersonen den Regierungsdelegierten beigegeben waren, so blieben deren Ansichten auch ohne Berücksichtigung...» Eine Einigung konnte demnach nicht erzielt werden, so daß die Regierung eigenmächtig entschied und bereits am 28. August 1875 den Entwurf eines Gesetzes verabschiedete, den sie dann am 4. Oktober 1875 mit einer Begründung dem Großen Rat vorlegte. Darin werden folgende Institutionen als Bürgergut erklärt: das städtische Armenamt, das Bürgerspital und das Waisenhaus mit allen diesen Anstalten gehörenden Vermögen in Liegenschaften, Kapitalien und Gefällen. «Es soll dasselbe (Bürgergut) dem Zwecke der Stiftungen und der bisherigen Vorschrift und Übung gemäß verwendet und für jede Anstalt gesondert verwaltet werden.» Der Oberaufsicht der Bürgergemeinde wer-

den in bezug auf Organisation und Vermögensverwaltung unterstellt: die 16 Zünfte, die Ehren-Gesellschaften, die Vorstadtgesellschaften, sowie die Leonhard Paravicini-Stiftung und das Carl Bischoff'sche Theaterlegat. Als Eigentum sollten der Bürgergemeinde das Stadthaus und das Mueshaus in der Spalenvorstadt übergeben werden, ferner zur Bestreitung der Verwaltungsausgaben jährlich Fr. 28 000.–.

Der Stadtrat war keineswegs einverstanden, man verwies als rechtliche Basis auf die Dotationsurkunde von 1803 und meinte in der einsetzenden Pressepolemik, «wenn aber der Stadt die Haut über die Ohren gezogen werden will, wird es am Platze sein, den Rechtsstandpunkt mehr zu betonen». In einer Debatte wurde angeregt, es wäre besser, zuerst die Bürgergemeinde zu organisieren und dann zu verhandeln, «erst organisieren und dann nicht dotieren resp. diktieren, sondern discutieren».

In der Sitzung des Großen Stadtrates vom 11. Oktober 1875 wurde ein Anzug eingereicht, der dann am 16. Dezember 1875 behandelt und an den Stadtrat überwiesen wurde. Dieser erhielt den Auftrag, «zu untersuchen und darüber zu berichten, nach welchen Grundsätzen die Ausscheidung stattzufinden hat, und auf welchem Wege nötigenfalls dahin zu wirken ist, daß dieses Vermögen der Bürgerschaft von Basel gewahrt und gesichert werde». – Nun holte der Stadtrat bei den Herren Professoren Johannes Schnell und Friedrich von Wyß ein Gutachten ein, über das er am 5. Januar 1876 dem Großen Stadtrat berichtete. Es heißt darin deutlich, daß die Einwohnergemeinde neu zu konstituieren und das Vorgehen der Regierung unrichtig sei, es stehe im Widerspruch zu den Verfassungsbestimmungen. «Die Bürgergemeinden bleiben was sie waren, nur ihre Behörden werden neu organisiert... Die Gemeinde Basel ist die gleiche geblieben, wie sie im Jahre 1803, zur Zeit ihrer ersten Constituirung, war, nur von ihren Geschäften und Functionen ist allmälig Mehreres an die Regierung übergegangen, wie in andern Schweizer-Städten die entsprechenden Functionen theilweise an die Einwohner-Gemeinde-Behörden übergegangen sind. Wenn in Basel nicht wie anderwärts eine solche Einwohner-Gemeinde entstanden, ja nicht einmal das Verlangen darnach laut geworden ist, so liegt der Grund dafür eben darin, daß die Kantonsbehörde mehrentheils an deren Stelle getreten ist. – Die Bundesverfassung § 43 stellt es nun allerdings den gesetzgebenden Kantonal-Behörden frei, die Bürgergemeinden in die Einwohnergemeinden aufgehen zu lassen, resp. den schweizerischen Niedergelassenen Mitantheil an Bürger- und Corporations-Gütern und Stimmrecht in rein bürgerlichen Angelegenheiten zu ertheilen. – Dieß hätte auch in Basel geschehen *können,* ist aber nicht geschehen. Und wenn es geschehen wäre, so hätte das Gleiche für alle Gemeinden des Kantons geschehen müssen und die Landgemeinden

behandelt werden wie die Stadt. Ein anderes Verfahren wäre im Widerspruch mit § 4 der Bundesverfassung, welche *keine Vorrechte* zulässig erklärt. – Nun hat man den Landgemeinden ihre Bürger-Verbände gelassen, wie sie waren; man hat ihnen ihr Bürgergut und ihre Corporations-Güter gelassen und sie im ungestörten Besitz derselben bestätigt; man kann gegen die Stadtgemeinde nicht ein anderes Verfahren in Anwendung bringen ...»

Im weitern wurde betont, daß als Grundlage für die Ausscheidung einzig und allein die Dotationsurkunde von 1803 angenommen werden könne. Dort seien die Ausgaben für die munizipalen Zwecke schon ausgeschieden. Durch die Abtretungen im Verlaufe der vergangenen Jahrzehnte seien zudem einige Artikel der Urkunde hinfällig geworden. «Dagegen hat die Bürgergemeinde Anspruch auf die im Art. 5 genannten Grundstücke, Gebäude und Waldungen, sowie auf die gleichfalls erwähnten milden Stiftungen, und hat für die nicht mehr vorhandenen Grundstücke Ersatz an andern Immobiliar-Vermögen oder an Geld anzusprechen.» Diese Ansprüche an den Vermögensteilen sind 1803 der Bürgergemeinde als rechtsgültiges Eigentum auf alle Zeiten zuerkannt worden.

Der Bericht geht noch kurz auf die Stiftungen ein, besonders aufs Spital, das der Staat an sich ziehen möchte, und schließt dann mit dem Antrag: «E. E. Großer Stadtrat wolle beschließen, daß der Stadtrat nach vorstehender Darstellung der Rechtsverhältnisse berechtigt und verpflichtet sei, in seiner Eigenschaft als Vertreter der Stadtgemeinde und Verwalter des Stadt- resp. Güterguts im Sinne dieser Ausführungen und nach Maßgabe der Umstände zu handeln.»

Der Große Stadtrat nahm am 10. Januar 1876 von dem Bericht des Stadtrates Kenntnis und beauftragte ihn, «eine Vorstellung an den Großen Rat zu richten, in welcher aufs nachdrücklichste unser Standpunkt vertreten und in Kürze die im Bericht enthaltenen Ansichten ausgesprochen werden sollten». Diesen Auftrag erledigte der Stadtrat sogleich.

In diesem Zusammenhang setzte sich Dr. Carl Bernoulli vehement für die Rechte der Stadtgemeinde und für die Befugnisse des Stadtrates ein und meinte u. a.: «Zur Erläuterung will ich noch an zwei völkerrechtliche Akte erinnern. Im Frieden von 1871 heißt es: Frankreich cedirt, überträgt an Deutschland Elsaß-Lothringen. Im Jahre 1866 ging es anders, da erklärte Preußen, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt seien nun sein. Die Souvairenität der frühern Fürsten habe aufgehört, und dadurch fielen diese Länder an den Stärkeren. Dieser gab sich nicht einmal die Mühe, mit den Besiegten zu tractiren. Das war Kriegsrecht. Wenn die h. Regierung ganz in analoger Weise, ohne sich mit der Stadtbehörde zu verständigen, annimmt, sie habe nun über deren Eigentum zu verfügen, so scheint uns das

eine Annexion nach preußischem Muster, Kriegsrecht im Frieden, Kriegsrecht ohne Kanonen freilich, sondern mit der fortwährenden Versicherung, man wolle das Beste der Bürgergemeinde!»

Die ganze Auseinandersetzung fand auch in der Presse ihren Niederschlag. Im Dezember setzte sich ein Korrespondent für eine Verständigung ein, meinte dann aber: «Allein es ist dabei nicht zu vergessen, daß die jetzt auch bei uns herrschende autoritär radikale Regierungsweise den Artikel ‹Verständigung› nicht auf Lager hält.» Später war in einer Schweizer Zeitung zu lesen: «Gönne man der Bürgergemeinde Basel eine würdige Existenz, schätze man sie nicht als Magd, die keinen eigenen Willen haben darf, aber sorge dafür, daß der Wille nicht ein ängstlich befangener, sondern ein weitherziger, wahrhaft liberaler sei, der ihre Mittel zum wahren Wohl der Bürgerschaft und der Stadt verwendet.»

Die Sitzung des Großen Rates vom 17. Januar 1876 stand ganz im Zeichen der Ausscheidung des Bürgergutes. Nach einigem Hin und Her wurde das Geschäft an eine Kommission gewiesen. In der Sitzung war die Auffassung des Stadtrates durchgedrungen, daß das ganze Problem nicht durch ein staatliches Diktat, sondern nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung durch eine Vereinbarung mit der Stadtgemeinde gelöst werden müsse. Die Kommission begann ihre Untersuchungen sofort und lud Regierungsrat und Stadtrat ein, je zwei Delegierte zu ernennen. Der Regierungsrat delegierte Niklaus Halter und Dr. Gottlieb Bischoff, der Stadtrat seinen Präsidenten Johann Jacob Minder (später nach dessen Erkrankung ersetzt durch Stadtrat Wilhelm Burckhardt) und seinen Statthalter Wilhelm Bischoff.

Die Verhandlungen zogen sich vom 26. Januar bis gegen Ende April 1876 hin und fanden nach Konzessionen von beiden Seiten am 26. April 1876 ihren Abschluß im sogenannten *Ausscheidungsvertrag*. Er wurde vereinbart zwischen den Delegierten des Regierungsrates, als Vertreter der Einwohnergemeinde, unter Vorbehalt der Ratifikation durch den Regierungsrat und den Großen Rat, einerseits, und den Delegierten des Stadtrates, als Vertreter der Bürgergemeinde, unter Vorbehalt der Ratifikation durch den Stadtrat und den Großen Stadtrat andrerseits. Der Stadtrat erteilte noch am gleichen Tag seine Zustimmung, allerdings nicht einstimmig, der Große Stadtrat am 15. Mai 1876, der Regierungsrat am 5. Mai gegen zwei Stimmen und der Große Rat am 6. Juni. Ein heftiger Streit war jetzt zu Ende, und der Stadtrat beurteilte in der Schlußsitzung des Großen Stadtrates das Resultat als recht befriedigend: «So hatten damit diese schwierigen und für die Bürgergemeinde überaus wichtigen Verhandlungen zu einem Resultat geführt, welches den billigen Anforderungen der Bürgergemeinde in der Hauptsache gerecht wird...»

Durch den Vertrag wurden der Bürgergemeinde der Stadt Basel teils nach Maßgabe der Dotationsurkunde von 1803 und teils auf Grund besonderer Übereinkunft das Eigentum an bestimmten Vermögensgegenständen zuerkannt, die sich aus Liegenschaften, Armeninstitutionen und Stiftungen zusammensetzten. Ferner wurde ihr die Aufsicht über die Vermögensverwaltung mehrerer Körperschaften eingeräumt. Unter den Liegenschaften waren zum Teil solche, die der Bürgergemeinde eigentlich nicht zustanden, deren Besitz aber vorteilhaft erschien. Dafür hatte die Bürgergemeinde einige der 1803 genannten Liegenschaften an die Einwohnergemeinde zu überweisen, so die Langen Erlen. Ein Abschnitt des neuen Vertrages bezog sich bereits auf die Verwaltung der durch Testament von Christoph Merian 1857 vorgesehenen Stiftung. Dieser hatte die Stadt Basel als Universalerbin seines über 25 Millionen betragenden Vermögens eingesetzt mit der Bestimmung, die Nutznießung des Vermögens zur Förderung des Wohls der Menschen, zur Linderung der Not und des Unglücks und zur Unterstützung aller Einrichtungen, die das städtische Gemeinwesen als notwendig oder allgemein nützlich und zweckmäßig erachte, zu verwenden.

Die wesentlichen Punkte des am 6. Juni 1876 in Rechtskraft getretenen Vertrages über Ausscheidung des eigentlichen Vermögens der Bürgergemeinde aus dem bisherigen städtischen Gute sind:

«Der Bürgergemeinde Basel bleiben als ausschließliches Eigenthum theils auf Grund der Dotationsurkunde, theils gemäß gegenseitigen Übereinkommens:

1. Das Stadthaus nebst Mobiliar,
   das Nebenhaus Nr. 15, Stadthausgasse, in welchem der Regulator für die elektrischen Uhren bleibt, so lange der Regierungsrath es angemessen erachtet.
2. Das Mueshaus nebst Mobilien.
3. Die Hardtwaldung (inbegriffen das sogenannte Klingenthalholz), 1004 Jucharten in den Bännen Muttenz, Birsfelden und Pratteln.
4. Das Wasserhaus in der Neuen Welt mit Wohnhaus und Scheune sammt dem Land im Banne Mönchenstein, 18 Jucharten, 323 Ruthen.
5. Die Försterwohnung, Zürcherstraße 193, 4 Jucharten, 35 560 Quadrat-Fuß.
6. Die sogenannte St. Alban-Munimatte vor dem Steinenthor, 3 Jucharten 13 730 Quadrat-Fuß.
7. Eine Parcelle von 29 175 Quadrat-Fuß vom Claramattareal.
8. Eine Parcelle von 9540 Quadrat-Fuß bei der Strafanstalt.
   (Zur Veräußerung der drei letztgenannten Liegenschaften bedarf es nicht mehr der Genehmigung des Regierungsraths.)

Ferner die städtischen Armenanstalten:

der Bürgerspital,

das Waisenhaus,

das Almosenamt,

mit allem Vermögen an Liegenschaften, Kapitalien und Gefällen und allen Stiftungsverpflichtungen.

Der Oberaufsicht der Bürgergemeinde sind unterstellt:

Die Leonhard Paravicinische Stiftung,

Das Carl Bischoff'sche Theaterlegat.

Hinsichtlich der Christoph Merian'schen Stiftung ist festgesetzt:

Die Verwaltungscommission wird durch die Behörden der Bürgergemeinde bestellt und beaufsichtigt. Vom Ertrag beziehen dieselben zur Unterstützung der städtischen Armenhäuser und zur Linderung der Noth und Unglück einen Drittel, der Rest wird zur Verfügung des Regierungsraths gehalten, vorbehalten ausnahmsweise Änderung dieser Quoten zur Durchführung größerer Arbeiten, und späterer Revision der Vertheilung, falls der Drittel der Bürgergemeinde nicht mehr in Verhältniß stände zu den Bedürfnissen, welchen die Stiftung vom Testator in erster Linie gewidmet ist.

Hinsichtlich ihrer Vermögensverwaltung bleiben der Aufsicht der Bürgergemeinde unterstellt:

Die bestehenden 16 Zünfte der Stadt.

Die Gesellschaften der kleinen Stadt.

Die bestehenden 5 Vorstadtgesellschaften der großen Stadt.

Das übrige städtische Vermögen fällt der Einwohnergemeinde zu und geht dermalen in die Verwaltung des Staats über.»

Die buchmäßige Übertragung erfolgte schon am 1. Januar 1876.

Die Urkunde zur Sicherstellung des in die kantonale Verwaltung übergegangenen Vermögens der Stadtgemeinde Basel genehmigte der Große Rat am 26. Juni 1876. Nachdem die nötigen Inventarien und Schatzungen durch Sachverständige aufgenommen worden waren, gingen die Verwaltungen des Brunn- und Bauamtes, sowie des Marktwesens auf den 1. August 1876, die übrigen auf den 1. Oktober 1876 an die kantonale Verwaltung über. Sämtliche bisherige städtische Beamten sind mit den betreffenden Verwaltungen in den Staatsdienst übergetreten.

In der Schlußsitzung des Großen Stadtrates vom 5. Oktober 1876 legte der abtretende Stadtrat einen mündlichen Bericht über sein letztes Amtsjahr vor, gleichzeitig wurden die vergangenen 73 Jahre kurz gestreift und einige Aufgaben hervorgehoben, die für die Entwicklung der Stadt des letzten Jahrhunderts von weitgehender Bedeutung blieben:

«Wir begegnen zuerst noch in den dreißiger Jahren jenen weit greifenden Beschlüssen betreffend Erweiterung der Eisengasse, deren geringe Breite dem immer mächtiger sich entfaltenden Verkehr unserer Stadt nicht mehr gewachsen war; es konnte dieß selbstverständlich nur mit großen Opfern durchgeführt werden; auch dies jedoch konnte auf die Länge nicht mehr genügen, vollends als die neue Post an der Freiestraße erbaut und bezogen worden, es folgte daher in dem folgenden Jahrzehnt die Erweiterung der ebenfalls für den Verkehr längst zu engen untern Freiestraße.

War bei diesen Beschlüssen hauptsächlich die Handelsstadt Basel mit ihrem stetig steigernden Verkehr berücksichtigt worden, so trat im Jahre 1842 bei Erbauung des neuen Museums die Stadt der Künste und Wissenschaften in den Vordergrund, ein Bau und eine Anstalt, wie sie keine andere Schweizerstadt besitzt; die Stadtgemeinde betheiligte sich dabei mit einer großen Summe. Ebenfalls den Wissenschaften zu Gute kam die Anlegung des neuen botanischen Gartens vor dem Aeschenthor. Was Seiten der Stadtbehörden geschehen war, um den neuen Verkehrswegen und Verkehrsmitteln der Eisenbahnen Eingang in unserer Stadt zu verschaffen, ist Ihnen wohl Allen noch in lebhafter Erinnerung.

Ebenso bereit fanden Sie sich, im Jahre 1852 eine andere gemeinnützige Erfindung, die Beleuchtung durch Leuchtgas einzuführen, ein Institut, das im Laufe der Jahre mehr und mehr aufblühte und nun in den günstigsten Verhältnissen an den Staat abgetreten werden konnte.

Auch des Baues der neuen Schulhäuser zu St. Theodor, St. Leonhard und in der Rittergasse sei hier gedacht.

Den sanitarischen Bedürfnissen der Stadt kamen deren Behörden entgegen durch die Anlage der beiden neuen großen Gottesäcker auf dem Kannenfeld und auf dem Wolf, sowie durch die Unterstützung des ungemein wichtigen Unternehmens der Wasserversorgungsgesellschaft in den 60er Jahren.

Es würde zu weit führen, noch weiter ins Einzelne einzugehen, es ist Ihnen Allen bekannt, wie auch für zahlreiche andere Anstalten der Wissenschaft und der Kunst, so das Theater, musikalische Anstalten usw., die Stadtbehörden ihr Interesse und ihre Theilnahme bewiesen haben.

Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß sich auch stets Männer gefunden, welche bereit waren, namentlich in unsren Special-Commissionen ihre Dienste dem Wohle der Stadt zu widmen, und sind wir ihnen noch zu besonderem Dank verpflichtet.

Hiemit schließen wir unsern Bericht und legen zugleich das uns von Ihnen übertragene Amt nieder. Unser aufrichtiges Bestreben war, nach bestem Wissen und Frommen unserer Vaterstadt zu besorgen; ob und wie weit dies unseren schwachen Kräften gelungen ist, überlassen wir Ihnen zu beurthei-

len und empfehlen unsere Stadt auch fernerhin dem Machtschutz Gottes.

Den neuen Behörden der Bürgergemeinde aber wünschen wir, daß ihr Wirken stets ein segensreiches sein möge.»

Wie sah nun der Aufbau der Bürgergemeinde in ihrer neuen Form aus?

### *Organisation der Bürgergemeinde*

In § 16 der Kantonsverfassung von 1875 wurde unter Bezugnahme auf die revidierte Bundesverfassung festgelegt:

«Für die Verwaltung von Bürger- und Corporationsgütern, welche Eigentum der Gemeindebürger bleiben, und für die Besorgung der Bürgeraufnahmen werden durch die stimmberechtigten Gemeindebürger besondere Gemeindebehörden aufgestellt.»

§ 17 ergänzt:

«Das Gesetz wird die näheren Bestimmungen über die Organisation der Einwohnergemeinde, sowie der bürgerlichen Gemeindebehörden feststellen.»

Das erwähnte Gemeindegesetz wurde am 26. Juni 1876 erlassen, die Paragraphen 12–18 betreffen die Bürgergemeinde der Stadt:

«§ 12

In der Bürgergemeinde der Stadt Basel sind stimmberechtigt die in der Gemeinde wohnhaften Gemeindebürger, welche das 20. Altersjahr zurückgelegt haben und im Besitz des Activbürgerrechts sind.

Ein durch die stimmberechtigten Bürger gewählter weiterer Bürgerrath von vierzig Mitgliedern bildet die oberste Behörde der Bürgergemeinde.

Die Wahlen finden nach Quartieren und im Verhältniß der in jedem Quartier wohnhaften Gemeindebürger statt; worüber der Regierungsrath das Nähere durch Verordnung festsetzen wird.

Die Wahlen werden auf die Dauer von 3 Jahren unter Anwendung der Stimmurnen getroffen...

Wahlfähig sind sämmtliche Stimmberechtigte.

§ 13

Der weitere Bürgerrath versammelt sich unter dem Vorsitz des Präsidenten des engern Bürgerrathes oder seines Statthalters und auf Beschluß des engern Bürgerrathes, so oft die Geschäfte es erfordern, aber alljährlich wenigstens ein Mal zur Abnahme der Berichte und Rechnungen des engern Bürgerrathes. ...

Dem weitern Bürgerrathe steht zu:

1. Die Aufnahme neuer Bürger nach den bestehenden Gesetzen.

2. Die Prüfung und Genehmigung des Berichts und der Rechnung, welche der engere Bürgerrath alljährlich über seine Verwaltung und diejenige der ihm untergeordneten Behörden, sowie der seiner Aufsicht unterstellten Corporationen und Stiftungen erstattet.
3. Die Aufnahme von Anleihen der Bürgergemeinde.
4. Der Ankauf, Verkauf und die Verpfändung von bürgerlichen Liegenschaften, beziehungsweise die Genehmigung solcher Rechtsgeschäfte, wenn sie durch besondere Verwaltungen vorgenommen werden; insofern der Betrag die durch die Geschäftsordnung zu bestimmende Competenz des engern Bürgerrathes übersteigt.
5. Die Genehmigung aller Ausgaben, welche die durch die Geschäftsordnung zu bestimmende Competenz des engern Bürgerraths übersteigen.
6. Die Schlußnahmen, welche gemäß § 4 des Ausscheidungsvertrags vom 6. Juni 1876 der Bürgergemeinde hinsichtlich der Chr. Merian'schen Stiftung zustehen.
7. Die Genehmigung der Organisation und Geschäftsordnung des engern Bürgerrathes und der zu speciellen Verwaltungen erforderlichen Behörden, soweit gegenwärtiges Gesetz nicht darüber bestimmt.
8. Die Wahl und die Entschädigung der Mitglieder des engern Bürgerrathes und seines Präsidenten.
9. Die Wahl des Bürgerrathsschreibers nebst Festsetzung der Besoldung und der Competenz desselben.
10. Die ihm vom engern Bürgerrathe weiter vorgelegten Geschäfte.
11. Der Entscheid über die durch Anzüge aus seiner Mitte angeregten Berathungsgegenstände.

Die unter Ziffer 3 und 4 erwähnten Beschlüsse bedürfen zu ihrer Vollziehbarkeit der Ratification des Regierungsrathes.

Eine auf Vorschlag des engern Bürgerrathes von dem weitern Bürgerrathe zu erlassende Geschäftsordnung wird die nöthigen Vorschriften über die Einberufung, Leitung, Berathung und Beschlußfassung des weitern Bürgerrathes, sowie über die von demselben vorzunehmenden Wahlen festsetzen. Diese Geschäftsordnung unterliegt der Genehmigung des Regierungsrathes.

Die Verhandlungen des weitern Bürgerrathes sind öffentlich.

§ 14

Der engere Bürgerrath besteht aus einem Präsidenten und vier Mitgliedern.

Derselbe wird vom weitern Bürgerrathe durch absolutes Stimmenmehr des weitern Bürgerrathes gewählt.

Mitglieder des Regierungsrathes können nicht Mitglieder des engern Bürgerrathes sein.

Der Präsident des engern Bürgerrathes wird vom weitern Bürgerrathe gewählt. Den Statthalter des Präsidenten wählt der engere Bürgerrath selbst.

Die Amtsdauer der Mitglieder des engern Bürgerrathes ist 3 Jahre und fällt mit der Amtsdauer der Mitglieder des weitern Bürgerrathes zusammen. In der Zwischenzeit erledigte Stellen sind beförderlich wieder zu besetzen. Der Gewählte fällt jedoch mit den übrigen Mitgliedern in die Gesamterneuerung.

Die Mitglieder beziehen eine jährliche Entschädigung, welche der weitere Bürgerrath festsetzt.

§ 15

Der engere Bürgerrath besorgt alle diejenigen Geschäfte, welche nicht dem weitern Bürgerrathe vorbehalten sind, und bereitet die dem Letztern zur Entscheidung oder Genehmigung vorzulegenden Schlußnahmen vor.

Insbesondere kommt ihm zu:

1. Die Verwaltung des Bürgerguts.
2. Die Aufsicht über die Verwaltung des Spitals, des Waisenhauses, des Almosenamtes und eintretenden Falls der Chr. Merian'schen Stiftung.
3. Die Aufsicht über die Verwaltung des Vermögens der Zünfte, der Gesellschaften der Kleinen Stadt, der Vorstadtgesellschaften, der Leonhard Paravicini'schen Stiftung, des Karl Bischoff'schen Theaterlegats und künftiger ähnlicher Stiftungen.
4. Die Wahl der für specielle Verwaltungen erforderlichen Behörden und Commissionen.
5. Die Wahl des erforderlichen Kanzleipersonals, nebst Festsetzung der Besoldung und der Competenzen desselben.

Der engere Bürgerrath erstattet dem weitern Bürgerrath alljährlich Bericht und Rechnung über seine Verwaltung und diejenige der ihm untergeordneten Behörden. Nach erfolgter Genehmigung sind Bericht und Rechnung dem Regierungsrathe einzugeben, welcher bei Anlaß des jährlichen Verwaltungsberichtes dem Großen Rathe davon Mittheilung macht.

Als Verwahrer der Urkunde über das an den Staat zur Verwaltung übergegangene Vermögen der Einwohnergemeinde hat der engere Bürgerrath auf Grund der ihm vom Regierungsrathe alljährlich zu machenden Angaben über eingetretene Veränderungen an dem Vermögen der Einwohnergemeinde Buch und Rechnung zu führen.

§ 16

Der engere Bürgerrath versammelt sich auf Einladung seines Präsidenten so oft die Geschäfte es erfordern, oder wenn zwei Mitglieder es verlangen.

Zur Beschlußfassung und Vornahme von Wahlen ist die Anwesenheit von drei Mitgliedern erforderlich.

§ 17

Der Bürgerrathsschreiber wird nach vorhergegangener Auskündung aus einem vom engern Bürgerrath zu bildenden doppelten Vorschlag vom weitern Bürgerrath auf die Dauer von sechs Jahren gewählt, nach deren Verfluß er auf die gleiche Zeitdauer wieder wählbar ist.

Er muß stimmberechtigter mehrjähriger Gemeindebürger sein.

§ 18

Die Protokolle des weitern und engern Bürgerrathes stehen jedem Gemeindebürger zu Einsicht offen.»

Im Jahre 1870 zählte der Kanton Basel-Stadt 47 376 Einwohner, davon lebten 45 577 Personen oder 96,2 Prozent in der Stadt. Die Zahl der Basler Bürger betrug damals 12 544 Personen oder 27,5 Prozent.

Für die Zusammensetzung des ersten Weitern Bürgerrates wurden auf Grund der Zahl der niedergelassenen Gemeindebürger folgende Vertretungen bestimmt:

| | |
|---|---|
| St. Johannquartier | 5 |
| Spalenquartier | 6 |
| Steinenquartier | 7 |
| Aeschenquartier | 5 |
| St. Albanquartier | 5 |
| Stadtquartier | 4 |
| Riehenquartier | 4 |
| Bläsiquartier | 4 |

Die Wahlen wurden am 24. September 1876 vorgenommen. Am 9. Oktober fand im Stadthaus die erste Sitzung des neugewählten Weitern Bürgerrates statt. Er nahm die Wahl der Exekutive, des Engern Bürgerrates und des Bürgerratspräsidenten vor.

Dem ersten Bürgerrat gehörten an:

Wilhelm Bischoff, Präsident (bis 1876 Statthalter des Stadtrates)
Wilhelm Burckhardt
Carl Preiswerk
Wilhelm Müller
Albert Lotz

Am 21. Oktober 1876 trat der Bürgerrat seine Geschäftsführung an: ein neues Kapitel der Basler Stadtgeschichte begann, ein Abschnitt, der vor allem im Bereich der Wohlfahrt wichtige Akzente setzte. Die Tätigkeit der

bürgerlichen Behörden fand in weiten Kreisen vielfach wenig Beachtung. Das Stadthaus blieb neben dem Rathaus meist etwas verborgen, obwohl der einzelne Angehörige der Bürgergemeinde mit den verschiedenen Institutionen immer wieder in Berührung kam.

## *Chronologie 1876–1975*

In den folgenden Abschnitten sollen die wichtigsten Entscheide und Vorkommnisse der einzelnen Jahre festgehalten werden.

### 1876

Der erste Rechenschaftsbericht des Bürgerrates umfaßt die letzten drei Monate des Jahres 1876. Während dieser Zeit sind zur völligen Organisation der Behörden noch verschiedene Beratungen und Wahlen nötig. Von großer Bedeutung wird die Arbeit der Verwaltungs-Kommission, welche die Geschäfte der früheren Land- und Waldinspektion übernommen hat. Glücklicherweise hat die neue Organisation der Bürgergemeinde auf das Spital keinen Einfluß, im Pflegamt wird nur ein Mitglied ersetzt, so bleibt im Ablauf der Geschäfte eine Kontinuität erhalten.

Bereits im ersten Bericht werden jedoch die höheren medizinischen und chirurgischen Kosten hervorgehoben; diese Vermehrung rührt von den gesteigerten Ansprüchen der Kliniken her. Das Hauptgewicht bei den größeren Ausgaben bilden die außerordentlich gesteigerten Baukosten. Wie in allen späteren Berichten ist in bezug aufs Spital immer von umfangreichen Renovationen und Einrichtungs-Änderungen die Rede; sie sind zum Teil unaufschiebbar und bringen unvorhergesehene Mehrkosten. «Immerhin wird der Spital auch zur Deckung seiner laufenden Aufgaben auf die thatkräftige Mithilfe der hiesigen Wohlthätigkeit bauen, und Zurückhaltung in Bezug auf wünschenswerthe aber nicht absolut nothwendige Einrichtungen beobachten müssen.» Für die Zukunft bestehen Pläne zur Verlegung und Ausdehnung einzelner Anstalten. «Für die Ausführung dieser großen Aufgaben vertraut das Pflegamt daher auf Gottes Fürsorge und den gemeinnützigen Sinn unserer Vaterstadt.» – Ein Diskussionspunkt ist die Anstellung eines Hilfsgeistlichen; doch wird dabei auch schon an eine Reorganisation des Spitalpfarramtes gedacht. – Dem Bericht des Waisenhauses ist zu entnehmen, daß sich die Aufnahmebegehren aus ganzen und getrennten Ehen ungewöhnlich häuften, alles Fälle, bei denen es wünschbar wäre, daß

die Kinder der schlimmen Umgebung und schädlichen Einflüssen so viel wie möglich entrissen würden. Die neueste Tendenz der schweizerischen Gesetzgebung erschwere die Aufgaben der Armenversorgung, indem der gewissenlose Vater es leicht habe, seine Kinder erster Ehe der öffentlichen Fürsorge zur Erziehung zu überlassen und eine neue Ehe einzugehen, in der Absicht, für seine Kinder nichts tun zu wollen oder zu können.

## 1877

Gemäß dem Ausscheidungsvertrag von 1876 besitzt die Bürgergemeinde einzelne Grundstücke, die sie verkaufen kann; im Berichtsjahr bietet sich eine Gelegenheit dazu. Das wertvollste ist der Rest der Claramatte zwischen der Drahtzugstraße und dem Teich, ein Teil davon wird veräußert. Das größte verkaufbare Areal bildet die über drei Jucharten messende Munimatte unterhalb des Rümelinbaches vor dem Steinentor. Verkaufsverhandlungen zur Erstellung einer Reitbahn auf diesem Gelände zerschlagen sich, obwohl der Bürgerrat günstige Bedingungen stellt und das Unternehmen auch im Interesse des Militärwesens erachtet. Das Areal soll nun Wohnzwecken zugeführt werden, der Verkauf einer kleinen Eckparzelle kommt im Oktober 1877 zustande. – Immer wieder hat sich der Bürgerrat auch mit Versorgungsfällen zu befassen. Einer sei herausgegriffen, es betrifft 1877 einen kaum 12 Jahre alten Knaben, der schon vorher wegen verübter Vergehen mehrfach versorgt war, aber nicht bestraft werden konnte. Er wurde in keiner Anstalt mehr aufgenommen, weil er störrisch war und wiederholt ausbrach. Bei einer solchen Gelegenheit verübte er als Anführer älterer Strolche sogar in der Hard einen Raubüberfall. «Die h. Regierung fand mit Recht die vom Strafgericht für die nach dem 12. Jahre begangene That ausgesprochene Gefängnisstrafe von 6 Monaten nicht genügend, um eine Besserung des grundverdorbenen Menschen auch nur erhoffen zu können, und verfügte eine längere administrative Detention (= Gewahrsam) in der hiesigen Strafanstalt, da der Bürgerrat die von der Zwangsarbeitsanstalt Thorberg, wo der Betreffende zuerst versorgt werden sollte, verlangte Haftbarkeit ‹für allen Schaden› geradezu ablehnte.» – Während früherer Jahre wurde zur Heizung von Frühkirchen und Wochengottesdiensten ans Münster, St. Peter, St. Leonhard, St. Theodor und St. Alban je ein Klafter Holz geliefert. Diese Zuteilung hebt der Bürgerrat auf, was die Geistlichen überrascht und bei der Kirchen- und Schulgutsverwaltung vorstellig werden läßt. Diese unternimmt einen Vorstoß und erreicht im Berichtsjahr eine einstweilige Fortsetzung der Spenden. Die Lieferung von zwei Klaftern an

die Kirche zu St. Jakob beruht auf der Beziehung des Waisenhauses zur dortigen Kirche. – Für eine eidgenössische Abstimmung wird durch das Departement des Innern am 21. Oktober das Stadthaus in Anspruch genommen, was jedoch der Bürgerrat für die Zukunft ablehnt! – Im April tritt der Bürgerratsschreiber Dr. Carl J. Bernoulli sein Amt an, im Herbst bezieht er die vorher vom Stadtschreiber benützte und nun renovierte Amtswohnung im 2. Stock des Stadthauses. Carl Bernoulli wurde 1835 als Sohn des damaligen Postmeisters im Stadthaus geboren. In jenen Jahren weilte der zu seinem Fürstentum Neuenburg reisende Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. oft bei der Familie Bernoulli im Posthaus. Der neue Bürgerratsschreiber, der gerne musiziert, zählte zu seinen Gästen Clara Schumann anläßlich ihres letzten Konzertes in Basel. – Da im Spitalareal die Irrenanstalt ebenfalls untergebracht ist, ergeben sich hie und da Schwierigkeiten; so beschwert sich ein neuzugezogener Nachbar wegen Nachtlärm. Die Untersuchung ergibt, wie übertrieben die Klage ist, eine Änderung ist unter den jetzigen Gegebenheiten zudem nicht möglich. Auch die prekären Raumverhältnisse drängen auf einen Neubau, und zwar außerhalb der Stadt. – Das Pflegamt macht auf die beständige Abnahme des Spitalvermögens aufmerksam. Es wird dabei auf die Betreuung vieler von der Polizei zugeschobener Kranken hingewiesen und eine vermehrte Beteiligung des Kantons verlangt. Die 90 480 Verpflegungstage verteilen sich auf 11 443 Basler und auf 79 037 Nichtbürger; in der Pfrund betragen die Pflegetage für Basler 54 899, für Nichtbürger 18 894. – Erwähnenswert ist die Bestimmung des neuen Militärreglements, die Assistenzärzte vom Militärdienst nicht mehr befreit. Dies bringt in den Spitalbetrieb zahlreiche Erschwerungen. «Ungeachtet die Militärbehörde in dieser Weise keine Rücksichten gegen unsere Anstalt walten ließ, wurden dennoch anstandslos wieder drei militärische Sanitätscurse auf der chirurgischen Abteilung gestattet.»

## 1878

Im Januar wird der Rest des Claramattareals (1253 m²) verkauft. – Das Gesuch des Schweizerischen Rennvereins um eine Ehrengabe zu seiner Großveranstaltung wird abgelehnt, da der Bürgerrat der Meinung ist, daß die Erfüllung solcher Leistungen bei der Ausscheidung an die Einwohnergemeinde übergangen ist. – Bemühend bleibt das Verfahren der Behörden gegenüber einem Bürger, der sein 13jähriges Mädchen beständig mit Bettelbriefen herumschickt, so daß das «gewandte Kind» nach zuverlässigen Berichten schon ziemlich verdorben wurde. Dem Vater wird mit Versor-

gung des Mädchens gedroht, und er erhält wegen Bettels eine Strafe. Nach Androhung wiederholter Verzeigung wird die Versorgung ermöglicht. – Auf dem Areal des hinteren Spitalgartens wird der Bau eines pathologisch-anatomischen Instituts beschlossen und der entsprechende Vertrag genehmigt. – Im Irrenhaus werden die Raumverhältnisse immer prekärer; der Irrenarzt muß nichtbürgerliche Kranke so bald als möglich in die heimatlichen Anstalten abschieben. – Eine beträchtliche Frequenzsteigerung erfährt die Armenherberge, was den schwierigen Erwerbsverhältnissen zugeschrieben wird. Fast $^2/_3$ der Herberg-Suchenden sind deutsche Handwerksburschen. «Seit Erlaß des deutschen Gesetzes gegen die Sozialdemokraten haben sich viele dadurch Betroffene der Schweiz zugewendet, und dieser vermehrte Zufluß ist auch in unsrer Armenherberge fühlbar geworden. Im Allgemeinen kann der Herbergsvater über den Geist der Besucher nicht klagen, doch mußten zuweilen störrisch und frech auftretende Burschen mit Ernst zur Ordnung gewiesen werden.» Insgesamt werden 1878 12 222 Personen beherbergt, darunter 7 Ehepaare und 27 Familien mit 48 Kindern. Interessant ist die Verteilung der Besucher nach ihrer Heimat: Basel 29, Baselland 147, übrige Schweiz 3065, Baden 2198, Württemberg 1151, Bayern 840, Elsaß-Lothringen 752, übriges Deutschland 2860, Frankreich 162, Italien 277, Österreich-Ungarn 631, Holland 19, Rußland 22, andere europäische Staaten 54, Übersee 6. Zur Verteilung gelangen: 29 474 Portionen Suppe, 5065 Kilo Brot (und zusätzlich noch 2110 Kilo Brot für die Suppe und für die Angestellten). Nachtlager erhalten 10 724 Personen; an 94 Besucher werden Reisegelder von Fr. 311.35 vergeben. Schuhkäufe belaufen sich auf Fr. 373.30. «Für das Anhalten von 1777 Bettlern (1877: 1299) erhält die Polizeimannschaft die übliche Vergütung von je 15 Rappen.» – Im November heißt der Bürgerrat nach eingehenden Vergleichen und nach sorgfältigen Sondierungen aller möglichen Fälle das neue «Refundationsreglement für das bürgerliche Waisenhaus der Stadt Basel» gut – es geht dabei um das Recht auf die Rückerstattung geleisteter Unterstützung.

## 1879

Wegen Verzögerung der Vorarbeiten erfolgen die Neuwahlen erst im Oktober, sie gehen bei schwacher Stimmbeteiligung (23%) ohne Wahlkampf und Einsprache vor sich und ergeben im allgemeinen keine andere Zusammensetzung der Behörden. – Die Probleme der Versorgung zur Zwangsarbeit bringen zahlreiche Sorgen; in den einzelnen Verwaltungsberichten wird oft darauf hingewiesen. Im Jahre 1879 ist zu lesen: «Nicht

selten kommen Bürger, die unter dem Vorgeben nirgends Arbeit zu erhalten, um Unterstützung nachsuchen, und denen dann, wenn keine Arbeit angewiesen werden kann, etwas gegeben werden muß, das die Empfänger entweder in der Liederlichkeit bestärkt, oder wenigstens an das arbeitslose Empfangen gewöhnt. Nicht Alle sind arbeitsscheu: es gibt die arbeiten wollen, die aber an körperlicher oder geistiger Kraft oder durch geschwächte Sinne hinter der großen Mehrzahl zurückstehen und daher der allgemeinen Concurrenz nicht folgen können. Kommen Solche nun in guten Zeiten noch nothdürftig durch, so sind sie dagegen bei erschwertem Verdienst außer Stande, auch nur das Nothdürftigste zu erwerben. Wenn bei diesen eine zeitweise Unterstützung ganz angebracht ist, so darf doch nicht durch zu leichtes Geben der Sinn geschwächt werden, daß sie gehalten sind, ihr Brot durch Arbeit zu verdienen. Bei Andern ist der Mangel an Arbeit nur Vorwand, sie wollen nicht arbeiten: so lange aber die Gemeinde nicht in der Lage ist, die vorgeschützte Bereitwilligkeit zur Arbeit zu erproben, und ihnen anstatt der begehrten Geldspende Arbeit anzuweisen, benützen sie diesen schwachen Punkt in der Stellung der Behörde, um Geldunterstützung zu begehren.» Der Bürgerrat versucht nun solchen Leuten Arbeiten in der Forstverwaltung anzuweisen, zum Teil mit Erfolg. – Der Hardwald im Muttenzer Kataster wird neu geschätzt, allerdings für die Bürgergemeinde trotz verschiedener Vorstöße mit einem unbefriedigenden Resultat. – Auf den 1. Oktober verkauft das Almosenamt sein Verwaltungsgebäude Nadelberg 23 und zieht in Parterreräume des Stadthauses.

## 1880

Das Gesamtareal der St. Alban Munimatte vor dem Steinentor wird relativ günstig verkauft. – Die Versorgungen zur Zwangsarbeit nehmen zu, während des Jahres werden von der Regierung 14 neue Versorgungsbeschlüsse gefaßt. – Anfangs September kann das neue pathologische Institut dem Betrieb übergeben werden.

## 1881

Da die Einnahmen aus der Hardwaldung auf ein Minimum gesunken sind, werden die Holzlieferungen an verschiedene Kirchen aufgehoben. – Zwischen Deutschland und der Schweiz werden wegen der Zahlung von Spital-Pflegekosten durch deutsche Patienten Verhandlungen geführt; sie

verlaufen nur zum Teil erfolgreich, verschaffen jedoch den eidgenössischen Behörden einen Einblick in die Art, wie die von ihnen redigierten Vertragsbestimmungen in Deutschland ausgelegt und gehandhabt werden. – Zur Errichtung eines Absonderungshauses durch Staat und Bürgerspital werden erste Verhandlungen geführt. Als Areal wird ein Teil der «Milchsuppe» außerhalb des Kannenfeldquartiers vorgesehen. Die Erstellung des Spitals trägt der Staat, das Bürgerspital leistet einen jährlichen Beitrag. Das Pflegamt und der Bürgerrat sind der Meinung, daß mit dem Anwachsen der Bevölkerung die an die bürgerliche Stiftung gestellten Anforderungen immer mehr über deren Mittel hinausgehen und den Bau von Krankenanstalten durch die staatlichen Behörden als Bedürfnis erscheinen lassen; die Ausscheidung der Irrenpflege wird als begründet erachtet.

## 1882

Die am 24. September durchgeführten Wahlen ändern wenig an der Zusammensetzung des Rates, sie finden ohne Wahlkampf und daher unter schwacher Stimmbeteiligung (15%) statt. – Das sogenannte Waisenhausgut beim St. Albanteich-Wuhr wechselt seinen Besitzer; der Bürgerrat wird durch eine Birsüberschwemmung in seiner Verkaufsabsicht bestärkt. Auf Anfrage erwartet die Regierung, der ja das Kontrollrecht über den Haushalt der Bürgergemeinde zusteht, von jedem Verkauf eine Anzeige zur Genehmigung. – In den Monaten Februar und März erfolgt der endgültige Vertragsabschluß über Irrenanstalt, Absonderungslokal und Hilfsspital. Für den Bau der Irrenanstalt tritt das Bürgerspital 99 841 m² auf dem Spitalgut zur «Milchsuppe» unentgeltlich ab. – Zu Beginn des Jahres wird die revidierte Übereinkunft betreffend Kliniken ausgetauscht.

## 1883

Der große Sitzungssaal im Stadthaus erfährt eine umfangreiche Renovation, vor allem der Decke und der Holzvertäferung; die Vorhänge werden durch Draperien ersetzt. Die «Wiederherstellung des ursprünglichen Luxus» wird aus Kostengründen abgelehnt. – 23 Gesuche um Unterstützung der Auswanderung liegen vor, 5 werden abgelehnt; im ganzen wird 39 Personen die Auswanderung ermöglicht, vor allem nach Nordamerika. – Die E. Zunft zum Schlüssel erhält die Bewilligung zu Umbauten im Zunfthaus, wobei allerdings Bedenken geäußert werden, daß dieses Zunfthaus inskünftig auch

als Wirtshaus diene. Im Pachtvertrag steht der ausdrückliche Vorbehalt, der Zunftsaal sei zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden, damit so die Korporation der Öffentlichkeit einen bedeutenden Dienst erweise. – Der von den Gesellschaftsvorständen ausgearbeitete Entwurf über die neue Organisation der Ehren-Gesellschaften im Kleinbasel erhält die Genehmigung der bürgerlichen Aufsichtsbehörden.

## 1884

Der kleine Sitzungssaal des Stadthauses wird in angemessener Weise restauriert. Aus der Benützungszeit durch die eidgenössische Postverwaltung stammt der eiserne Blechofen, er ersetzte damals den früheren stilgemässen Kachelofen. An seiner Stelle wird nun ein monumentaler Porzellanofen mit gemalten Kacheln aufgebaut. – In der Kanzlei wird anstelle des im Doppel auszuführenden Familienbuches mit einem neuen Formular ein praktisches Register angelegt. – Einige Beratungen betreffen das Projekt eines Kanals zu industriellen Zwecken von der Au durch den unteren Teil der Hard bis nach Birsfelden. Gegen dieses Projekt legt der Bürgerrat Verwahrung ein. – Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, und es zeigt sich die fatale Auswirkung der Trennung von Bürger- und Einwohnergemeinde, da die erste keine öffentlichen Arbeitsstellen besitzt, wohl aber der Pflicht der Armenfürsorge für ihre Bürger ausschließlich nachkommen muß. – Ein starkes Auftreten der Pockenkrankheit erfordert die Eröffnung des Hilfsspitals im Klingental, zu dem das Spital laut Vertrag von 1883 den Verwalter und das Wärterpersonal stellt.

## 1885

Nach Verhandlungen im Weitern Bürgerrat wird dem Großen Rat beantragt, das Gemeindegesetz abzuändern und die Zahl der Mitglieder des Bürgerrates auf 6–7 Personen festzusetzen. Der Große Rat folgt dem Antrag und legt die Zahl der Mitglieder auf 6 fest (die Auslegung lautet dann allerdings 6 Mitglieder und Präsident). Zur Gewinnung tüchtiger Männer zu Mitgliedern des Bürgerrates wird entsprechend der Abänderung der Wahl der Regierungsmitglieder beschlossen, daß in den Bürgerrat nicht nur Mitglieder des Weitern Bürgerrats gewählt werden können, sondern die Wahl unter den stimmfähigen Gemeindebürgern freisteht. – Die Wahlen werden gemäß den erwähnten Änderungen erst Ende November durchge-

führt; erstmals sind die Wahllokale schon am Samstag geöffnet. Die Wahlbezirke erhalten eine Vermehrung, da das Bläsiquartier eine Aufteilung erfährt; zudem sind in drei Quartieren Nachwahlen nötig.

Die Sitzverteilung lautet jetzt:

| | | |
|---|---|---|
| St. Johannquartier | 5 | |
| Spalenquartier | 6 | |
| Steinenquartier | 7 | |
| Aeschenquartier | 4 (–1) | |
| St. Albanquartier | 5 | |
| Stadtquartier | 3 (–1) | |
| Riehen | 4 | |
| Inneres Bläsiquartier | 3 | vorher zusammen 4 |
| Äußeres Bläsiquartier | 3 | |

Durch den baldigen Bezug der neuen Irrenanstalt werden im Spital Räume frei, aber ihre Neubelegung ist noch unsicher, sollen sie ein Bereitschaftsquartier für die ersten Fälle ansteckender Krankheiten sein oder den unheilbaren Kranken dienen? In diesen Erörterungen werden Neubaupläne vorgebracht, die das Spitalpflegeamt aber ablehnt, da verschiedene Ansprüche vorwiegend klinischen Zwecken dienen, und so die eigentlichen Aufgaben des bürgerlichen Krankenhauses sprengen würden. – Vom Riehenmattgut erwirbt die Einwohnergemeinde für das Pumpwerk eine weitere Parzelle, einen Abschnitt der Egelseematten (Eglisee), der einen Weiher umfaßt.

## 1886

Das wichtigste Geschäft des Jahres 1886 ist die Organisation der Verwaltung des nach dem Absterben der Witwe des Christoph Merian-Burckhardt an die Bürgergemeinde gelangenden Vermögens. Dieser Zuwachs bringt neue Aufgaben, und es erscheint angebracht, die Mitgliederzahl des Bürgerrats zu erhöhen. Am 27. Mai heißt der Weitere Bürgerrat den betreffenden Vorschlag gut und beschließt die Wahl eines siebten Mitglieds (Einzelheiten über die für die Bürgergemeinde so wichtige Christoph Merian'sche Stiftung finden sich auf den Seiten 121–125). – Im Stadthaus kommt es zur Renovation des Vestibüls im ersten Stock und zur Auffrischung von Einfahrt und Treppenhaus. – Um den Verkehr mit Spital, Waisenhaus, Zivilstandsamt und Kontrollbureau zu erleichtern, wird das Stadt-

haus ans Telephonnetz angeschlossen. – Die Sitzungsräume des Stadthauses dienen jedes Jahr verschiedenen Gremien als geschätzter Tagungsort, im Berichtsjahr dem Vorstand der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, der Konferenz der Schweizerischen Evangelischen Kirchenbehörden und während einer Woche der nationalrätlichen Alkoholkommission. – Die neue Irrenanstalt ist im Sommer 1886 vollendet, am 29. Oktober erfolgt die Dislokation der Pfleglinge: aus der bisherigen Anstalt 36 Männer und 43 Frauen, aus dem Versorgungshaus 10 Männer und 30 Frauen, aus auswärtigen Heimen 5 Personen; dazu kommen noch 16 Angestellte und ein Assistenzarzt. – Die nun freien Räume des Spitals werden für eine Absonderungsstation, ein Asyl für Unheilbare und für ein Versorgungsheim umgebaut.

## 1887

Der Beginn des Betriebs der staatlichen Irrenanstalt und die Errichtung eines ordentlichen Lehrstuhls für Geburtshilfe an der Universität ändern die dem bisherigen Vertrag zwischen Bürgergemeinde und Staat zugrunde liegenden Verhältnisse und machen eine Revision nötig. Am 9. März 1887 genehmigt der Bürgerrat und am 23. März der Regierungsrat die neue «Übereinkunft betreffend das Verhältnis des Staats zum Bürgerspital in Basel». – Zwischen dem Pflegamt und dem Sanitätsdepartement kommt am 14. März ein Vertrag über die Errichtung eines staatlichen Hilfsspitals zustande. Das Spital verpflichtet sich zur Abgabe eines Areals von 2,5 Hektaren auf dem westlichen Teil des Spitalgutes an der Burgfelderstraße und der Staat zum Bau eines Hilfsspitals für mindestens 120 Kranke. – Das leerstehende alte Siechenhaus in St. Jakob, das bereits jetzt bei jedem Quartalwechsel als willkommenes Aushilfe-Obdach dient, soll mit der Zeit wohnlicher eingerichtet werden, jedoch ohne großen Aufwand, «sonst fühlen die Insaßen keinen Antrieb mehr, diesem Notbehelf möglichst bald wieder zu entsagen». – Wegen der Erstellung der Marktgasse muß die Metzgernzunft ihr Zunfthaus dem Staat verkaufen. Aus finanziellen Gründen entschließt sich auch die Zunft zu Schmieden zur Veräußerung ihrer Liegenschaft an der Gerbergasse. Der drohende Übergang der zentral gelegenen Gebäude in Privatbesitz veranlaßt die Gemeinnützige Gesellschaft, das Areal zu erwerben. Der Bürgerrat, der immer wieder gegen den Verkauf von Korporations-Liegenschaften Bedenken äußert, stimmt dem Vorhaben zu, da nun viele gemeinnützige Anstalten hier eine Bleibe finden können. – In der Nacht vom 16. auf den 17. September brennt das große, gut eingerichtete Ökono-

miegebäude in Unter-Brüglingen mit allen Vorräten ab; die Christoph Merian'sche Stiftung beschließt sogleich die Errichtung eines Neubaus.

## 1888

Die Verordnung der Wahl des Weiteren Bürgerrates wird auf Wunsch des Engern Bürgerrates vom Regierungsrat am 21. September dahin abgeändert, daß die Wahlen jeweils erst im November stattfinden, damit die Prüfung des vorjährigen Verwaltungsberichtes mit der wünschbaren Genauigkeit noch vom alten Rate vorgenommen werden kann. – Am 17. und 18. November erfolgen die Erneuerungswahlen. Wegen einer vereinbarten gemeinsamen Vorschlagsliste fällt ein eigentlicher Wahlkampf dahin, was sich in der geringen Stimmbeteiligung (21%) ausdrückt. – Für die Beschäftigung von Arbeitslosen sollte vom Kanton ein Arbeitshaus errichtet werden; bis jetzt dient die Strafanstalt der Unterbringung solcher Bürger. – Die Reisekosten zur Auswanderung werden an verschiedene Bürger ausgerichtet, so an einen 35jährigen ledigen Mann, «der durch mangelhafte Erziehung, überspannte Ideen heruntergekommen, von seinem Vater schon nach Südamerika und Australien gesandt worden war und endlich auf Antrag des Vaters eine Detention (= Versorgung) hatte durchmachen müssen, aber nachher wieder nirgends Arbeit behalten konnte». Er verreist nun nach Argentinien, was teilweise einem Abschieben gleichkommt. – Die Erben von Frau Merian-Burckhardt verzichten auf das Wohnrecht im Landhaus zu Brüglingen, unter der Bedingung, daß keine Wirtschaft darin eingerichtet werde und es der Fürsorge für Arme und Notleidende diene. Es ist vorgesehen, im prächtig gelegenen Haus während des Sommers eine Rekonvaleszenten-Station für 8–10 Patientinnen unter Leitung einer Diakonissin einzurichten. – Die Erweiterung der Krankenpflege bedingt einen Neubau der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung, er soll außerhalb des bestehenden Spitals an der Ecke Klingelbergstraße/Schanzenstraße entstehen. – Der Umbau des alten Irrenhauses zur neuen Versorgungsstation ist anfangs des Jahres abgeschlossen, die neuen Räume dienen sofort den von einer Scharlachepidemie befallenen Kranken.

## 1889

Im Stadthaus ist die Renovation des Vestibüls im ersten Stock beendet, der Raum wird durch stilechtes Mobiliar vervollständigt. – Die erstmalige

Benützung der Rekonvaleszenten-Station in Brüglingen nimmt einen ermutigenden Verlauf. – Für das Waisenhaus liegen neue Statuten vor, die durch gewisse Veränderungen nötig werden. In den neuen Vorschriften wird genau unterschieden zwischen dem Waisenhaus als der unter diesem Namen bekannten Erziehungsanstalt und der Waisenanstalt als der gesamten Institution zur Unterstützung der bedürftigen bürgerlichen Familien. – Intensive Beratungen finden über den Bezug der Gebühren für Musik- und Tanzbewilligungen «zu Handen der Armenhäuser» statt. Eine neue Verordnung mit erhöhten Gebühren will die Erträgnisse trotz alter Vereinbarung der Staatskasse zufließen lassen. Nach Einsprache des Bürgerrates beschließt die Regierung, die Einkünfte bis auf weiteres derart zu verteilen, daß die eine Hälfte der Staatskasse zufällt, die andere Hälfte gleichmäßig unter Spital, Almosenamt, Waisenhaus, freiwillige Armenpflege, sowie Witwen- und Waisenkasse des Polizeikorps geteilt wird. Der Bürgerrat beantwortet diese Anzeige mit Bedauern und betont, daß nun trotz Mehrleistungen der Institute die bisherigen Einkünfte geschmälert würden. – Der Vertrag, der den Übergang des Zunfthauses zum Goldenen Sternen in Privatbesitz regelt, erhält die Genehmigung; doch heißt es, der Allgemeinheit werde erneut die Benützung von Räumlichkeiten entzogen. – Verhandlungen mit der Regierung betreffen die Parzellierung des Bauplatzes auf dem Plateau zwischen Centralbahnhof, Margarethenstraße und Güterstraße; das Areal ist Spitalbesitz. Die Angelegenheit kommt zum Stocken, da das Direktorium der Schweizerischen Central-Bahn noch keinen endgültigen Entscheid über die Unterführung der Margarethenstraße getroffen hat.

## 1890

Die Kanzlei erhält den Auftrag, jeweilen über die Sitzungen des Weitern Bürgerrates den Tageszeitungen einen kurzen Bericht zur Verfügung zu stellen. – Der Bürgerrat ersucht den Regierungsrat um eine Änderung des Teilungsmodus der Merian'schen Stiftungszinsen, da das Waisenhaus das jetzt bewilligte Drittel aufbraucht und das Spital immer mehr Mittel benötigt. Die Kantonsbehörde sichert eine Erwägung zu und schlägt als mögliche Entlastung der Bürgergemeinde die Errichtung der neuen gynäkologischen Anstalt durch den Staat vor. – Das Pflegamt und der Bürgerrat vertreten die Meinung, das Bürgerspital sollte die ganze Krankenpflege in seiner Hand behalten; allerdings setzt dies eine Neueinteilung des Ertrags der Christoph Merian'schen Stiftung voraus. – Zwischen dem Pflegamt und dem Sanitätsdepartement wird ein Vertrag über die neue staatliche Poli-

klinik abgeschlossen; diese führt die seit 1874 im Bürgerspital bestehende Klinik weiter.

## 1891

Die Erneuerungswahlen vom 21./22. November nehmen einen ruhigen Verlauf, da in den meisten Quartieren nur eine einzige Liste vorliegt; die Stimmbeteiligung ist schwach (17%). – Mit dem Verkauf des Bauplatzes beim St. Johanntor veräußert die Bürgergemeinde das letzte Grundstück, das ihr 1876 zur Verwertung überlassen wurde. – Die beabsichtigte Vereinigung Kleinhüningens mit der Stadt Basel wirft auch die Frage der Vereinigung der beiden Bürgergemeinden auf; dieses Problem wird eingehend untersucht. – Am Eliashügel in der Hard erfolgt die Ausgrabung der Ruine eines römischen Wachtturms; er gilt als einer der 25 ähnlichen römischen Posten zur Verteidigung der Rheingrenze zwischen Bodensee und Basel. Sein Bau fällt ins 4. nachchristliche Jahrhundert. – Das dem Spital gehörende Areal des Zoologischen Gartens wird an die Einwohnergemeinde verkauft (Fr. 32 769.80). – Nach einigen Verhandlungen übergibt das Waisenhaus die ihm gehörende Kirche St. Jakob samt Kirchhof, Schopf und Mobiliar unentgeltlich dem Kirchen- und Schulgut Basel-Stadt. Die zuständige Behörde verpflichtet sich, Kirche und Kirchhof ebenfalls unentgeltlich an die Christoph Merian'sche Stiftung abzugeben, falls sie nicht mehr zu Gottesdiensten oder einzelnen gottesdienstlichen Funktionen benützt werden. – Das Wirtshaus St. Jakob wird durch die Christoph Merian'sche Stiftung renoviert und «in einer den historischen Erinnerungen des Ortes angemessenen Weise bemalt». – Die Zunftgenossen der E. Zunft zu Fischern beschließen den Verkauf des Gebäudes Fischmarkt 10; der Bürgerrat lehnt die Veräußerung zuerst aus prinzipiellen Gründen ab, der Weitere Bürgerrat genehmigt jedoch nach Erhöhung des Angebots den Verkauf.

## 1892

Am 2. April beschließt der Regierungsrat die Verschmelzung Kleinhüningens mit Basel; die Stellung der beiden Bürgergemeinden erfährt dadurch keine Änderung. – Hinsichtlich der Verwahrung der Werttitel und der Kassabestände der Gemeindeverwaltung und der unter seine Aufsicht gestellten Stiftungen erläßt der Bürgerrat am 19. Oktober 1892 ein entsprechendes Reglement. – An einer kirchlichen Feier im früheren Markgräflerhof gedenken am 10. Dezember bürgerliche und kantonale Behördevertreter,

Ärzte und Beamte des 50jährigen Bestehens des neuen Bürgerspitals. – Mit dem Regierungsrat ergibt sich eine Erörterung der Rechtsfrage über die Deckung der Mehrkosten des Betriebs des Merian'schen Krankenhausflügels. Die Meinungen bleiben geteilt; doch verzichtet der Bürgerrat auf eine weitere Behandlung der Frage. Das Pflegamt weist auf die schwere finanzielle Belastung des Spitals durch die Führung von Kliniken hin; es anerkennt die Vorteile, welche die Hilfe hervorragender Ärzte bietet, meint aber, die Leistungen des Staates stünden in keinem Verhältnis zu den wirklichen Kosten. Es wird deshalb die Kündigung des sogenannten Klinikenvertrages beschlossen. – Die E. Zunft zu Schuhmachern verkauft ihre Liegenschaft an der Freienstraße 52 mit der Begründung, daß die neue um vier Meter zurückversetzte Baulinie einen Neubau erfordere, den sie nicht finanzieren könne. Der Weitere Bürgerrat stimmt dem Verkauf zu, doch der Regierungsrat verweigert die Genehmigung; die Veräußerung kommt erst 1895 zustande.

## 1893

Der Kanton Basel-Landschaft erläßt eine neue Staatssteuer, der auch die im Kanton gelegenen Liegenschaften der Bürgergemeinde und ihre Stiftungen unterliegen. Nach einigen zum Teil erfolgreichen Verhandlungen wegen einer Vergünstigung gibt sich der Bürgerrat «im Interesse des freundnachbarlichen Einvernehmens» mit der erlangten Erledigung «in Minne» zufrieden. – Emil Allemandi und seine Gattin vermachen in ihrem Testament der Stadt Basel einen durch den Bürgerrat zu verwaltenden Fonds von Fr. 100 000.–, dessen Zinsen alljährlich zur Ausstattung zweier arbeitsamer und sparsamer Töchter, die in Basel verbürgert oder wohnhaft sind, verwendet werden sollen. Das großzügige Legat wird der Verwaltung der Kommission zur Leonhard Paravicinischen Stiftung übertragen. – Am 10. Juni stimmt der Bürgerrat dem neuen Klinikenvertrag zu. Der Staatsbeitrag an die Kliniken von bisher jährlich Fr. 5000.– erhöht sich auf Fr. 20 000.–; zudem erfolgt die Zusicherung eventueller Staatsbeiträge an bauliche Arbeiten im Spital, wenn diese klinischen Zwecken dienen. Die Erhöhung der Kostgeldansätze wird einstweilen verschoben.

## 1894

Bei den Wahlen vom 17./18. November wird zum ersten Mal die neue Wahlbezirkseinteilung angewendet. In den zehn städtischen Kreisen beträgt die Zahl der stimmfähigen Bürger 5837.

| | | |
|---|---|---|
| Münsterquartier | 550 | 4 Sitze |
| Petersquartier | 367 | 3 » |
| St. Johannquartier | 610 | 4 » |
| Spalenquartier | 781 | 5 » |
| Steinenquartier | 778 | 5 » |
| Aeschenquartier | 673 | 5 » |
| St. Albanquartier | 591 | 4 » |
| Riehenquartier | 544 | 4 » |
| Bläsiquartier | 368 | 2 » |
| Horburgquartier | 575 | 4 » |

Von diesen Stimmfähigen beteiligen sich 2049 an der Wahl, dies sind 35,1%. – Die siebte Stelle des Engern Bürgerrates wird nicht besetzt, da die bisherigen Räte bereit sind, die Geschäftsverteilung zu belassen, wie sie seit dem Rücktritt eines Mitgliedes provisorisch bestand. – Längere Diskussionen ergeben sich über das laut Testament errichtete Fideikommiß zu Gunsten der Familie Meyer zum Pfeil, deren Verwaltung eine bürgerliche Behörde übernehmen soll. Das dabei vorgesehene Almosenamt lehnt die Verwaltung jedoch ab und weist darauf hin, daß jedes öffentliche Interesse daran fehle und es unwahrscheinlich sei, daß die Familie aussterbe. Der Bürgerrat findet diese Gründe nicht stichhaltig, und so wird das Almosenamt beauftragt, sich der Aufgabe zu unterziehen; die Vermögens-Verwaltung wird jedoch der Christoph Merian'schen Stiftung zugewiesen. – Auf das unbedeutende Legat eines in St. Gallen verstorbenen Basler Bürgers wird nach Einsicht in die Erbschaft verzichtet. – Die Kommission der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen, die in Davos ein Sanatorium betreibt, regt an, auf dem Bruderholz eine Heilstätte zu errichten, da der Aufenthalt im Hochgebirge nicht für alle Stadien der Lungenschwindsucht zuträglich sei. Eine Verlegung der Lungenkranken in eine in nächster Nähe der Stadt sich befindende Anstalt beseitige im Spital eine erhebliche Gefahr für die andern Kranken und schaffe für dringliche Fälle mehr Platz. Das Pflegamt beschließt daher einstimmig, ob dem Jakobsberger-Wäldchen ein Gebäude zur Aufnahme von ca. 60 Lungenkranken zu errichten. Die Landkäufe werden am 29. November durch den Weitern Bürgerrat genehmigt.

## 1895

Über die Frage eines Pensionsanspruches des Personals der Bürgergemeinde wird beschlossen: «In Betracht, daß es schon bei verschiedenen

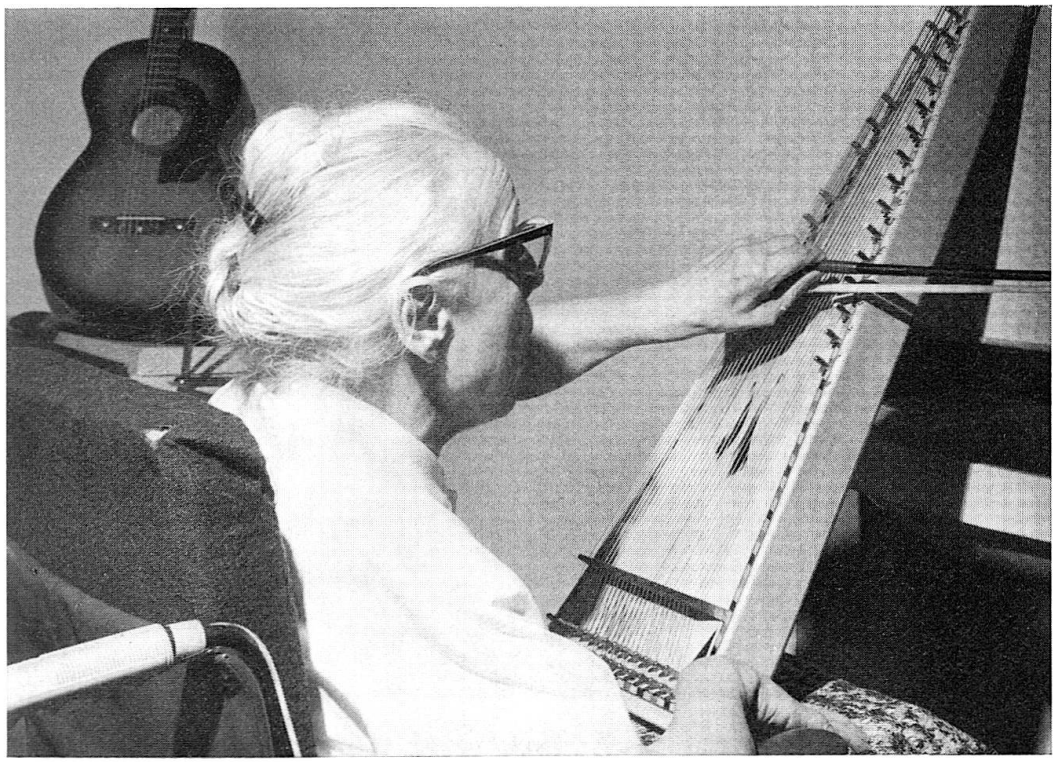

*Abb. 5 und 6:* Reicher Alltag durch künstlerische Betätigung auch im Alter

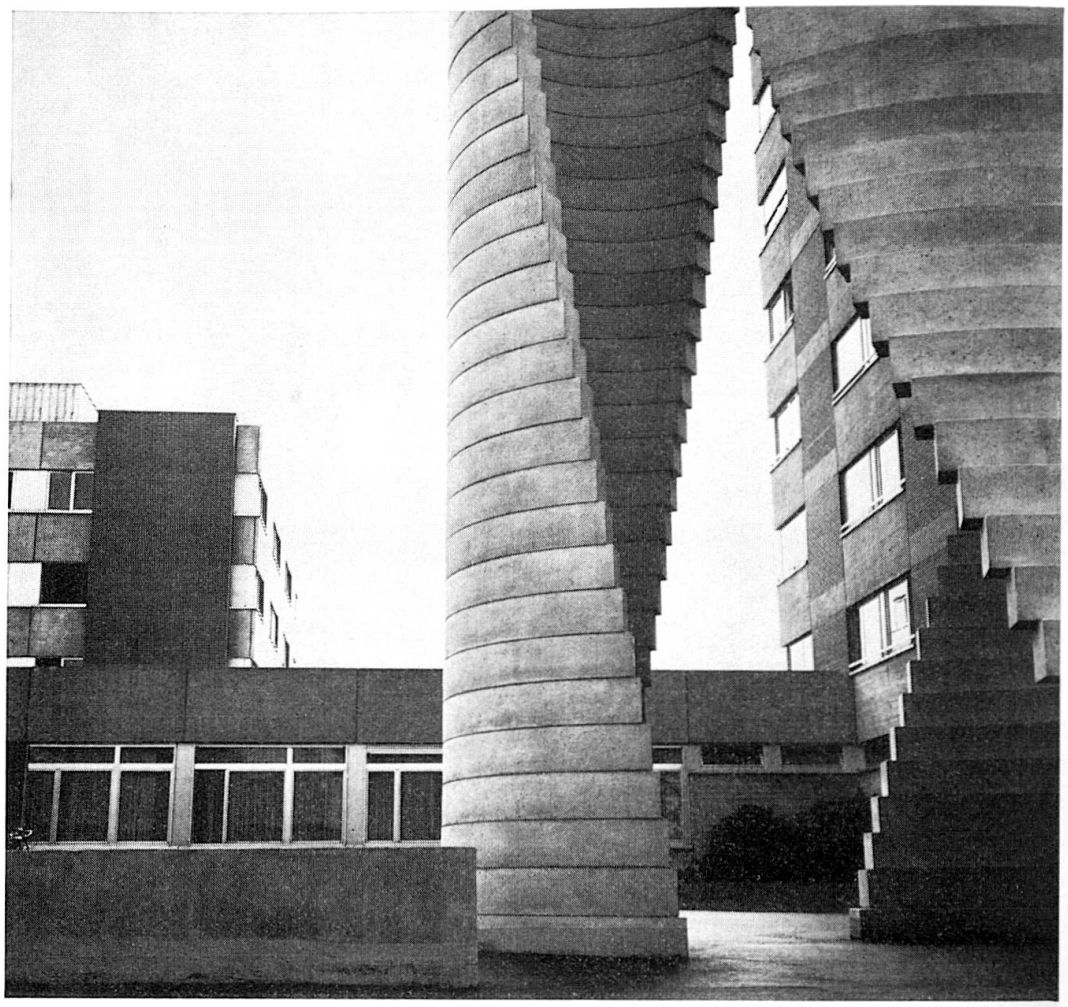

*Abb. 7:* Die kunstvolle Plastik passt sich harmonisch den Zweckbauten der «Milchsuppe» an («Betonblume» von Mary Vieira)

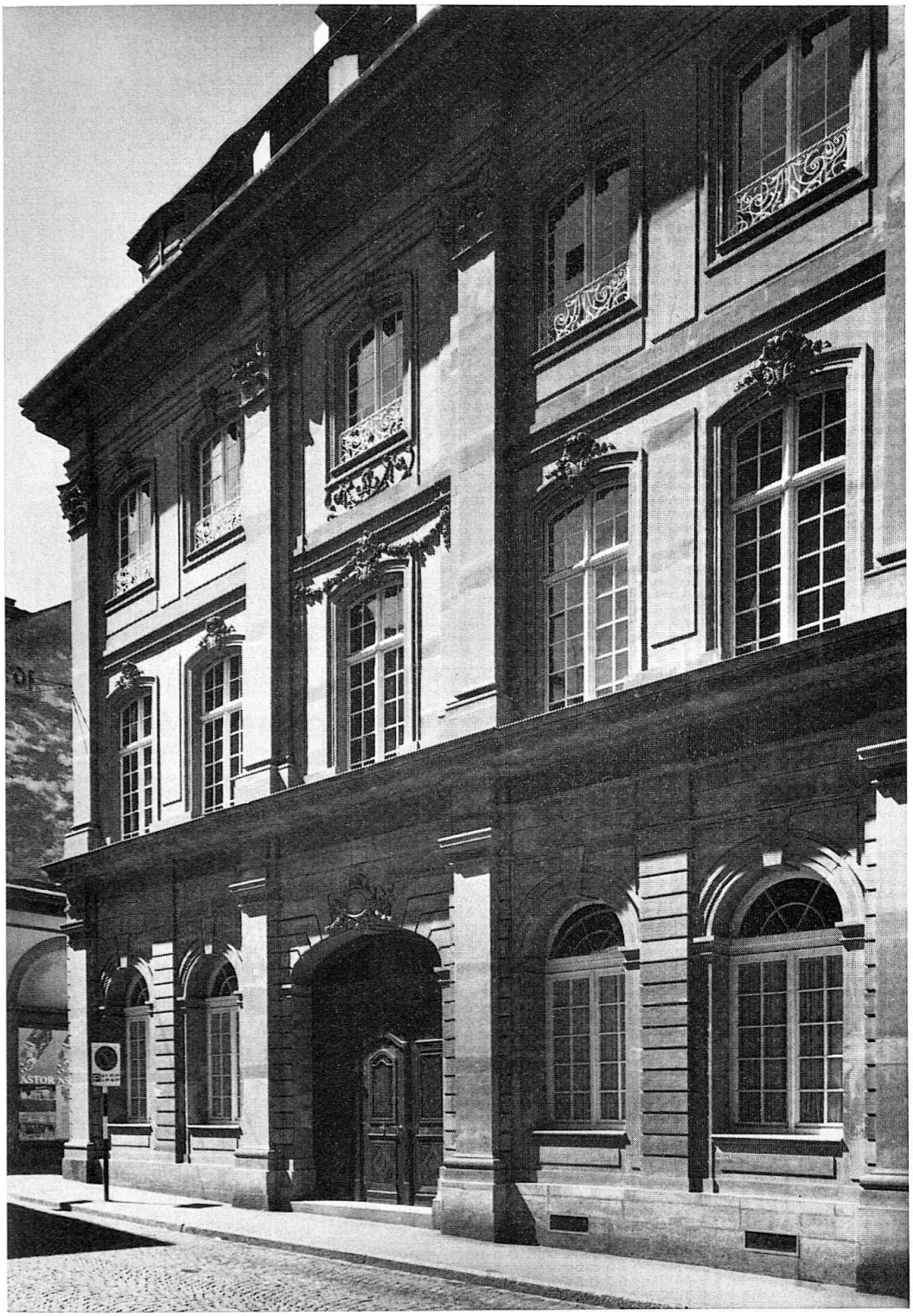

*Abb. 8:* Strassenfassade des 1771–1775 erbauten Stadthauses

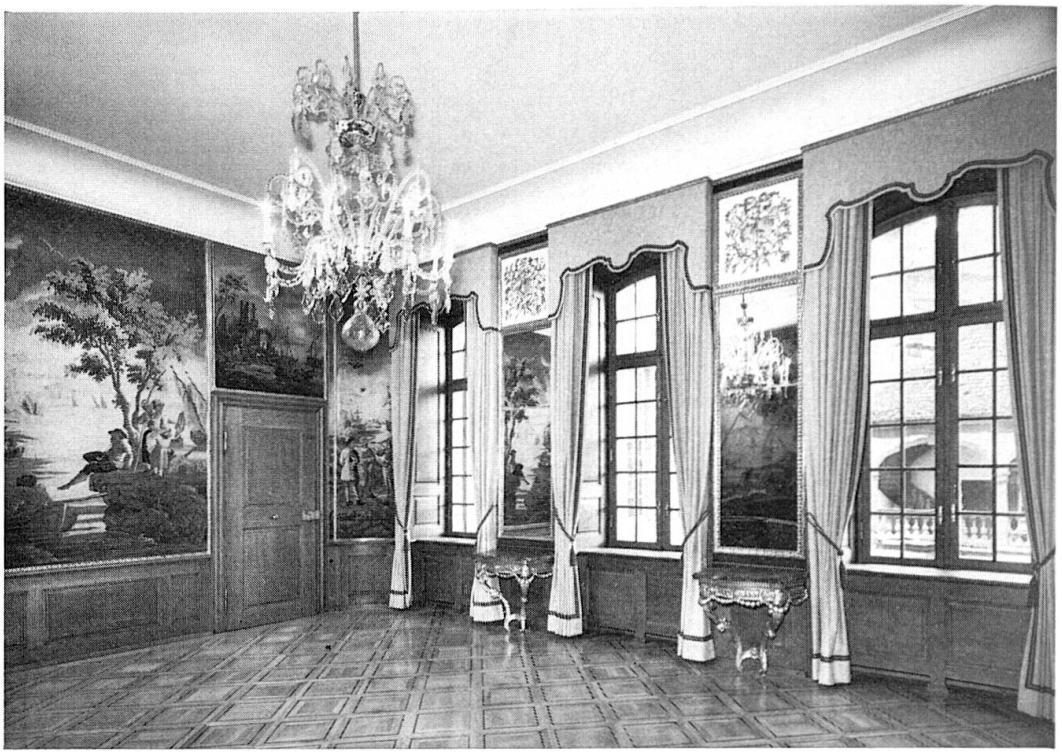

*Abb. 9:* Sitzungszimmer des Bürgerrates mit Tapisserien aus Aubusson

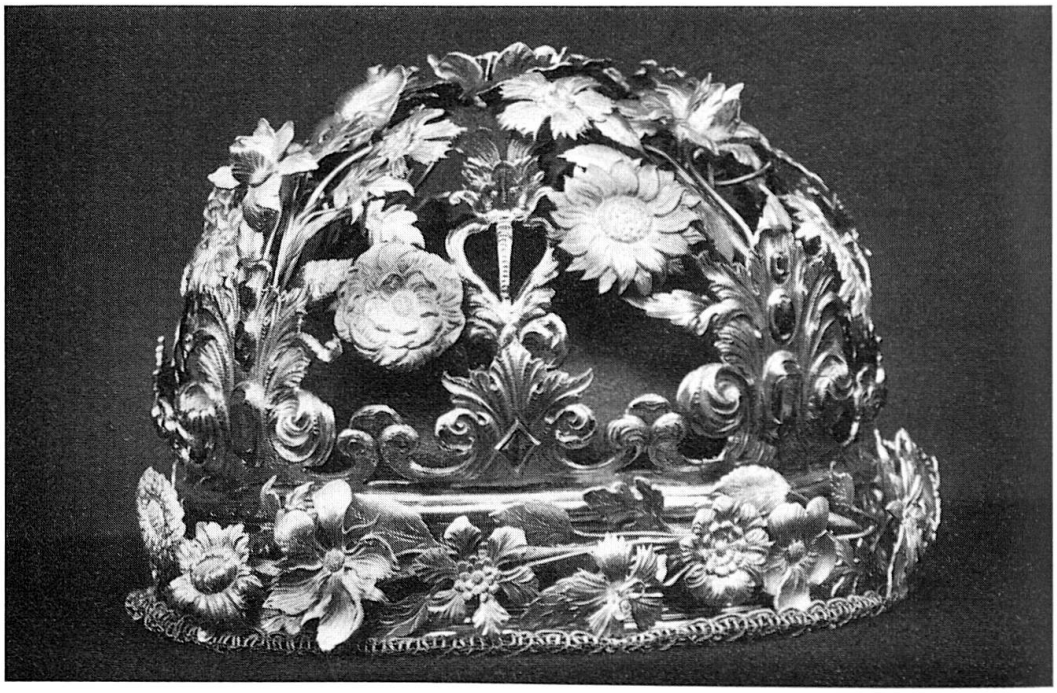

*Abb. 10:* Meisterkrone der E. Zunft zu Hausgenossen aus dem Jahre 1663

Anlässen gebräuchlich war, verabschiedeten Beamten und Angestellten der Gemeindeverwaltungen und der bürgerlichen Stiftungen einen Ruhegehalt auszusetzen und von solchem Vorgehen um so weniger abgegangen werden kann, als für die Stellen der Staatsverwaltung ein förmlicher Pensionsanspruch gesetzlich gewährt worden ist, – daß aber anderseits die kleine Zahl der Angestellten der Bürgergemeinde es passender erscheinen läßt, von Aufstellung allgemeiner Vorschriften abzusehen und wie bisher in jedem vorkommenden Falle nach Maßgabe der Verhältnisse zu entscheiden, wird von Ausarbeitung eines Reglements über Pensionierung von Beamten und Angestellten der Bürgergemeinde und ihrer Stiftungen abgesehen.» – Den einzelnen Institutionen werden die bezüglichen Vorschriften für die Benützung der Portofreiheit für Amtssachen und Armensachen zugestellt. – Für die Renovation der Elisabethenkirche bewilligt die Christoph Merian'sche Stiftung einen Beitrag von Fr. 140 000.–, wobei damit gerechnet wird, daß sich aus den notwendigen bevorstehenden Landverkäufen der Stiftung für die Bahnhoferweiterung ein «erklecklicher Gewinn» ergibt. – Das Zunfthaus der Brodbecken an der Freienstraße 26 gelangt wegen der Straßenverbreiterung zum Verkauf an die Einwohnergemeinde. – Die Christoph Merian'sche Stiftung verkauft ihr Verwaltungsgebäude am St. Albangraben 2 an die Basler Depositenkasse, nachdem aus sanitätspolizeilichen Gründen der dauernde Aufenthalt im Gebäude (Wohnen und Büroarbeit) im Parterre wie im ersten Stock «der Gesundheit schädlich sei». Bis zum Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes zieht die Stiftung in Räume des Stadthauses, was die Regierung aber veranlaßt zu betonen, daß die Trennung der Stiftungsverwaltung in räumlicher und personeller Hinsicht von der Bürgergemeinde-Verwaltung bald wieder vollzogen werde.

## 1896

Einen schweren Verlust bedeutet im März der unerwartete Tod des Bürgerratspräsidenten Albert Hoffmann (Präsident seit 1886, Präsident des Pflegamtes seit 1883). – Die Nachbarliegenschaft des Stadthauses befindet sich in einem schlechten Zustand, ein Verkauf erscheint vorteilhafter als eine Instandstellung. Da sich aber kein entsprechender Käufer findet, beschließt man die umfangreiche Renovation (Fr. 8716.–). – Der Frevel in der Hardwaldung nimmt stets zu, ebenso nehmen die «gefährlichen Elemente, wie Geschirrflickerbanden» überhand. Die Leseholzverbot-Übertretungen vermindern sich eher. «In 12 Fällen haben 36 Personen das Verbot übertreten, in 21 Fällen konnten die Täter nicht entdeckt werden. In 3 Fällen wurde

aufgearbeitetes Holz entwendet. 2 Bänke sind beschädigt, eine Barriere und ein Wegpfosten ist beseitigt worden ... Das Verbot über das Befahren der Wege wurde wiederholt übertreten.» Erneut richtet ein Waldbrand Schaden an; über die Ursachen bestehen bloß Vermutungen. Überdies kommen noch da und dort namentlich an den Tannen längs den Fußwegen Beschädigungen vor. Um nun das Ansehen des Bannwarts dem Publikum gegenüber zu erhöhen, erhält er eine Uniform und einen Karabiner. – Zur besseren Gestaltung der Umgebung der renovierten und vergrößerten Kirche von St. Jakob erwirbt der Regierungsrat von der Christoph Merian'schen Stiftung ein Areal von ca. 300 m² zwischen Kirche und St. Albanteich. – In die Tätigkeit des Spitals fallen in diesem Jahr zahlreiche Landkäufe, Renovationen und Umbauten. – Am 16. März findet die Verlegung der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung ins neue Frauenspital statt. In einem Teil der freigewordenen Räume wird ein wissenschaftliches Laboratorium eingerichtet, in dem bald zahlreiche Kurse stattfinden. – In Räumen des Mittelbaus des Merian'schen Krankenhauses wird am 1. Juni die neue Klinik für Ohren- und Halskrankheiten eröffnet. – Nachdem im Jahre 1895 für das Sanatorium für Brustkranke auf dem Bruderholz Liegenschaftskäufe getätigt, ein Bauprogramm ausgearbeitet und ein Wettbewerb ausgeschrieben wurden, werden 1897 wegen dringender Bauarbeiten im Spital die Studien sistiert. Zudem beschäftigt sich das Pflegamt damit einen passenderen Platz zu suchen, da wegen der nicht-windgeschützten Lage Bedenken laut geworden sind.

## 1897

An der achten periodischen Neuwahl des Weitern Bürgerrates nehmen am ersten Wahlgang von den 5837 Stimmberechtigten 1878 Bürger, also 28,5% teil, und dies obwohl in einigen Quartieren ein Wahlkampf stattfand. Im Horburgquartier ist ein zweiter Wahlgang erforderlich. – Die Verwaltung der Christoph Merian'schen Stiftung bezieht anfangs Oktober ihr neues Verwaltungsgebäude an der Elisabethenstraße 8, sodaß die Räume im Stadthaus frei werden. – Das Nebenhaus an der Stadthausgasse kann ab April 1897 wieder vermietet werden. – Auf einen Antrag läßt der Bürgerrat die Frage der Landveräußerung der Christoph Merian'schen Stiftung durch rechtliche Gutachten untersuchen. In seinem Bericht ist der Bürgerrat der Ansicht, die im Bereich der Stadterweiterung liegenden Landkomplexe zu verkaufen und neue Grundstücke zu erwerben. – Als Vermächtnis von Georg Fürstenberger erhält das Bürgerspital den Betrag von Fr. 730 000.–. –

Der Neubau des Operationshauses ist im Rohbau fertig erstellt. – Die Frage der elektrischen Beleuchtung des ganzen Spitals wird eingehend erörtert, wobei vor allem eine Verbesserung der Luft Erwähnung findet, «was bei den Spitalzimmern von unendlicher Wichtigkeit ist». – Die drei Ehrengesellschaften Kleinbasels werden ermächtigt, zur gänzlichen Renovation ihres Gebäudes (u. a. Renovation der Säle, Vergrößerung des Tanzsaales, Erweiterung des Eingangs an der Rheingasse) ihrem Vermögen einen größeren Betrag zu entnehmen.

## 1898

Seit April benützt der Verkehrsverein zwei Räume im Erdgeschoß des Stadthauses. – Im September versammeln sich während vier Tagen die Mitglieder der vereinigten Kommission des National- und Ständerates für Militärversicherung im großen Sitzungssaal. – Aus finanziellen Gründen wird die Errichtung eines Restaurationsbetriebes und einer Bannwartwohnung in der Hard abgelehnt, obgleich eine solche Gaststätte mitten im Walde von vielen Spaziergängern als erfreulicher Erholungsort begrüßt worden wäre. – Für alle Armenanstalten bedeutet das Jahr 1898 einen wichtigen Abschnitt, da das neue kantonale Gesetz betreffend das Armenwesen in Kraft tritt. In allen Institutionen sind in der Organisation und in der Kostenfrage verschiedene Änderungen vorzunehmen. Dies bedingt zum Beispiel auch ein Abkommen des Staates mit dem Spital über Aufnahmen in die Pfrund. – Das Spital tätigt im Gebiet der Holeeletten mit den kantonalen Behörden zahlreiche Landverkäufe. – Schwierigkeiten ergeben sich mit der Centralbahn wegen Land-Expropriation für die Verlegung der Elsaß-Lothringer-Bahn; die Angelegenheit wird vor das Bundesgericht gezogen. – In Erfüllung des vom Stifter in seinem Testament ausgedrückten Wunsches geht die Vermögens-Verwaltung des Fidei-Kommisses der Familie Meyer zum Pfeil von der Christoph Merian'schen Stiftung an das Almosenamt über. – Zu den bisherigen, der Aufsicht des Bürgerrats unterstellten Stiftungen kommt 1898 eine neue hinzu, die Johann E. Haug-Fuchs Stiftung. Das Testament des am 21. Juli dieses Jahres verstorbenen Baumeisters lautet: «Haupterbin ist die Bürgergemeinde Basel zum bestimmten Zweck zur Unterstützung von kranken und bedürftigen Personen, ohne Unterschied von Konfession. Mein Wille ist also, daß die Zinsen vom Kapital (ca. Fr. 125 000.–) für Armen- und Krankenzwecke verwendet werden, das Kapital aber erhalten bleibe.» Das Testament tritt in Kraft beim Tode der Witwe Auguste Haug geb. Fuchs. – Der Weitere Bürgerrat stimmt dem Abbruch und dem Neubau des Gesell-

schaftshauses der Vorstadtgesellschaft zur Mägd zu und ermächtigt diese, ein Darlehen aufzunehmen. Im neuen Haus soll ein für das St. Johannquartier notwendiger größerer Versammlungssaal vorhanden sein.

## 1899

Der Teilungsmodus der jährlichen Erträgnisse der Christoph Merian'schen Stiftung wird revidiert. Die Bürgergemeinde erhält zu Handen ihrer Armenanstalten von 1899–1903 statt des bisherigen einen Drittels zwei Drittel des jeweiligen Jahresertrages, wobei der Bürgerrat, obschon die Verwendung seines Anteils in seinem freien Ermessen liegt, sich verpflichtet, in erster Linie die Waisenanstalt zu berücksichtigen. – Im weitern wird beschlossen, daß das Kirchenopfer zwischen Almosenamt und Allgemeiner Armenpflege zu gleichen Teilen geteilt wird. Dem Kirchenrat werden außer dem Reformationssonntag zwei weitere gewöhnliche Sonntage für die Erhebung des Kirchenopfers überlassen. – Wichtige Geschäfte des Pflegamtes betreffen Landabtausch und Expropriationen wegen des Bahnbaus. – Im Frühjahr kann das neue Operationsgebäude bezogen werden; am 21. April erfolgt darin die erste Operation. – Das Wirtshaus zu St. Jakob erfährt eine gründliche Renovation.

## 1900

An den Wahlen vom 24./25. November nehmen von 7131 stimmberechtigten Bürgern deren 2066 (= 29%) teil. – In den wichtigsten Räumen des Stadthauses wird das elektrische Licht installiert. – Für die Erweiterungen des Bürgerspitals liegt ein generelles Bauprogramm vor. Als erste Projekte werden die Stockwerkaufbauten des Merian'schen Krankenhausflügels und für weitere notwendige Räume des Pfrundhauses der Ausbau des Dachstocks des Markgräflerhofes beschlossen. – Mit der «römisch-katholischen Genossenschaft» wird vereinbart, daß einer ihrer Geistlichen ermächtigt wird, die «Bedienung» der Konfessionsgenossen im Spital zu übernehmen. «Der Beauftragte soll dem Pflegamt zur Genehmigung präsentiert werden, und es kann das Pflegamt im Fall von Unzuträglichkeiten dessen Abberufung verlangen.» – Eine Einigung der Zünfte über die Idee, ein gemeinschaftliches Zunfthaus zu bauen, kommt nicht zustande; bloß drei Zünfte zeigen Interesse daran, «die übrigen haben sich nicht entschließen können, ihre Sonderinteressen in diesem Punkte preiszugeben und den unzweifelhaft großen

und schönen Gedanken verwirklichen zu helfen». – Schwierigkeiten ergeben sich ab und zu mit der Erledigung der Gesuche um Zuweisung in eine Zunft, da fast alle Zünfte danach trachten, sich abzuschließen. Diejenigen Gesuchsteller, die nach ihrem Beruf nicht zu einer bestimmten Zunft gehören, werden derjenigen Zunft zugeteilt, die pro Kopf ihrer Mitglieder das größte Vermögen aufweist.

## 1901

An der großen Basler Feier anläßlich des 400jährigen Bestehens des Bundes mit den Eidgenossen nehmen Vertreter des Bürgerrates am Festakt in Liestal und alle Mitglieder der Exekutive an den Feierlichkeiten in Basel teil. Vor dem Zug zum Münster versammelt sich der Weitere Bürgerrat mit den Vertretern der baselstädtischen Landgemeinden im Stadthaus. – In der Hard kommen neue Bänke zur Aufstellung und, einem Wunsche entsprechend, 21 bessere Wegweiser. – Der Ausbau des Pfrundhaus-Dachstockes findet seinen Abschluß. In «hellen, freundlichen und wohnlichen» Räumen ergeben sich Unterkünfte für 30 Pfründer und 5 Angestellte. Auch der Aufbau des Merianflügels kann zum Teil bezogen werden. – Die Christoph Merian'sche Stiftung gelangt zum Schluß, einen ihr 1894 erteilten Auftrag über den Bau und die Vermietung billiger Wohnungen abzuschreiben. Infolge der Bahnbauten, der Verwendung des Dreispitzareals zu Lagerplätzen, der Bestimmung des Gellertfeldes als Villenquartier und der Zweckgebundenheit des Landes zwischen Weidengasse und Rhein zu einer noch zu bestimmenden öffentlichen Aufgabe verbleibt der Stiftung für billige Wohnbauten kein geeignetes Land mehr; zudem ist ein Überfluß an Wohnungen vorhanden.

## 1902

Im Erdgeschoß des Stadthauses erfolgt der Umbau und die Vergrößerung der Kanzlei. – Das neue Bürgerrechtsgesetz vom 19. Juni 1902 tritt am 7. August in Kraft. – Eine Verlegung des Pfrundhauses vor die Stadt wird abgelehnt und gleichzeitig die Erweiterung der jetzigen Bauten beschlossen. – Ab April stehen neue Totenräume zur Verfügung; der Hauptraum, der am Sonntag den katholischen Patienten als Kapelle dient, enthält 80 Sitzplätze. – Im Merianflügel werden für alle Patientinnen einheitliche Spitalkleider eingeführt. – Wegen der Anlagen der Centralbahn wird Land des Bürgerspitals auf dem Margarethenfeld expropriiert. Das Pflegamt zieht seine «sicherlich nicht übertriebenen» Forderungen vor das Bundesgericht, das sie jedoch

nur im kleinsten Maße erfüllt. – Die Christoph Merian'sche Stiftung veräußert Land für den Bau der Birseckbahn und für die Vergrößerung des Wasserreservoirs auf dem Bruderholz; sie erwirbt ferner das Nachbarhaus des Verwaltungsgebäudes, das Wohnhaus Elisabethenstraße 6.

## 1903

Die zehnten Wahlen finden am 28./29. November statt (Stimmbeteiligung 33%); am folgenden Wochenende ist in zwei Quartieren eine Nachwahl nötig. – Der viermal revidierte und ergänzte Klinikenvertrag, die Übereinkunft zwischen Staat und Bürgerspital bezüglich der Kliniken und der pathologischen Anstalt, wird neu abgeschlossen. – Eine Verordnung soll den Zünften die Pflicht auferlegen, für die Veräußerung von eigenen künstlerisch und historisch wertvollen Gegenständen die Aufsichtsbehörde um Genehmigung zu ersuchen. – Da ein Landkauf für die Erweiterung des Bundesbahnareals beim Wolfbahnhof nicht zustande kommt, wird ein Expropriationsverfahren eingeleitet.

## 1904

Im Zusammenhang mit einer Ergänzungswahl in den Weitern Bürgerrat wird die Wahl-Verordnung geändert: die Stimmlokale bleiben sonntags eine Stunde länger, das heißt von 10–14 Uhr geöffnet. – Die Wahl fällt auf einen amtierenden Regierungsrat, was die Möglichkeit der damaligen Ämterverbindung zeigt. – Bei Birsfelden wird ein Bannwarthaus erstellt. – Der Waldfrevel nimmt zu: «Es werden Wegweiser, Ruhebänke, Nistkästchen beschädigt und an einer großen Zahl Tannen die Gipfel abgeschlagen. Das Leseholz- und Fahrverbot wird mehrfach übertreten.» – Auf den 30. Juli erfährt das Armengesetz eine Änderung: alle bürgerlichen Armen werden von Anfang an durch die Bürgerlichen Armenanstalten unterstützt, währenddem sich die Allgemeine Armenpflege bloß noch mit Niedergelassenen zu befassen hat. Dies bedeutet eine Mehrbelastung der Gemeinde, beseitigt aber verschiedene Mißstände. – Die Christoph Merian'sche Stiftung schließt mit dem Baudepartement einen Vertrag über die Parzellierung des Gellertareals ab. Die Bestimmungen gehen in verschiedenen Details darauf aus, daß der Charakter des Villenquartiers gewahrt bleibt: Beschränkung der Zahl der Stockwerke, Verbot von störendem Gewerbe, Beschränkung der Zahl der aneinandergebauten Einfamilienhäuser auf drei usw. – Nach Verhandlungen wird die Verwendung des Ertrags der Christoph Merian'schen

Stiftung für die Jahre 1904–1906 neu geregelt: Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde erhalten je die Hälfte des Betrages. – Durch den Tod der Witwe Auguste Haug-Fuchs tritt die Bürgergemeinde in den Besitz der 1898 geschaffenen Haug-Stiftung: sie wird der Verwaltungskommission unterstellt (Vermögensstand Ende des Jahres 1904: Fr. 124 467.30). – Die verbesserte Situation der Seidenbandindustrie reduziert gegen Herbst die Zahl der Arbeitslosen und damit auch die Fürsorgefälle.

## 1905

Im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz über die Wahlen in den Großen Rat erläßt der Regierungsrat am 28. Oktober eine neue Verordnung für die Wahlen in den Weitern Bürgerrat. – Aufgrund verschiedener Vorstöße kommt die Frage eines Restaurants in der Hard erneut zur Behandlung; frühere Beschlüsse werden aufgehoben. Nach längeren Verhandlungen erteilt der Regierungsrat Baselland das Wirtschaftspatent. Die Bürgergemeinde verpachtet in der Folge das für den Bau erforderliche Land. Bereits nach kurzer Zeit ist der Rohbau vollendet. Die vom Pächter auf seine Kosten errichteten Gebäulichkeiten gehen mit ihrer Erstellung in das Eigentum der Bürgergemeinde als Grundeigentümer über. Die Amortisation wird genau geregelt. – Nach langjährigem Suchen (und Schweigen) ist nun für das stadtnahe Sanatorium, für das anfänglich der Ostabhang des Bruderholzes in Aussicht genommen worden war, am Rührberg im Wyhler-Graben nächst der St. Chrischona ein Platz gefunden worden. Da die Zufahrtsstraße zum Teil über deutsches Territorium führt, wird die entsprechende Bewilligung der deutschen Zollbehörden eingeholt. Das Baugelände erwarb 1901 ein Mittelsmann, der es jetzt dem Bürgerspital überträgt. Der Bürgerrat hofft auf eine baldige Lösung des seit zwölf Jahren hängigen Sanatoriumprojektes. – Ein lang andauernder Streik verzögert den Bauabschluß der Erweiterung des Männerkrankenhauses. Wichtige Bauten betreffen die Lingerie und die Küche. – Unter den Geschäften der Christoph Merian'schen Stiftung finden sich immer Landverkäufe wegen der Bahnbauten, so dieses Jahr für die neue Juralinie.

## 1906

Am 24./25. November finden die Erneuerungswahlen des Weitern Bürgerrates statt. Die Stimmbeteiligung ist schwächer als früher (21,2%). 9845 Bür-

ger sind stimmberechtigt. Die Zahl der Mitglieder des Engern Bürgerrates wird am 6. Dezember 1906 auf 7 festgelegt. – Am 1. Mai eröffnet das Waldhaus seinen Restaurationsbetrieb; am 15. Juni erfolgt in Anwesenheit von Vertretern aus Basel, Muttenz und Birsfelden die Einweihungsfeier. – Das Abkommen über die Verschmelzung der Bürgergemeinden von Kleinhüningen und Basel wird ratifiziert. – Für das Sanatorium auf der Chrischona kann das Land durch Käufe noch arrondiert werden. Über die ausgewählte Lage gehen positive Gutachten ein; erwartet werden noch einige Meinungsäußerungen über Wünschbarkeit, Charakter und Umfang, so von der Davoser Sanatoriumskommission. Wegen der Finanzlage des Spitals bleiben jegliche Termine noch unbestimmt. – Im März kann die reorganisierte Spitalbibliothek wieder eröffnet werden; sie zählt 1750 Bände, davon sind $^2/_3$ Neuanschaffungen. – Für die Spitalerweiterung an der Spitalstraße werden verschiedene Landkäufe getätigt. – Als neue Erwerbung nennt die Christoph Merian'sche Stiftung das über 73 ha umfassende Rothausgut bei Schweizerhalle.

## 1907

Im Bürgerspital müssen wegen des rapiden Anwachsens der Betriebsdefizite und der Preissteigerung die Taxen erhöht werden; in der dritten Klasse steigen die Tagesansätze für Bürger von Fr. 1.25 auf Fr. 1.60, für Einwohner von Fr. 1.50 auf Fr. 2.–. Der Betrag entspricht ungefähr der Hälfte der Selbstkosten des Spitals. – Das neue Ökonomiegebäude in Vorder-Brüglingen ist fertig erstellt. – Für die Jahre 1907–1914 soll der Ertrag der Christoph Merian'schen Stiftung zu zwei Fünfteln dem Regierungsrat zur stiftungsgemäßen Verwendung für städtische Zwecke und zu drei Fünfteln dem Bürgerrat zu Handen der bürgerlichen Armenanstalten zufallen.

## 1908

Am 1. Januar tritt die Verschmelzung der Bürgergemeinde Kleinhüningen mit derjenigen der Stadt Basel in Kraft. Der Korporation Kleinhüningen gehören 150 Mitglieder an. Das eingebrachte Bürgergut umfaßt Fr. 641 350.50, wovon Fr. 361 620.– an Land; das Armengut beläuft sich auf Fr. 189 488.84; es wird unter die drei bürgerlichen Armenanstalten verteilt. – Von dem Projekt einer besonderen Reitbahn durch die ganze Hard nimmt der Rennverein wegen der verschiedenen Auflagen Abstand. – In der Sanatoriumsfrage wird abgeklärt, ob neben Lungenkranken auch Kno-

chentuberkulöse, Anämische, Nervöse und Rekonvaleszenten untergebracht werden können; die Frage ist noch nicht entschieden, da das ganze Vorhaben aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden muß. – Im Waisenhaus erfolgen verschiedene bauliche Neu-Einrichtungen und Verbesserungen, vor allem im Zusammenhang mit vermehrten Schutzvorrichtungen gegen Brandausbruch. – Aus Anlaß des 50. Todestages von Christoph Merian werden in einer gediegenen Gedenkschrift Leben und Wirken des großen Gönners gewürdigt.

## 1909

Ende November finden die Erneuerungswahlen statt. Von den 11 311 stimmberechtigten Bürgern nehmen nur 1797, also 15,9% am Wahlakt teil. – Auf Antrag der Kommission zur Prüfung des Verwaltungsberichtes pro 1907 wird beschlossen, für die Verwaltungen der bürgerlichen Armenanstalten und Stiftungen jährlich ein Budget aufzustellen und dieses zur Orientierung dem Weitern Bürgerrat zu unterbreiten. – Über die Annahme eines Großratsmandates durch Beamte oder Angestellte der Bürgergemeinde soll von Fall zu Fall entschieden werden. – Das Pächterhaus im neuerworbenen Landgut Rothaus erfährt durch die Christoph Merian'sche Stiftung eine umfangreiche Renovation.

## 1910

Die E. Zunft zu Weinleuten baut ihr Zunfthaus am Marktplatz um und vermietet es an ein Bankinstitut. – Anläßlich der 450-Jahrfeier der Universität nimmt der Engere Bürgerrat in corpore teil; als Ehrengabe wird für das Bankett im Musiksaal Ehrenwein gespendet. – Das Gesuch einer «Kommission zur Gründung einer Walderholungsstätte», ihr ein Areal in der Hard für ihre Zwecke zu überlassen, wird abgelehnt. – Die Mühle in Brüglingen nimmt nach umfassender Instandstellung ihren Betrieb wieder auf.

## 1911

Um Kollisionen mit Sitzungen des Großen Rates zu vermeiden, finden die Sitzungen des Weitern Bürgerrates von nun an am Dienstag statt (bis jetzt am Donnerstag). – Schwierigkeiten beim Betrieb des Waldhauses führen zur Übernahme des ganzen Anwesens mit Inventar ins Eigentum der Bürger-

gemeinde. – Im Zusammenhang mit der neuen Verfassungsbestimmung über die Trennung von Kirche und Staat werden die Ansprüche des Bürgerlichen Armenamtes auf das Kirchenopfer geltend gemacht; ein neues Abkommen räumt der Kirche unter Wahrung des beidseitigen prinzipiellen Standpunktes einige weitere Sonntage zur Erhebung des Opfers für ihren Zweck ein. – Das Armenamt bezieht die eigene Liegenschaft an der Herbergsgasse 4/6. – Nach befriedigendem Erfolg einiger Spitalkurse zur Ausbildung von Sanitätsgefreiten wird mit dem Eidgenössischen Militärdepartement ein definitiver Vertrag abgeschlossen; an 8 Kursen nehmen je 24 Soldaten teil. – Für die Unter-Abteilung Haut- und Geschlechtskrankheiten soll wegen der speziellen Behandlungsweisen eine eigene Abteilung geschaffen werden. – Nach der Trennung von Kirche und Staat kommt es zu einer neuen Regelung über die Unterstützung der Pastoration im Bürgerspital. – Die Christoph Merian'sche Stiftung unterzieht den historisch interessanten Gebäudekomplex des Siechenhauses zu St. Jakob einer durchgehenden äußeren Renovation. – Die Villa in Brüglingen erfährt ebenfalls eine Renovation und weitere Verbesserungen, so daß es nun möglich ist, im Erholungsheim den erfolgreichen Sommerbetrieb auch auf die Wintermonate auszudehnen.

## 1912

Gemäß dem neuen Abstimmungsgesetz des Jahres 1911 finden die Erneuerungswahlen des Weitern Bürgerrates am 23./24. November zum ersten Mal nach dem Grundsatz der Verhältniswahl, und zwar in einem einzigen Wahlkreis statt. Von den 12 902 Stimmberechtigten beteiligen sich 52,5%, d.h. 6792 Bürger an der Wahl. – Auf Anfrage der Regierung erklärt sich der Bürgerrat bereit, der Errichtung eines Zentralfriedhofes in der Hard zuzustimmen, bedauert jedoch, daß keine andere Möglichkeit besteht und eines der schönsten Waldstücke ausgesucht wurde. – Die Wirtschaft in St. Jakob wird durch verschiedene Renovationen den gesetzlichen Vorschriften sowie den neuzeitlichen Bedürfnissen angepaßt. – Für die Erstellung des kantonalen Zeughauses verkauft die Christoph Merian'sche Stiftung 14 290,5 m² Land an der Ecke St. Jakobs-/Lagerhausstraße; der Kaufpreis pro Quadratmeter beträgt Fr. 15.–.

## 1913

Zwischen Basel und Pratteln soll ein neuer Rangierbahnhof entstehen; der Plan sieht die Inanspruchnahme eines größeren Teils der Hard (ca. 36 ha)

vor. Die entsprechenden Forderungen der Bürgergemeinde werden den kompetenten Behörden mitgeteilt. – Ein Vertrag zwischen dem Kanton und den betreffenden Landeigentümern regelt die Bebauung des vorderen Bruderholzes, sowie die Erstellung einer Straßenbahnlinie von der Thiersteinerallee durch die Gundeldingerstraße und den Jakobsberg zur neuen Bruderholzallee. Bürgerspital und Christoph Merian'sche Stiftung beteiligen sich als Landbesitzer dabei, und zwar das Spital mit rund Fr. 53 000.–, die Stiftung mit rund Fr. 27 000.–; die letztere tritt zudem noch Land ab. – Das Spital vermietet erneut am Allschwilerplatz, bei St. Margarethen und auf den Riehenmatten Areal für Schrebergärtchen. – Für die dringliche bauliche Erweiterung des Spitals liegt ein Projekt vor, ebenso ein Plan zur Wiederherstellung des durch die jährlichen Betriebsdefizite gefährdeten Gleichgewichts der Spitalfinanzen. – Der Staat schafft ein Krankenauto an, das Spital übernimmt es und betreut den Krankentransport für alle Basler Spitalanstalten. – Eine Diskussion um das geplante Sanatorium auf Chrischona kommt erneut in Gang; doch erklärt das Spital, das Projekt aus finanziellen Gründen hinausschieben zu müssen. – Die Armenherberge wird an die Schanzenstraße verlegt und gleichzeitig mit dem Bau des neuen Instituts für Hydrotherapie begonnen. – Mit einer kleinen Feier begeht die Christoph Merian'sche Stiftung die Wiedereröffnung des Wirtshauses zu St. Jakob, dessen Umbau in allen Teilen als gelungen bezeichnet wird, wobei auch die historischen Momente treffend Berücksichtigung fanden. – Das sich am Ufer der Birs auf der Ebene zwischen der Straße Birsfelden-Muttenz erstreckende Hagnau-Gut (24 ha 83 a) wird von der Christoph Merian'schen Stiftung erworben; sie rundet dadurch ihren Grundbesitz bedeutend ab und bemüht sich um Ersatzland für die Landverkäufe im Zusammenhang mit dem Muttenzer Rangierbahnhof.

## 1914

Zu Beginn des Krieges fassen die Zunftvorstände zugunsten der Hilfsaktionen folgende Resolution: «Die heutige Versammlung nimmt den Bericht und die Anregungen des Engern Bürgerrates, welche einer Zersplitterung in der Verwendung der Zunftmittel zu Unterstützungszwecken entgegentreten, entgegen und beschließt, bei den Zünften und Gesellschaften dahin zu wirken, daß die verfügbaren Mittel möglichst dem Bürgerrat zu Handen der bürgerlichen Armenanstalten zugewiesen werden, womit jedoch eine Unterstützung ihrer Zunftangehörigen durch die einzelnen Zünfte nicht soll ausgeschlossen sein.» Von September 1914 bis April 1915 erhält so der Bürgerrat Fr. 19 000.–, bis Ende 1915 kommen noch Fr. 22 000.– dazu. –

Für die neue Spitalorgel werden Fr. 10 000.– gestiftet. – Durch die Mobilisation und die Grenzbesetzung werden vielerorts auch die Spitalgüter in Mitleidenschaft gezogen. Die äußere Schützenmatte ist Pferdestellungsplatz, die Margarethenwiese Stellungsort des Landsturmbataillons, Areale auf dem Bruderholz bieten mit den Gräben und Drahtverhauen, den Infanterie- und Artilleriestellungen ein kriegerisches Bild. – Im Spital werden für den Kriegsfall verschiedene Maßnahmen für die Aufnahme von Verwundeten getroffen. Ins Spital gelangen in den ersten Kriegsmonaten bis zu 150 Militärpatienten aus der näheren Umgebung. – Der Militärdienst des Personals bringt zahlreiche interne Schwierigkeiten. – Die chirurgische Klinik von Basel übernimmt auf Anfrage des Roten Kreuzes die Oberleitung des Lazaretts in Badenweiler. – Am 1. Januar erfolgt die Verselbständigung der Abteilung für Haut- und Geschlechtskrankheiten. – Das Spital beteiligt sich durch verschiedene Gegenstände, Modelle und Photos an einer Kollektivausstellung einiger Spitäler an der Schweizerischen Landesausstellung in Bern. – Im Waisenhaus ergeben sich durch den Krieg vermehrte Unterstützungsfälle. – Auch auf den Höfen und den zahlreichen Gütern der Christoph Merian'schen Stiftung wird viel Militär einquartiert, meist fahrende Abteilungen, was zum Teil zu großen Beschädigungen an Gebäuden und am Kulturland führt.

## 1915

Bei der Neuwahl des Weitern Bürgerrates am 27./28. November gehen von den 15 329 stimmberechtigten Bürgern 38,3% zur Urne. – Wiederum erfolgt bis 1920 eine Neuverteilung des Ertrages der Christoph Merian'schen Stiftung: zwei Fünftel gehen an die Einwohnergemeinde, drei Fünftel an die Bürgergemeinde, die auf die vorgesehene Deckung der Betriebsdefizite der bürgerlichen Armenanstalten durch die Einwohnergemeinde verzichtet. Als einen gewissen Ausgleich erwirbt die Einwohnergemeinde vom Bürgerspital die sogenannte Festwiese auf der Schützenmatte (81 000 m²) für 2,3 Millionen Franken. – Der Regierungsrat delegiert eine ständige Vertretung seiner Behörde ins Pflegamt. – Auf dem Dreispitzareal werden die Lagerplätze erweitert.

## 1916

Das Bürgerspital erwirbt die Liegenschaft Petersgraben 11, die Andlauerklinik, für Fr. 320 000.–. – Der Klinikenvertrag erfährt eine Revision; sie berücksichtigt gewisse Änderungen und Umstellungen, sowie die im Jahre 1915 bewilligte namhafte Erhöhung des klinischen Staatsbeitrages.

## 1917

Durch das Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes vom 6. Juli 1916 auf den 1. Januar 1917 treten die bisherigen Mitglieder des Engern Bürgerrates, die ja auch Mitglieder des Weitern Bürgerrates waren, aus diesem zurück; sie werden durch die Nachrückenden ersetzt. – Bis Ende 1916 leisten die Zünfte insgesamt Fr. 51 200.– an die gemeinsame Hilfsaktion zu Gunsten der bürgerlichen Armenanstalten. – Das Bürgerspital beschäftigt sich mit umfassenden baulichen Erweiterungen, wobei auch eine Verlegung des Spitals untersucht wird; die Behörden des Spitals betonen dabei aber die Notwendigkeit der Mithilfe des Staates. – Auf dem Bruderholz, auf dem Ruchfeld, dem Gellertareal und an der Weidengasse stellt die Christoph Merian'sche Stiftung gegen 400 a Land zu Pflanzplätzen zur Verfügung, für die Dauer des Krieges sogar pachtzinsfrei.

## 1918

Die auf den 23./24. November angesetzten Wahlen können wegen der durch den Landesstreik verspäteten Ablieferung der Stimmrechtsausweise erst am 7./8. Dezember stattfinden. 17379 Bürger sind stimmberechtigt, 10 692, d.h. 61,5% nehmen an den Wahlen teil. – Dem Personal der bürgerlichen Verwaltungen wird eine Teuerungszulage ausgerichtet. – Längere Unterhandlungen erfordert die Vereinbarung betreffend Abtretung von Areal der Hard zum Bau des neuen Basler Rangierbahnhofes. – Die Christoph Merian'sche Stiftung verkauft einen Teil des Rothausgutes an verschiedene Chemische Fabriken und erwirbt als Ersatz das Weidenhofgut im Banne Arlesheim (Fr. 215 000.–) und den Iglingerhof bei Magden (Fr. 250 000.–). – Die Vorstadt-Gesellschaft zum Rupf erhält die Genehmigung zum Verkauf ihres Gesellschaftshauses Aeschenvorstadt 11 an den Schweizerischen Bankverein. – Eine Erneuerung des Abkommens über den Bezug der Kirchenopfer wird von den zuständigen Instanzen der evangelisch-reformierten und der christ-katholischen Kirchen abgelehnt. – Die Stadttheater-Kommission erhält zur Weiterführung des Theater-Betriebes einen jährlichen Beitrag von Fr. 1000.– zugesichert. – Der 1914 geschaffenen Hilfsaktion der Zünfte zugunsten der Armenanstalten fließt bis Ende des Jahres 1918 die Summe von Fr. 71 600.– zu. – Zur Vereinfachung des Betriebs soll das Hilfsspital ganz dem Bürgerspital unterstellt werden. – In den Monaten Juni–Juli sowie September–November müssen das Spital und die Notspitäler insgesamt 2654 an Grippe erkrankte Soldaten und Zivilpersonen aufnehmen. Diese

Epidemie bringt die Spitäler an den Rand der Pflegemöglichkeiten. – Auch im Waisenhaus grassiert die Grippe-Epidemie; es erkranken 117 Kinder und 13 Erwachsene, ein Mädchen übersteht die Krankheit nicht.

## 1919

In Erledigung eines Anzuges, der die Sitzungszeiten des Bürgerrates wie des Weitern Bürgerrates so festsetzen möchte, daß auch unselbständig Erwerbende das Amt ausführen können, werden die Sitzungen der Legislative je nach Anzahl der Traktanden jeweils auf Dienstag 16.30 Uhr oder eventuell 17.00 Uhr angesetzt. – Vor 250 Jahren bezogen die Waisen Basels das jetzige Heim im früheren Kartäuserkloster. Dieser Anlaß wird zu einer schlichten Feier benützt; sie besteht aus einem öffentlichen Konzert der Waisenkinder im Musiksaal, einem frohen Hausfest und aus einer wohlgelungenen Versammlung ehemaliger Zöglinge, an der 180 Personen teilnehmen.

## 1920

Im Saal des Stadthauses tagt mehrere Male das Militärgericht, ebenso dient er zeitweise der Universität als Vorlesungsraum. – Für den Rangierbahnhof bei Muttenz sind bis jetzt 42,65 ha Hardwald abgegeben worden. – Im Mai genehmigt der Weitere Bürgerrat den Verkauf des Rothausgutes in Schweizerhalle durch die Christoph Merian'sche Stiftung an die Chemische Fabrik vormals Sandoz. 2028 Stimmberechtigte ergreifen das Referendum, das am 3./4. Juli zur Abstimmung gelangt. Von den 13 858 eingegangenen Stimmzetteln waren 13 522 gültig; 6989 Bürger stimmen dem Verkauf zu, 6563 lehnen ihn ab. Die Stimmbeteiligung beträgt 76,3%. – Im Areal des Bürgerspitals wird eine Baracke für Absonderungszwecke erstellt. – Aus Erbschaften erhält die Bürgergemeinde Zuweisungen. So errichtete der am 12. Dezember 1919 verstorbene Basler Bürger Hermann Ernst eine Stiftung, die mithelfen soll, dringliche Verbesserungen vorzunehmen. Das Vermögen beträgt bei der Übernahme Fr. 213 237.70. – Die Maul- und Klauenseuche befällt verschiedene Spitalhöfe rings um die Stadt. – Das Milchsuppenareal wird auf den 1. April 1921 an den ACV beider Basel verpachtet, «der für vorkommende zeitweise Lücken in unserer Milchversorgung bis jetzt immer bereitwillig und kulant eingetreten ist». – Die Durchschnittskosten des Gesamtbetriebes des Bürgerspitals für einen Pflegetag erreichen einen Höchststand von Fr. 9.80 (1917: Fr. 5.69).

## 1921

Die am 19./20. November durchgeführten Wahlen erfordern eine Ausgabe von Fr. 13 406.20.– (1975: rund Fr. 128 000.–). Die Stimmbeteiligung beträgt 70%. – Das Jahr bringt eine außerordentliche Dürre, was zu einer starken Zunahme des Holzfrevels führt. «Das viele Gesindel, welches das den Forstschutz ausübende Personal und die Spaziergänger zu belästigen begann, machte die Hardt von Tag zu Tag unsicherer, sodaß die Verwaltung gezwungen wurde, Förster und Bannwart zu veranlassen, Wach- und Begleithunde zu halten.» – Das neue, bis 1925 laufende Abkommen mit dem Kanton über die Verteilung der Einkünfte der Christoph Merian'schen Stiftung legt fest: 1. Die Einwohnergemeinde verzichtet unter zusätzlicher Wahrung ihres Anspruches auf einen Anteil am Stiftungsertrag. 2. Die Bügergemeinde wird diesen Ertrag für die Waisenanstalt und das Armenamt verwenden und verzichtet ihrerseits auf die Deckung des Defizits dieser Anstalten durch die Einwohnergemeinde. 3. Die Einwohnergemeinde sichert ihrerseits für die Jahre 1920–1924 an das Defizit des Bürgerspitals einen Betrag von je Fr. 400 000.– zu. – Die wirtschaftliche Krise nimmt zu und ruft eine Arbeitslosigkeit hervor, die dem Armenamt schwere Belastungen bringt; die Ausgaben für Unterstützungen erreichen eine noch nie dagewesene Höhe von rund Fr. 280 000.–. – Da in der Frage der Kirchenopfer trotz langer Verhandlungen keine Einigung erzielt wird, kommt es zu einem Prozeß. Der Entscheid lautet: Durch die Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse im Jahre 1911, durch die Trennung von Kirche und Staat, erfolgte auch in finanzieller Hinsicht eine Trennung, so daß die rechtliche Grundlage für den Anspruch des Armenamtes auf das Kirchenopfer dahingefallen ist. «Damit ist nun eine wesentliche Einnahmequelle des Armenamtes versiegt...» (1890: Fr. 24 596.70, 1900: Fr. 17 558.69, 1910: Fr. 15 247.05, 1920: Fr. 6707.95). – Die Christoph Merian'sche Stiftung erhöht die Pachtzinse für das Dreispitzareal, wobei sie der Dreispitzverwaltung im Interesse der Entwicklung von Handel, Gewerbe und Industrie möglichst entgegenkommt.

## 1922

Rückwirkend auf den 1. Januar 1920 tritt ein neues Besoldungsreglement für das Personal der Bürgergemeinde in Kraft. – Anzüge betreffend den Bau von Wohnhäusern für das Personal der Bürgergemeinde sowie über die Verschmelzung des Bürgerlichen Armenamtes mit der Waisenanstalt werden abgeschrieben. – Das frühere Mitglied der Verwaltungskommission

Leonhard Haag-Höhn errichtet mit einem Kapital von Fr. 25 000.– für bedürftige Basler Bürger eine Stiftung. – Die Frage einer Verlegung des Spitals, wie sie von Prof. de Quervain aufgeworfen wurde, beantwortet die Regierung dahin, daß sie es für absehbare Zeit angesichts der prekären Lage des Staatshaushaltes für ausgeschlossen hält, sich an einem solchen Projekt zu beteiligen, jetzt sei nur eine Erweiterung der Krankenanstalten auf dem heutigen Areal möglich. – Über die Spitalseelsorge erfolgt eine Statutenänderung: «Kultushandlungen und Seelsorge für die Spitalinsaßen sind Sache der betreffenden konfessionellen Organisationen. Das Pflegamt ist berechtigt, mit den konfessionellen Organisationen Abkommen zu treffen über Ausrichtung von Subventionen und über Reglemente, die zur Wahrung der Ordnung und der Interessen des Spitals erforderlich sind.» – Organisation und Betrieb des Krankentransportwesens gehen auf den 1. Juli völlig an den Staat über. Wagen, Material und Personal bleiben gegen Miete im Spitalareal untergebracht; der Telefonbetrieb wird weiterhin vom Bürgerspital betreut.

## 1923

Einen großen Umfang nehmen die Gesuche um Unterstützung zur Auswanderung an, weil besonders die Auswanderung nach Kanada gefördert werden soll; 37 Gesuche sind zu behandeln. – Im Weitern Bürgerrat und in der Presse entwickelt sich eine Diskussion über die Weinabgabe im Spital und im Pfrundhaus. Das Spital verabreicht seit Jahren nur auf ärztliche Verordnung Alkohol, so daß eine Reduktion nicht denkbar ist. «Für gänzliche Trockenlegung des Spitals hat sich keiner der Oberärzte ausgesprochen.» Bei den Pfründern beträgt der zur Verpflegung gerechnete Wein je nach Arbeit pro Tag 2–5 dl. «Daß man aber bei diesen, für die einzelnen Personen verschwindend kleinen und nur durch die große Zahl unserer über 1000 Insaßen zur Geltung kommenden Quantitäten in der Zeitung ‹Der Schweizer Abstinent› einen Artikel über das Bürgerspital schreiben kann unter der Überschrift: ‹Es wird weiter gesoffen› und mit dem Schluß, daß ‹die Völlerei im Bürgerspital ein Ende nehmen› müsse, das ist eine Entgleisung des Abstinentenfanatismus, der man als einer böswilligen Beschimpfung mit aller Entschiedenheit entgegentreten muß.»

## 1924

An den Erneuerungswahlen im November nehmen 11 982 Bürger teil, (stimmberechtigt sind 21 503 Personen, Stimmbeteiligung 55,7%). – Ein-

gehende Beratungen ergeben sich wegen der Finanzlage der bürgerlichen Armenanstalten sowie des Bürgerspitals. Der Staat ist bereit, mehr Mittel bereitzustellen und sieht die Einführung einer Armensteuer vor. – Eine Verlegung der gesamten Pfrundanstalt und ein Neubau ist nicht mehr zu umgehen, ebenso eine Erweiterung des Spitals; die finanzielle Lage verhindert jedoch zur Zeit eine Lösung des dringenden Problems. – Der gewerbsmäßige Hausbettel nimmt zu, weil es allerorten an Arbeitsgelegenheiten mangelt. Viele Leute reichen dem Bettler eine Gabe, um ihn loszuwerden, was er sich merkt und dann periodisch ausnützt. «Durch leichtfertiges Geben ist er zu dem geworden, was er ist, und manche Gabe fließt auf diese Weise dem Unwürdigen zu.» Behörden und Privaten wird daher empfohlen, sich über solche Personen zu erkundigen. – Im Bürgerspital wird die neue automatische Telefonzentrale mit 180 Anschlüssen und 10 direkten Stadtlinien in Betrieb genommen. Sie stellt eine wesentliche Verbesserung dar, da sich die Beschwerden über nicht herstellbare Verbindungen, schlechte Verständlichkeit, Störungen und Konfusionen gehäuft haben. – Das Waisenhaus berichtet über seine modernen Erziehungsmethoden, so den Familienbetrieb, die Koedukation und die verschiedenen gemeinsamen Veranstaltungen. Es heißt dazu: «Wenn in den Mauern der alten Kartause die Devise lautete: ‹Memento mori›, so gilt heute als Grundsatz: ‹Memento vivere›. Wir reden durchaus der Lebensbejahung das Wort und halten dafür, daß Heiterkeit der Himmel ist, unter dem alles gedeiht, ausgenommen Gift.»

## 1925

Die finanzielle Sanierung der bürgerlichen Armenanstalten wird neu geregelt. Die Regierung verzichtet auf die Erhebung einer Armensteuer und überläßt der Bürgergemeinde den Nettoertrag der Billetsteuer, ferner den ganzen Ertrag der Christoph Merian'schen Stiftung. Dem Spital wird neben den Klinikerbeiträgen eine jährliche Subvention von Fr. 500 000.– zugesichert. – Die Kosten der Zwangsversorgung werden statt der Kanzleikasse von nun an dem Armenamt und dem Waisenhaus übertragen, da diese Institutionen meist mit den Versorgten oder deren Familien ohnehin schon zu tun haben. – Die starke Frequenzabnahme in der Armenherberge bringt eine grundlegende Änderung der Organisation. Es werden nun Gutscheine für Verpflegung und Nachtquartier abgegeben, diese sind im «Engelhof» einlösbar. – Die Frage der Spitalverlegung oder eines Neubaus wird eingehend erörtert; an zahlreichen Sitzungen werden die einzelnen Aspekte dargelegt, ein Entscheid steht noch aus.

## 1926

Der Titel des Verwaltungsberichtes wird dahin abgeändert, daß er von nun an nicht mehr an den Weitern Bürgerrat der Stadtgemeinde Basel, sondern an den Weitern Bürgerrat der Bürgergemeinde Basel gerichtet ist. – Der von der Regierung vorgelegte Sanierungsplan der Finanzen wird vom Großen Rat und vom Weitern Bürgerrat genehmigt; anstelle der Überlassung der Billetsteuer wird jedoch eine jährliche Subvention von Fr. 400 000.– ausgerichtet. – Mitte Dezember setzt eine neue, starke Grippewelle ein; in der Woche vom 26. Dezember 1926 bis zum 1. Januar 1927 werden 4315 Fälle gemeldet, was die Zahl der Erkrankten von 1918 übersteigt. Mitte Januar flaut die Epidemie ab. Viele Grippekranke müssen ins Hilfsspital eingeliefert werden. – Die Erweiterung der Bahnanlagen erfordert die Aufgabe des hinter dem Siechenhaus liegenden Areals des Pachthofes mit den beiden großen Ökonomiegebäuden in St. Jakob, was jedoch zum Teil Expropriationsverhandlungen und einen Prozeß vor dem Bundesgericht mit sich zieht. Die ganze Umstellung erfordert eine Vergrößerung der Stall- und Scheunengebäude der benachbarten Pachthöfe.

## 1927

An den Erneuerungswahlen vom 26./27. November beteiligen sich von den 22 674 Stimmberechtigten deren 12 936 (Stimmbeteiligung 57,0%); sie bringen wenige personelle Änderungen. – Die Försterliegenschaft an der Zürcherstraße geht durch Verkauf (Fr. 155 000.–) an die Einwohnergemeinde (Elektrizitätswerk) über. – Die Installation des Gases in den Gemeinden Muttenz und Pratteln sowie die Konkurrenz aus dem Elsaß und aus Baden bringen spürbare Mindereinnahmen aus dem Holzverkauf. – Die Schappe-Spinnerei St. Jakob erwirbt von der Christoph Merian'schen Stiftung die Fabrikliegenschaft in St. Jakob. – Das Bürgerspital verkauft den Sennhof Oberbölchen, «ein altehrwürdiges Inventarstück» und ein Stück Spitalgeschichte; 1531 gelangte der Hof in den Besitz des Basler Spitals. – Auf ein Postulat betreffend Errichtung eines landwirtschaftlichen Arbeiterheimes für versorgungsbedürftige, aber noch arbeitsfähige Erwachsene kann die Bürgergemeinde allein nicht eintreten, sie braucht das Mitwirken der staatlichen Organe. – Ein Vorstoß zu einer Verschmelzung von Behörden der Bürgergemeinde mit solchen der Einwohnergemeinde wird abgelehnt, denn es können keine namhaften Gründe angeführt werden. Im Bereich des Fürsorgewesens würde eine Verstaatlichung dem Kanton eine bedeutend

größere Belastung bringen als bisher. Ein großer Teil der Armenlasten wird ja von der Bürgergemeinde unter Mitwirkung von Privaten und Korporationen selbst bestritten; die private Mithilfe würde bei einer Verstaatlichung dahinfallen. – Die Beschäftigung nicht voll leistungsfähiger Arbeitnehmer stößt immer mehr auf Schwierigkeiten; menschliche Beweggründe allein gestatten keine Anstellung mehr. Neue Arbeitsmöglichkeiten für vermindert Arbeitsfähige müssen gesucht werden. – Die öffentliche Fürsorge wird vermehrt in Anspruch genommen und zwar durch die Verheiratung junger Menschen «die selbst noch der Leitung bedürfen, sowie die vollständige Unkenntnis junger Frauen in der Führung eines geordneten Haushalts. Durch den heutigen Erwerbsdrang der Frau wird die Ausbildung in Küche und Haus immer mehr zurückgedrängt. Viel zu groß ist die Zahl der Unterstützungsbedürftigen, bei welchen die Ursache der Bedürftigkeit in einer Mißwirtschaft der Hausfrau zu finden ist. Nicht daß die Ursache dieser Mißwirtschaft an einem leichtsinnigen und liederlichen Gebaren der Hausfrau liegen würde, sondern vielfach ist es der Mangel an Können. Was nützt ein regelmäßiger und auskömmlicher Verdienst des Mannes, wenn die Frau nicht in der Lage ist, denselben richtig zu verwenden?» – Die Frage der Verstaatlichung des Spitals wird abgelehnt, obwohl die gegenseitigen Gründe gleich gewichtig sind; der ganze Problemkreis wird deshalb weiter vor sich hergeschoben. – Wegen der Raumnot ergibt sich ein auffallend häufiges Auftreten von Entzündungen der Lungen und Bronchien bei Frisch-Operierten; Isolierzimmer würden die Situation verbessern. – Im Spital werden bei Musikständchen für Patienten unzuträgliche Spezialinstrumente wie Gitarre, Mandoline, Handharmonika usw. ausgeschlossen. Die Musikvorträge sind zudem nur am Sonntagmorgen in den Gärten gestattet.

## 1928

Ein angeblich in Basel wohnhafter deutscher Staatsbürger stellt das Gesuch zur Einbürgerung unter Hinweis darauf, daß er in direkter Linie von einem im Jahre 1641 geborenen Basler abstamme, der 1666 nach Frankfurt auswanderte und dort Bürger wurde. Er begründet sein Gesuch damit, daß ein Verzicht auf das Bürgerrecht nie erfolgt sei und nach Art. 44 der Bundesverfassung das Schweizerbürgerrecht nur durch ausdrücklichen Verzicht verloren gehe. Das Gesuch wird abgewiesen (Verwirkung des Bürgerrechts durch Auswanderung und durch Heirat einer Nichtbaslerin; Schaffung des betreffenden Artikels erst im Jahre 1848). Rekurse bei der Regierung

und beim Bundesgericht haben keinen Erfolg. – Zur Verbesserung der Verhältnisse in der Pfrund kommt eine Studienkommission zum Schluß, auf dem Milchsuppeareal eine Pfrundanstalt zu errichten, deren Charakter schon in der Gliederung der Gebäulichkeiten zum Ausdruck kommen soll: heimelig und familiär. – Verschiedene Verbesserungen baulicher Art erleichtern im Waisenhaus die Durchführung gewisser Änderungen gemäß neuzeitlicher erzieherischer Grundsätze. Ein Abbau der Anstalt und ein Ersatz durch die Pflege in verschiedenen auswärtigen Familien wird jedoch abgelehnt; es soll aber alles getan werden, daß die Anstalt dem Zögling die Familie ersetzt.

## 1929

Durch eine lange Trockenperiode besteht große Waldbrandgefahr; dank verschärfter täglicher «Waldhut» und einem Rauchverbot in der Hard kann die Gefahr wesentlich verringert werden. – Die Christoph Merian'sche Stiftung erwirbt den Schürhof (28 ha 80 a) und den Schlatthof (40 ha 63 a) bei Aesch. – Dem Verkauf des Zunfthauses zu Spinnwettern an der Eisengasse 5 an die Firma B. Wepf & Cie. wird zugestimmt (Fr. 450 000.–). – Das Fürsorgewesen verzeichnet eine ständige Zunahme der Unterstützungsfälle und dies trotz teilweiser Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Erst die Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung, der obligatorischen Krankenversicherung und des Tuberkulosegesetzes werden die Fürsorgelasten spürbar verringern. – Die Unterstützung betrifft in erster Linie alte Personen, dann Kranke, an dritter Stelle Bürger in ungenügenden Erwerbsverhältnissen (reduzierte Arbeitszeit, übersetzte Mietzinse und Instandstellungskosten). Weitere Aufwendungen sind bedingt durch Alkoholismus, Leichtsinn, durch Arbeitslosigkeit und Lungentuberkulose. In 400 Fällen werden dauernde Unterstützungen ausgerichtet an: 78 Männer, 221 Frauen, 56 alleinstehende Ehepaare, 45 Familien mit Kindern. Im Bürgerspital nimmt eine Sozial-Fürsorgerin ihre wichtige Arbeit auf. – Die Spitalfrequenz ist in den letzten 25 Jahren um mehr als 100% gestiegen, die Aufenthaltsdauer der Kranken hat sich im gleichen Zeitraum stark vermindert, die durchschnittliche Zahl der Pflegetage in allen Abteilungen beträgt 1929 20,4 Tage. – Der Einbau des neuen Versammlungsraumes im Waisenhaus, des sogenannten Kartäusersaales, ergibt verschiedene Überraschungen baulicher und somit auch finanzieller Art, da die bestehende Holzkonstruktion viele Mängel aufweist. Die Mehrkosten betragen Fr. 63 000.–. Der gesamte Umbau bringt die erhofften pädagogischen Verbesserungen: «Wir wollen ein fröhliches

Haus sein», betont der Waisenvater in seinem Jahresbericht, der neue Saal bietet Gelegenheit zu manch frohen und ansprechenden gemeinsamen Stunden; auch der neue Spielplatz bringt Erleichterungen. – Kreuzgang und Klosterkirche der Kartäuser erfahren durch die Denkmalpflege eine umfassende Renovation.

## 1930

Die Erneuerungswahlen werden am 1./2. November durchgeführt, stimmberechtigt sind 23 794 Bürger, die Stimmbeteiligung beträgt 59,7%. – Am gleichen Tag findet die Abstimmung über einen Beschluß des Weitern Bürgerrates vom 20. Mai 1930 betreffend Verkauf von Spitalland an der Margarethenstraße, gegen den das Referendum eingereicht wurde, statt. Mit 8579 Ja gegen 5390 Nein wird der Beschluß des Rates bestätigt (Stimmbeteiligung 58,7%). Zu diesem Ergebnis führt auch die Bekanntgabe der Absicht der öffentlichen Verwaltung, vor dem Margarethenhügel vom Spital einen größeren Abschnitt zu erwerben. – Im Stadthaus werden die obern Stockwerke renoviert und für zwei «behagliche» Mietwohnungen ausgebaut. – Das gesamte Fürsorgewesen der Bürgergemeinde erfährt eine Reorganisation. Die Aufgaben der nun neu benannten Stellen des «Bürgerlichen Fürsorgeamtes» und des «Bürgerlichen Waisenhauses» werden genau umschrieben. – Wegen der schlechten Wirtschaftslage nimmt die Unterstützung von Arbeitslosen stark zu. – Bei einer Neutaxierung des Grundbesitzes im Kanton Baselland wird das Land nicht nach seinem Kulturwert, sondern auch nach dem mutmaßlichen Verkehrswert eingeschätzt, was zum Teil eine dreifache Erhöhung der Steuern zur Folge hat. – Für das eingehende Studium der Erweiterung des Spitals nehmen eine Arbeitsgruppe und ein hauptamtlicher Architekt ihre Tätigkeit auf. Der Bettenbestand soll insgesamt auf 1250 Betten verdoppelt werden. Als Areal steht das Gebiet zwischen Hebelstraße, Petersgraben und Spitalstraße zur Verfügung; Markgräfler- und Holsteinerhof bleiben aus kunsthistorischem Interesse bestehen. – Zur Unterstützung und Förderung des Sportes plant die Einwohnergemeinde eine große Sportanlage: «für diese ist nach Ansicht der Behörden ein Teil der Jakobsmatte am geeignetsten». Die Verhandlungen mit der Christoph Merian'schen Stiftung führen zum Abschluß eines Vertrags, in dem die Stiftung auf den 1. April 1931 das ganze Areal zwischen Bahndamm und dem von Brüglingen nach der Allee führenden Weg abtritt (305 022 m² für 1,2 Millionen Franken); 1931 werden noch weitere 40 035 m² Land verkauft.

## 1931

Die Defizite der bürgerlichen Armenanstalten nehmen zu; an die Regierung wird daher ein Gesuch um deren Deckung gerichtet. – Das Spital veräußert das Riehenmattgut für Zwecke des Gas- und Wasserwerkes und Land vom Margarethenletten für einen Sportplatz an die Einwohnergemeinde. – Im Spital wird ein ständiger Nacht-Notfalldienst aufgezogen, neu ist ferner die Einrichtung einer Diätküche und eines orthopädischen Turninstitutes. – Im Waisenhaus erkranken im Dezember Jugendliche an Diphtherie, was die Absage der Weihnachtsfeier bedingt. – Der Waisenvater gründet einen Musikfonds, aus dem alle Auslagen für Instrumente und die musikalische Ausbildung der Waisenkinder bestritten werden sollen: zehn bis zwölf Kinder können nun den Unterricht in der Musikschule besuchen. – Der am 9. Januar verstorbene Dr. Georges Jaeglé vermachte der Bürgergemeinde ein Legat von Fr. 10 000.–, dessen Zinsen Verwendung finden u.a. für Säuglings- und Kinderfürsorge, Wohnungshygiene, Tuberkulosebekämpfung und die Unterstützung alleinstehender alter Leute.

## 1932

Wie bereits im Vorjahr melden sich keine Bewerber für Auswanderungsbeiträge, ein Budgetposten, der einst große Beanspruchung fand. – Aufgrund eines Vorstoßes im Weitern Bürgerrat erhalten nun auch die Drittklaßpatienten Frühstückbutter verabreicht. – Zu den Einnahmen des Bürgerlichen Fürsorgeamtes gehört das Opfer in allen fünf Abdankungshallen des neuen Friedhofes am Hörnli (1932: Fr. 5431.99; 1974: Fr. 79 501.55). – Die Unterstützung wegen Arbeitslosigkeit aus Notlage nimmt zu (599 Fälle). – Im Bürgerspital erfahren die technischen Betriebe eine umfassende Reorganisation, die eine rationellere Arbeitsweise gestattet. – Neu sind zudem die monatlichen Oberpersonal-Konferenzen und die alljährliche Durchführung einer Inventur des gesamten Spitalmobiliars. – Im Waisenhaus gelangen zahlreiche Anlässe zur Durchführung, die das Gemeinschaftsleben der Zöglinge fördern.

## 1933

Die Neubestellung des Weitern Bürgerrates erfolgt am 11./12. November, Stimmberechtigte 26 753, Wählende 18 593 = 65,76%; die Wahlen ergeben verschiedene Änderungen in der Zusammensetzung der Kommissionen. – Auf einen Vorstoß, der eine Berücksichtigung der Kommunisten

in den Kommissionen verlangt, tritt der Rat nicht ein. – Die finanzielle Lage der Armenanstalten gibt zu zahlreichen Untersuchungen und Besprechungen Anlaß, über die Fürsorgeanstalten wird ein eigenes Gutachten erstellt. – Der aus dem Bürgerrat ausscheidende Gottlieb Albert Baehler errichtet eine Stiftung zugunsten der Bürgergemeinde. – Die Vorarbeiten für einen Spital-Neubau gedeihen rasch, die Budgetposten belaufen sich insgesamt auf Fr. 37,63 Millionen; der Große Rat bestellt eine eigene Kommission. – Das Waisenhaus gibt sich alle Mühe, Schwierigkeiten mit den Eltern zu vermeiden, doch ganz beheben lassen sie sich nicht.

## 1934

Die in Basel vordemonstrierte Holzvergasung stößt trotz den erfolgreichen Versuchen auf wenig Begeisterung, der Grund wird der Bequemlichkeit zugeschrieben; mit einer Verbesserung der Einnahmen der Forstverwaltung ist also nicht zu rechnen. – Auf einer Dienstfahrt verunglücken bei St. Sulpice drei mit der Bürgergemeinde eng verbundene Persönlichkeiten tödlich: Bürgerrat Dr. F. Schill, Spitaladjunkt K. Götz und Regierungsrat Dr. F. Aemmer. – Das Waldhaus erfährt eine gründliche Renovation. – Wegen der Verschlechterung des Arbeitsmarktes nehmen die Unterstützungsfälle zu, neue Arbeitsplätze müssen gesucht werden, vielfach ohne Erfolg. – Der Refundationsdienst wird ausgeweitet, möglichst viele Angehörige sollen der Unterstützungspflicht nachkommen. – Die finanzielle Lage des Kantons und des Spitals erfordert eine dringende Erhöhung der Krankenkassentaxen. – Langwierige und den Gesamtbetrieb hemmende Diphtherie-Erkrankungen führen zur Anordnung einer allgemeinen Impfung der Waisenkinder. – Der in politischen Kreisen erhobene Vorwurf, die Erziehung im Waisenhaus fruchte wenig, weil viele Ehemalige, trotz der scheinbar guten Erziehung, bald armengenössig würden, wird durch genaue Zahlen widerlegt. Der Prozentsatz der Hilfesuchenden betrug in den letzten 20 Jahren 11,7% und war bedingt durch die Arbeitslosigkeit. – Die Installationen im Wasserturm von St. Jakob erfahren eine gründliche Überholung, die dort gefaßte Quelle muß der angeschlossenen Liegenschaft erhalten bleiben.

## 1935

Das Fürsorgeamt errichtet während der Sommermonate auf dem Wasserfallenhof ein freiwilliges Arbeitslager, das den Bau einer Straße im vorderen Paßwang-Gebiet zum Ziele hat. – Ein Fall des Refundationsdienstes wird bis

vor das Bundesgericht gezogen, das die Forderungen des Fürsorgeamtes ablehnt; die Folgen sind gravierend, so daß der Ausfall durch Rückgriff auf Blutsverwandte der mitunterstützten Ehefrauen ausgeglichen werden soll. – Der ACV beider Basel löst den Pachtvertrag über das Milchsuppengut auf Ende März 1935. – Die Spital-Neubaufrage bleibt noch ungeklärt, es werden neue günstigere Lösungen gesucht. – Der renovierte Holsteinerhof wird als Grippe-Notspital vorgesehen, dann aber wegen Rückgang der Erkrankungen nicht benützt. – Das Finden von Lehrstellen für Schulentlassene ist recht mühsam; der Grundsatz, eine Berufslehre zu vermitteln, wird aber im allgemeinen nicht aufgegeben.

## 1936

Von den 28 695 Stimmberechtigten beteiligen sich am 14./15. November deren 18 809 oder 65,6% an den Erneuerungswahlen. – Nach großrätlicher Behandlung tritt das revidierte Bürgerrechtsgesetz in Kraft. – Der Ankauf der Liegenschaft Schönbeinstraße 34 und die Um- und Erneuerungsarbeiten an diesem zum Verwaltungszentrum des Fürsorgeamtes bestimmten Gebäude werden bewilligt. – Auf der Wasserfalle bauen 61 Arbeitslose an der 1935 begonnenen Straße und finden so eine neue Beschäftigung. – Nach der Aufstellung eines neuen Raumprogramms für den Spitalneubau gelangt die generelle Projektierung an eine Architekten-Gemeinschaft. – Die Regierung des Kantons Baselland leitet für den Landerwerb zum Bau des Rheinhafens auf dem Sternenfeld und in der Au gegen die Bürgergemeinde und die Christoph Merian'sche Stiftung die Expropriation ein.

## 1937

Für die Erstellung der Hafenbahn und des Auhafens sind verschiedene Zwangsnutzungen und Kahllegungen nötig, sie verändern das Landschaftsbild am Rhein grundlegend. Die Rheinbise findet zudem ungehindert Eingang in die allerorts gegen außen offenen Waldränder. – Die Abwertung des Schweizer Frankens bringt keine wesentliche Preiserhöhung im Bereich des Holzverkaufs, wohl aber einen besseren Absatz der forstlichen Erzeugnisse. – Die Christoph Merian'sche Stiftung erwirbt für Fr. 350 000.– auf Vorschlag der Regierung zur Verhinderung einer Überbauung den Park des Sommercasinos, er soll als Christoph Merian-Park der Öffentlichkeit zugänglich sein. Das eigentliche Wirtschaftsgebäude und das Areal hinter dem

St. Jakobsdenkmal kauft die Stadt. – Am 18. Juni bezieht die Verwaltung des Bürgerlichen Fürsorgeamtes das neue Gebäude an der Schönbeinstraße; der bisherige Sitz an der Herbergsgasse wird an eine Rahmenkunstwerkstätte vermietet. – Dank der Besserung der Arbeitslage wird die Stellenvermittlung ausgebaut; ein Beamter sucht periodisch die hiesigen Arbeitgeber auf. In den Tageszeitungen erscheint zudem ein Aufruf «Schafft Verdienstmöglichkeiten für unsere Basler Bürger». – Mit Beginn der kühlen Witterung wird eine Nähstube für Frauen eingerichtet. – Die Polikliniken und Spezialinstitute weisen eine Frequenzabnahme auf; eine Ursache liegt in der vom Bund verfügten Kostenbeteiligung der Krankenkassenpatienten, die durch die Öffentliche Krankenkasse am 1. April 1937 in Kraft trat. – Die Vorarbeiten für den Spitalneubau gehen gut vorwärts. Eine materielle Behandlung des Projekts will der Bürgerrat aber erst nach der Bereinigung hängiger Fragen betreffend der Beteiligung des Staates vornehmen. – Das Waisenhaus erhält viele offizielle Besuche aus dem In- und Ausland, das Interesse richtet sich besonders auf das hier angewandte System der vollständig geschlossenen Gruppe mit eigener Wohnung, was, wie schon mehrfach erwähnt, eine familienähnliche Situation schafft.

## 1938

Die notwendig gewordenen Vorbereitungen für einen Mobilmachungsfall bringen in der Rechnung des Bürgerspitals eine wesentliche Überschreitung des Budgetpostens für medizinischen Bedarf. – Am 26. November kommt es mit dem Regierungsrat zur Unterzeichnung des Vertrages, der den ganzen Fragenkomplex der Spitalerweiterung regelt, vor allem auch den zukünftigen Klinikenbeitrag des Staates und die Defizitdeckung. Der Weitere Bürgerrat genehmigt den Vertrag am 20. Dezember. – Die Ausarbeitung des Neubau-Projektes liegt in den Händen einer Architektengemeinschaft. – Die organisatorischen Schwierigkeiten des Waisenhauses sind erkennbar aus der Feststellung, daß beinahe jede Woche ein Neueintritt erfolgt und daß andererseits durchschnittlich alle zehn Tage ein Austritt stattfindet und damit auch oft gute Hilfskräfte aus dem Zöglingskreis ausscheiden. 86,5% der neu aufgenommenen Kinder stammen aus zerrütteten Verhältnissen und bringen vielfach schwere seelische Schädigungen mit, was eine besondere Erziehung verlangt. – Die umfangreiche Straßenkorrektion im Gebiet von St. Jakob bedingt verschiedene bauliche Arbeiten und Anpassungsrenovationen am Gasthaus. – Die Zunft zu Webern errichtet an der Steinenvorstadt ihr neues Zunftgebäude.

## 1939

Die veränderten politischen Verhältnisse in Europa, vor allem die kritischen Septembertage 1938 und der Kriegsausbruch im Herbst 1939, lassen die Bürgerrechtsgesuche stark ansteigen. «Ein Teil der Bewerber interessierte sich um dieses Bürgerrecht allerdings erst in der Stunde der Gefahr, obwohl die Möglichkeit zur Einbürgerung schon früher bestanden hätte.» Der Ruf nach Sistierung der Aufnahmen findet bei den zuständigen Instanzen des Kantons kein Gehör, man betont die traditionell weitherzige, durch die Lage und die Wirtschaft bedingte Praxis. Basel hat grösstes Interesse an der Einbürgerung assimilierter Niedergelassener, da sie für die Stadt einen wertvollen Gewinn bedeuten, allerdings muß die Auslese eine kritische sein. – Der Kriegsausbruch bringt dem Fürsorgeamt vermehrt Unterstützungsfälle und durch die militärische Einberufung des Personals zusätzliche Schwierigkeiten. – Nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist beginnen die Bauarbeiten am neuen Spital, vorerst ist der Abbruch verschiedener Bauten nötig. – Das Waisenhaus erhält schon früh Einquartierung, ganze Abteilungen müssen geräumt werden. Die Evakuationsfrage beschäftigt die Leitung sehr; die Pläne können aber noch im Herbst bereinigt werden. – Wegen des Krieges werden die Erneuerungswahlen vom Herbst 1939 auf das Frühjahr 1940 verschoben. – Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung des Bürgerlichen Fürsorgeamtes führen zur fristlosen Entlassung dreier Beamter. – Bei der Einweihung des neuen Kollegiengebäudes am Petersplatz stiftet der Bürgerrat den Ehrenwein. – Der Weibel der Bürgergemeinde erhält für Repräsentationszwecke ein Dienstkleid.

## 1940

Die Wahlen finden am 6./7. April statt, von den 29 833 Stimmberechtigten gehen 14 050 an die Urne (= 47,05 %). Als neue Partei zieht der Landesring der Unabhängigen mit vier Vertretern in den Rat ein. – Im Herbst schließt das Waldhaus aus verschiedenen Gründen seinen Betrieb. – Bei der Verleihung des Bürgerrechts wird eine schärfere Kontrolle in der Frage der Assimilation vorgenommen. – Bürgerrat und Bürgerkommission sprechen sich für die Initiative «Die Schweiz den Schweizern» aus. – Der am 2. Januar 1940 verstorbene Basler Bürger Dr. Georges Lichtenberg hat sein Vermögen (rund Fr. 550 000.–) der Bürgergemeinde vermacht, es soll als besondere Stiftung verwaltet werden. Der Ertrag dient zur Unterstützung des Bruders des Erblassers, sodann zur Ausweisung von Beiträgen an basleri-

sche Institutionen, welchen die Fürsorge für Kinder, Arme und Kranke obliegt, namentlich von Basler Bürgern. – Das frühere Verwaltungsgebäude des Fürsorgeamtes an der Herbergsgasse gelangt zum Verkauf (Fr. 700 000.–). – Die Arbeiten am Spital-Neubau gehen termingemäß vorwärts, aus verschiedenen Gründen erfährt das Projekt immer wieder Änderungen. – Die älteren Knaben des Waisenhauses beteiligen sich an der kriegsbedingten Bauernhilfe. «Das Wetter war dazu nicht immer günstig, doch haben die Buben dennoch tüchtig gearbeitet und gute Zeugnisse und noch schönere Erinnerungen nach Hause gebracht.»

## 1941

Die Amtsdauer der Behörden der Bürgergemeinde erfährt, entsprechend derjenigen der kantonalen Behörden, eine Verlängerung von drei auf vier Jahre.

An Pfingsten kann das Waldhaus wieder eröffnet werden, längere Verhandlungen mit einer eidgenössischen Verwaltung blieben ohne Erfolg. – Das Spital erhält die Stiftung «Zum grünen Helm» (und 1 Million Franken) geschenkt. Sie bezweckt in erster Linie die Eröffnung eines Altersheims, wobei der Stiftungsertrag zur Führung dieses Heimes, das in die Liegenschaft Hebelstraße 7 verlegt wird, und zur Ermöglichung von Freiplätzen für minderbemittelte Anwärter Verwendung finden soll. Eine solche Stiftung entspricht einem wirklichen Bedürfnis. – Die Kinder des Waisenhauses verbringen die Sommerferien erstmals in Basel und helfen im Garten des Waisenhauses oder des Bürgerspitals tatkräftig mit; die Burschen leisten wieder Landdienst bei Bauern.

## 1942

Verschiedene Aussprachen betreffen die Projektierung des neuen Flughafens in der Hard, wobei immer wieder auf die Opferung eines großen Teils des Waldes und wertvollen Kulturlandes hingewiesen wird. – Das Postulat der Prüfungskommission betreffend Kontrolle der Verwaltungs- und Vermögensrechnungen der einzelnen Institutionen durch eine neu zu schaffende Finanzkontrolle oder durch eine Treuhandstelle wird aus finanziellen Gründen abgelehnt. Bürgerspital und Fürsorgeamt haben mit der periodischen Revision das Inspektorat der Basler Kantonalbank betraut, bei den andern Verwaltungszweigen übt die vorgesetzte Behörde die Kontrolle

aus. – Im Arbeitslager des Bürgerspitals sind durchschnittlich pro Tag 91 Personen tätig, zum Teil Emigranten, Mitglieder des FHD oder des Frauenturnvereins und Pfadfinder. Der Erfolg ist eindrücklich; auf einer Anbaufläche von 20 ha werden 314 Tonnen Gemüse geerntet. – Der Spitalneubau wächst, gewisse Arbeiten müssen wegen Zementmangels etwas verschoben werden. – Durch die veränderten Ehe- und Familienverhältnisse wandelt sich die überlieferte und eigentliche Struktur des Waisenhauses: es wird immer mehr Jugendfürsorgeamt der Bürgergemeinde, entspricht aber in keiner Weise einer eigentlichen Versorgungsstätte. – Auf den Höfen der Christoph Merian'schen Stiftung wird alles getan, um den geforderten flächenmäßigen Mehranbau zu erreichen.

## 1943

Die Neuwahl des Weitern Bürgerrates wird wegen der kriegerischen Notlage durch den Regierungsrat vom November 1943 auf den Herbst 1944 verschoben (sie wird in der Folge aber erneut abgesagt). Inskünftig soll die gesetzlich neu festgelegte vierjährige Amtsdauer der bürgerlichen Behörden von diesem Datum an zu laufen beginnen. – In der Abstimmung vom 20./21. März lehnt das Basler Volk das Flugplatzprojekt «Hard» ab, so daß die aufgenommenen Besprechungen über die Abtretung von Land und Wald der Christoph Merian'schen Stiftung und der Bürgergemeinde hinfällig werden. – Nach einem Unterbruch nimmt die Nähstube ihren Betrieb wieder auf. Ihr Zweck ist, beschränkt arbeitsfähigen Frauen und Töchtern zu einer geordneten und nützlichen Arbeit zu verhelfen; der Aufenthalt der einzelnen Petentinnen ist nur vorübergehend und soll zur Überbrückung von Arbeitslosigkeit dienen. – Bei der Planung der weiteren Bauten des Spitals drängt sich die Frage der Verlegung der Spitalwäscherei als dringend auf.

## 1944

Wegen der Ungunst der durch den Krieg bedingten Verhältnisse werden die Neuwahlen des Weitern Bürgerrates vom Regierungsrat erneut verschoben. – Die Zahl der Rückwanderer nimmt bedeutend zu. Es sind vor allem Bombengeschädigte aus Deutschland sowie Flüchtlinge aus dem elsässischen und badischen Grenzgebiet, die meist nur mit den allernotwendigsten Kleidungsstücken ankommen. Die Kosten für die Rückwanderer übernimmt im ersten Vierteljahr der Bund, nachher zahlt er die Hälfte. Viele Rückkehrer

verfügen über ansehnliche ausländische Guthaben, die durch die Verrechnungsstelle transferiert werden können. – In der Tagespresse und in Fachorganen ist ab und zu von der schweizerischen Anstaltskrise die Rede. Der Waisenvater nimmt dazu Stellung und betont, eine solche Situation bestehe seit Jahrzehnten und daure so lange, «bis endlich überall die Einsicht dämmert, daß die Anstaltsnot nur die allgemeine Familienkrise widerspiegelt. Natürlich sind es meistens die finanziellen Verhältnisse, die eine ‹Anstaltsnot› hervorrufen». Finanzen aber bestimmen nicht die Anstalt, die Erziehung hängt nicht vom schönen Heim ab, wichtiger ist der Geist, der in den Mauern lebt.

## 1945

Mitten aus seiner Arbeit stirbt am 16. Februar 1945 der Bürgerratspräsident Dr. Ernst Miescher, der seit 1906 in Behörden der Bürgergemeinde tätig gewesen war. Es ist auffallend, daß im Verlauf der Jahrzehnte immer wieder die Rede ist von solchen plötzlichen Todesfällen bedeutender Persönlichkeiten der bürgerlichen Räte und Verwaltung. – An den Wahlen vom 27./28. Oktober nehmen von den 30 305 Stimmberechtigten 15 807 (= 52,16%) teil. Sechs Mitglieder kandidieren nicht mehr, neun weitere werden nicht mehr gewählt. Exekutive, Legislative und Kommissionen erfahren daher bedeutende Veränderungen; die Verschiebungen ergeben sich aus den neuen politischen Verhältnissen am Ende des Zweiten Weltkrieges. – Die kantonale Finanzkontrolle revidiert in Zukunft Buchhaltung und Kassawesen der Bürgergemeinde. – Die befürchteten schlimmen Auswirkungen der ersten Nachkriegszeit auf dem Arbeitsmarkt treffen nicht ein, und die Zahl der Armengenössigen erfährt durch die Demobilmachung keine Vermehrung. – Das Fürsorgeamt verlegt sein hauptsächliches Wirken auf die Vorsorge, der vorhandenen Notlage oder der gänzlichen Verarmung intensiv entgegenzuwirken; vorübergehende Not sollte keine dauernde werden. «Wir dürfen nicht müde werden, von allen in der Fürsorge tätigen Beamten und Angestellten zu verlangen, daß sie im Armengenössigen einen Mitmenschen sehen, der unsere Hilfe verdient und als freie Persönlichkeit und Bürger seine Pflichten und Rechte hat.» Dem Ursprung der Notlage muß nachgegangen werden. Die bürgerlichen Armenanstalten sind sich ihrer Aufgaben voll bewußt, ihr Dienst bedeutet Hilfe dem Mitmenschen gegenüber. – Die Rückwanderung von Auslandschweizern hat wohl ihren Höhepunkt, nicht aber ihr Ende erreicht. 1945 werden 117 Fälle verzeichnet, die Rückgewanderten betreut das Fürsorgeamt. Es bemüht sich, sie in den Arbeitsprozeß einzubeziehen und ihnen

beim Aufbau einer neuen eigenen Existenz behilflich zu sein. – Am 29. September nehmen gegen 600 Gäste in der Eingangshalle des Neubaus am Festakt zur Einweihung des neuen imposanten Spitals teil. Während einer Woche beteiligen sich über 100 000 Personen an den öffentlichen Führungen. Zwischen dem 22. und 31. Oktober erfolgt der Umzug der Patienten. – Auf dem Milchsuppengut treten die kriegsbedingten Mehranbau-Vorschriften außer Kraft, der Betrieb dient erneut ganz der normalen landwirtschaftlichen Nutzung; auch das Terrain im Elsäßerbann kann wieder bebaut werden. – Dank verschiedener Gönner eröffnet das Waisenhaus am Oberen Rheinweg das schon längst fällige Beobachtungsheim «Sunnehüsli». – Die Christoph Merian'sche Stiftung läßt zu St. Jakob das Innere des prächtigen Baukomplexes der Siechenhäuser renovieren, und in Iglingen erfährt die alte St. Niklauskapelle eine umfassende Restaurierung.

## 1946

Aufgrund einer Änderung des Gemeindegesetzes können Präsident und Statthalter des Bürgerrates ihr Amt nicht während zwei aufeinanderfolgenden Amtsperioden bekleiden; ferner ist der Statthalter des Bürgerrates ebenfalls vom Weitern Bürgerrat zu wählen. Die Amtsdauer von Präsident und Statthalter des Weitern Bürgerrates wird von vier auf zwei Jahre reduziert. – Skandale um Pflegekinder wühlen die Gefühle der Öffentlichkeit auf; die Frage, ob ein Kind in eine Pflegefamilie oder in das Erziehungsheim eingewiesen werden soll, muß jeweils nach den konkreten Gegebenheiten beurteilt werden. – Die Christoph Merian'sche Stiftung beschließt, aus dem Kapitaleingang beim Verkauf von Land hinter dem Zeughaus an die SBB, dem Bürgerspital zum Bau eines Schwesternhauses eine Million Franken zu schenken; dieser Betrag wird 1948 um Fr. 800 000.– erhöht.

## 1947

Der Pächterwechsel im Waldhaus gibt zu neuen Hoffnungen in der Entwicklung des teilweise erneuerten Betriebes Anlaß. – Dem Bau von Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 36 Dreizimmer-Wohnungen an der Reinacherstraße/Giornicostraße durch die Christoph Merian'sche Stiftung erteilt der Weitere Bürgerrat seine Zustimmung. – Die Zahl der Aufnahmegesuche in die Altersheime des Bürgerspitals nimmt zu, es werden vorwiegend nur pflegebedürftige Petenten berücksichtigt.

## 1948

Dem Entwurf für ein neues Bürgerrechtsgesetz stimmt der Bürgerrat weitgehend zu. – Im Fürsorgewesen zeigt sich eine neue Zunahme der Unterstützungsfälle. – Dringende Pfrundanmeldungen verlangen eine Erweiterung des Altersheimes um 37 Betten. – Die Zahl der eigentlichen Waisen nimmt ab, 1876 waren 75% der Jugendlichen im Waisenhaus Ganz- und Halbwaisen, 1948 noch deren 13%; der Anteil der Kinder aus zerrütteten Ehen steigt von 25% auf 87%.

## 1949

Am 29./30. Oktober finden die Erneuerungswahlen statt, sie bringen im bisherigen Bestand eine ziemlich starke Veränderung mit sich. Von den Stimmberechtigten beteiligen sich 15 864 an den Wahlen (=52,2%). – Die Bürgergemeinde tritt der Pensions-, Witwen- und Waisenkasse des Basler Staatspersonals bei. – Im Waldhaus ergibt sich ein neuer Pächterwechsel. – Für alle Bewerber des Bürgerrechts ist eine Untersuchung durch den Vertrauensarzt erforderlich; einzig in Fällen, in denen aus andern Gründen eine Abweisung ohnehin erfolgen muß, kann eine Untersuchung unterbleiben. – Die Abrechnung über die zwei ersten Bauetappen des neuen Bürgerspitals ergibt einen Aufwand von Fr. 19,91 Millionen.

## 1950

Der Bürgerrat bemüht sich um Verhandlungen mit der Regierung über eine Revision des Ausscheidungsvertrags von 1876 und über die Beziehungen zwischen Bürgergemeinde und Kanton. – Die Hard soll als Naherholungsgebiet gefördert werden, es kommen daher neue Ruhebänke zur Aufstellung, alte erfahren eine Reparatur. – Durch einen Entscheid des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes ist es möglich, bei Doppelbürgern einen Teil der Aufwendungen von der zweiten Heimatgemeinde zu verlangen, was eine finanzielle Verbesserung mit sich bringt. – Die Arbeitsgemeinschaft Milchsuppe nimmt einen erfreulichen Verlauf. Körperlich und geistig Behinderte erfahren im Lager eine sinnvolle Beschäftigung. 1950 beträgt die Zahl der Aufenthaltstage 43 000 (1948: 23 807). – Am 3. Juni wird das in jeder Hinsicht als fortschrittlich gewürdigte Schwesternhaus des Bürgerspitals eingeweiht. – Den Erwerb des Schloßgutes Angen-

stein lehnt die Christoph Merian'sche Stiftung aus finanziellen Erwägungen ab.

1951

Die Gewinnung von Grundwasser in der Hard verursacht verschiedene Eingriffe und Schadenfälle; es wird geradezu von einer eigentlichen Industrialisierung dieses Erholungswaldes gesprochen. – Dank dem fortschreitenden Ausbau der Sozial- und Altersfürsorgegesetzgebung verringern sich einfachere Fürsorgefälle, die Dauerfälle nehmen jedoch zu. «Verhältnismäßig hoch ist auch die Zahl der jungen Leute, die glauben, ihre durch Arbeitsscheu und Leichtsinn geschaffene prekäre Lage auf einfache Art zu sanieren, und hoffen, ihre Schulden durch das Fürsorgeamt decken lassen zu können....» Pro Jahr finden auf den Fürsorge-Sekretariaten weit über 10 000 Audienzen statt. – Das Waisenhaus eröffnet eine Durchgangsstation mit dem Ziel, dem Fürsorger zu raten, in welchen Lebenskreis ein Kind versetzt werden soll, denn hier kann seine Eigenart beobachtet werden. Die neue Institution steht auch Nichtbasler-Kindern von in Basel lebenden Familien offen; sie entspricht einem Bedürfnis und wird gleich zu Beginn von 23 Kindern benützt. – Die Christoph Merian'sche Stiftung setzt sich bei der Projektierung einer Gesamtbesiedlung des Gellertfeldes für eine Verbindung zwischen einer gemischten und lockeren Bebauung ein. – Nach dem Verkauf von Stiftungs-Land für eine Schießanlage in der Lachmatt genehmigen die basellandschaftlichen Behörden den Ankauf des Hofgutes Untere Gruth in Münchenstein.

1952

In den Waldungen geht das seit den Trockenjahren 1947 und 1949 begonnene Baumsterben weiter. – Der Mangel an einfachen und billigen Wohnungen bringt im Fürsorgebereich oft schwere Probleme. – Das Bürgerliche Fürsorgeamt beschäftigt sich eingehend mit der Liquidation des Altersheims «Bachofen-Schlößli» und mit dem Bau eines Heims auf einem Teil des Gundeldingerhofes am Bruderholz. – Das Bürgerspital soll sich in der Altersbetreuung künftig vor allem auf die Aufnahme der dauernd pflegebedürftigen Bürger und langjährigen Niedergelassenen beschränken. – Im Waisenhaus erfahren die teilweise veralteten Inneneinrichtungen eine Umgestaltung in wohnlichere Räume. – Die Renovation und Sanierung der Siechenhäuser zu St. Jakob durch die Christoph Merian'sche Stiftung ist abgeschlossen; die für die Stadtgeschichte bedeutsamen Bauten bleiben jetzt für die Zukunft gesichert.

*Abb 11:* Fröhliches Spiel im ehemaligen Kartäuserkloster, dem heutigen Bürgerlichen Waisenhaus

*Abb. 12:* Die verschiedenen Gebäulichkeiten sowie die Sport- und Gartenanlagen des Bürgerlichen Waisenhauses; rechts die Wettsteinbrücke, in der Mitte oben Theodorskirche und Wettsteinplatz

*Abb. 13:* Der renovierte Speisesaal des Bürgerlichen Waisenhauses

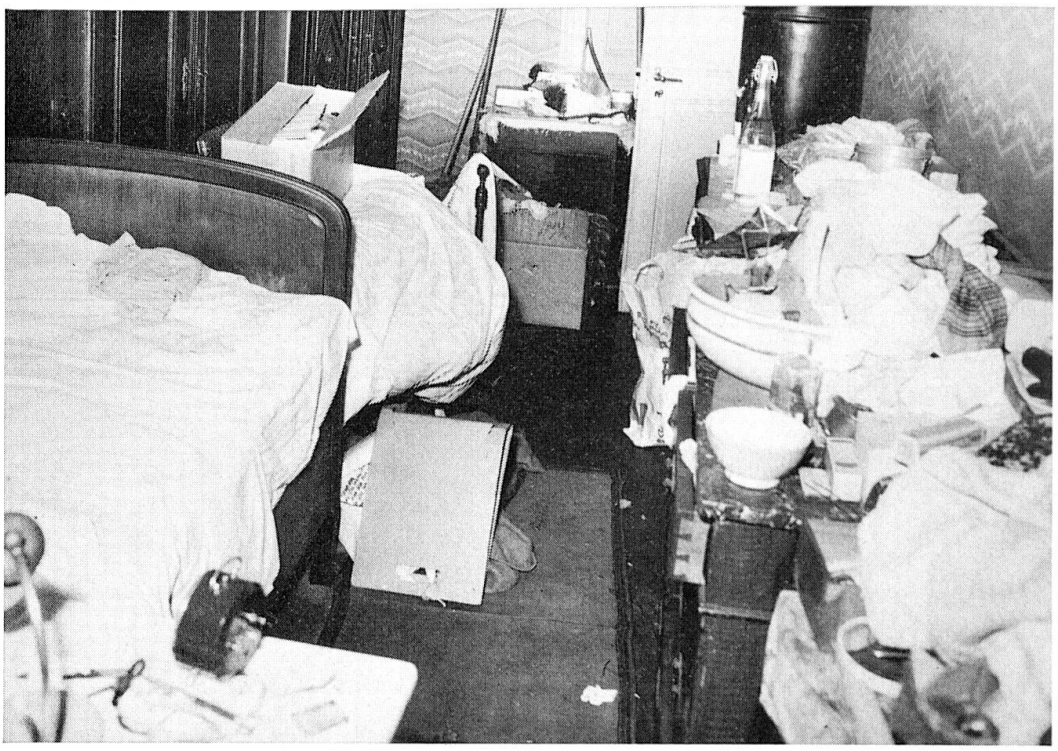

*Abb. 14:* So kann das Bürgerliche Fürsorgeamt eine Wohnung antreffen

*Abb. 15:* ... so hat es eine Rückwandererfamilie empfangen

## 1953

An den Erneuerungswahlen vom 31. Oktober/1. November beteiligen sich von den 30 425 Stimmberechtigten deren 16 644 oder 54,71%. – Erhöhte Renten- und Altersfürsorgebeiträge der AHV und der kantonalen Altersfürsorge ermöglichen es nun vielen alten Basler Bürgern, ohne öffentliche Unterstützung auszukommen. – Die Gremien des Bürgerspitals behandeln in zahlreichen Sitzungen den weiteren Ausbau des Spitals, für die bis jetzt hinausgezogene dritte Bauetappe erfolgen wichtige Vorarbeiten. – Ein Teil des Milchsuppefeldes wird an die Einwohnergemeinde für die Erstellung von Wohnbauten verkauft, aus dem Erlös soll an der Maiengasse ein Personalhaus des Spitals erstellt werden. – Die der Christoph Merian'schen Stiftung gehörenden Häuser Elisabethenstraße 6 und 8 werden gegen die Staatsliegenschaften St. Alban Vorstadt 3, 5 und 7 getauscht; am neuen Ort, im Haus «Zum Sausenberg» erhält die Stiftung ein praktisches und repräsentatives neues Verwaltungsgebäude. – Zur Erstellung eines Gartenbades verkauft die Stiftung über 24 000 m² des Birswäldchens bei St. Jakob an die Einwohnergemeinde.

## 1954

Das Bürgerliche Besoldungsreglement erfährt eine Revision, sie entspricht den kantonalen Änderungen. – Der Bürgerrat wird beauftragt, alle mit der Einführung des Frauen-Stimm- und Wahlrechtes zusammenhängenden Fragen zu prüfen und darüber zu berichten. – Die hohen Mietzinskosten bringen eine beträchtliche Mehrbelastung für Unterstützungsauslagen. Gegenüber früheren Jahren ist der Kreis der jüngeren Unterstützten größer. Wegen der Überalterung entstehen außerordentliche Schwierigkeiten, betagte Unterstützte in Alters- und Pflegeheimen unterzubringen. Das Möbellager des Fürsorgeamtes, das in einem Luftschutzkeller an der Eptingerstraße untergebracht ist, wird weiterhin rege beansprucht, es erledigt 438 Aufträge. – Das Fürsorgewerk der Arbeitsgemeinschaft Milchsuppe wird durch Veranstaltungen weiten Bevölkerungskreisen vertraut gemacht. – Für die dritte Bauetappe des Bürgerspitals sehen die Projektstudien aus wirtschaftlichen Gründen einen Hochbau vor. – Das Personalhaus des Bürgerspitals an der Maiengasse ist Ende des Jahres bezugsbereit. – Der Buschwilerhof gelangt in den Besitz der Einwohnergemeinde (Fr. 267 000.–). – Die Erzieher des Waisenhauses bemühen sich sehr um ein gutes Einleben der Kinder, wobei der Überwindung des Trennungsschockes große Aufmerksamkeit geschenkt

wird. – Die Christoph Merian'sche Stiftung erwirbt zum Zweck der Erstellung einer Siedlung für betagte Einwohner die Pfarrer Stähelin-Parzelle an der Rheinfelderstraße/Wettsteinallee. Die Stiftung entschließt sich, Land fast ausschließlich nur noch im Baurecht abzugeben. Mitte November bezieht die Verwaltung die neuen gediegenen Gebäude an der St. Alban-Vorstadt.

## 1955

Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde bemühen sich um die Erhaltung der Hard als Wald und Erholungsstätte für die Stadt. – Für eine Zentralwäscherei werden erste eingehende Projektstudien verfaßt. – Die andauernde teure Lebenshaltung und der ansteigende Lebenskostenindex wirken sich für die Armengenössigen ungünstig aus. – Umfangreich ist die Arbeit des Fürsorgesekretariates für die Selbständigerwerbenden, deren Kleingewerbebetriebe dem Konkurrenzkampf zum Opfer fallen. – Die Nähstube, die von der Friedmatt reichlich Aufträge erhält, wird von 34 Personen (33 Frauen, 1 Mann) besucht. – Am 2. Dezember erfolgt die Grundsteinlegung zum Altersheim am Bruderholz, nachdem in einer Volksabstimmung die Gewährung eines Arbeitsrappenbeitrages gutgeheißen wurde. – Die Zahl der bettlägerigen Altersheiminsaßen nimmt im Bürgerspital erneut zu, und der Bettenmangel für Chronischkranke macht sich bemerkbar. – Die Herstellung der Abzeichen für die Sammlungen des Roten Kreuzes und der Europahilfe werden der Milchsuppe und der Eingliederungsstätte übertragen; 70 Heimarbeiter finden so während drei Monaten Beschäftigung. – Die Alterssiedlung der Christoph Merian'schen Stiftung an der Rheinfelderstraße bietet seit Ende November in 95 Wohnungen hundert Betagten Unterkunft.

## 1956

Die beabsichtigte Linienführung der Autobahn bringt für die Hard äußerst einschneidende Beeinträchtigungen. – Die Unsitte, die Hardwaldung als private Kehrrichtdeponie zu mißbrauchen, verursacht große Reinigungskosten. – Die Einführung der Kantonalen Invalidenfürsorge hilft mit, zahlreiche Petenten aus der Armenfürsorge zu entlassen. – Auf Weihnachten können die bisherigen Insaßen des «Bachofen-Schlößli» ins neue Altersheim übersiedeln. – Im Merianbau des Bürgerspitals steht eine weitere Pflegestation mit 35 Betten für dauernd Pflegebedürftige bereit. – In der Milchsuppe werden die Neubauten für die Eingliederungsstätte bezogen, es ste-

hen nun ein Wohnheim und Arbeitsräume zur Verfügung. – Für das geplante Gartenbad Großbasel-West verkauft das Bürgerspital rund 24 540 m² Land. – Der Waisenvater ist bestrebt, die Organisation seines Betriebes neuen pädagogischen Einsichten anzupassen; auf eine warme Wohnstubenatmosphäre soll besonders geachtet werden. – Im Berner Jura erwirbt die Christoph Merian'sche Stiftung das großartig gelegene und historisch interessante Gut der Löwenburg (282 ha 34 a 49 m²). Durch diesen Erwerb ist der testamentarisch festgelegte Landbesitz der Stiftung gewährleistet. Im Gegensatz zu den andern landwirtschaftlichen Gütern wird die Löwenburg mit Rücksicht auf den großen Wert des lebenden und toten Inventars in Eigenverwaltung genommen. Der Betrieb soll bald saniert und renoviert werden. – Für verschiedene Parzellen in und um Basel schließt die Stiftung Baurechtsverträge ab.

## 1957

An der Neuwahl vom 2./3. November beteiligen sich von 30 528 Stimmberechtigten deren 14 916 oder 48,86%. – Nach dem Ausbau der Hardwasser AG kommt der Hard für die Trinkwasserversorgung der Region eine ausschlaggebende Bedeutung zu. – Die Arbeit des Fürsorgeamtes umfaßt in vielen Fällen in erster Linie die Beratung und den Schutz der anvertrauten Bedürftigen, die finanzielle Hilfe kommt oft erst an zweiter Stelle. – Am 12. April erfolgt die offizielle Einweihung des Altersheims, das schon bald nach der Eröffnung volle Belegung aufweist. – Die Eingliederungsstätte verzeichnet erfreuliche Erfolge der Therapie, die Ausbildungsmöglichkeiten erfahren eine Erweiterung. – Für die gartenseitige Wandelhalle des Bürgerspitals schaffen vier Basler Künstler bedeutende Werke, die auch ein prächtiges Gesamtbild und damit eine angenehme Atmosphäre vermitteln. – Die Projektierung der dritten Bau-Etappe geht intensiv weiter. – Die Waldungen der Löwenburg dienen der Eidg. Anstalt für das forstliche Versuchswesen als «Experimentier-, Kontroll- und Beispielbetrieb».

## 1958

Dieses Jahr bedeutet in der Geschichte der Bürgergemeinde einen wichtigen Abschnitt, erhält doch erstmals in der deutschsprachigen Schweiz eine politische Gemeinschaft das aktive und passive Frauenstimmrecht. In der Abstimmung vom 6./7. Dezember wird mit 9401 Ja gegen 5417 Nein der Beschluß des Weitern Bürgerrates über die Gewährung des aktiven und pas-

siven Wahlrechts an die Bürgerinnen der Stadt Basel gutgeheißen. Von den 30 706 Stimmberechtigten beteiligen sich 14 905 oder 48,5 % an der Abstimmung. – Des 100. Todestages von Christoph Merian wird zu St. Elisabethen mit einem würdigen und eindrucksvollen Gedenkgottesdienst gedacht; im Park hinter dem Sommercasino kommt ein Bronzeabguß der Büste Merians zur Aufstellung; die Anlage erhält gleichzeitig den Namen «Christoph Merian-Park». – Aus dem Ertrag der Christoph Merian'schen Stiftung empfängt das Waisenhaus für bestimmte Aufgaben vermehrte Zuschüsse. – Das Bürgerspital verkauft das Areal der Gundeldingerhöfe (u. a. Thomas Platter Haus) für Fr. 1,8 Millionen an die Einwohnergemeinde, es soll für Schulbauten, ein Tagesheim und eine Alterssiedlung verwendet werden. – Die Verminderung der Unterstützungsfälle des Fürsorgeamtes dauert an, die Aufwendungen nehmen wegen der Teuerung aber zu. – Die Frequenz des Spitals erhöht sich, sie ist vor allem durch die Überalterung und der dadurch bedingten notwendigen Pflege betagter Patienten bedingt; einigen Aufnahmegesuchen kann nicht sofort entsprochen werden. – Von den rund 500 Insaßen der Altersheime des Spitals stehen beinahe die Hälfte in einem Alter von 75–85 Jahren, 100 Insaßen sind älter. – Der Betrieb der Löwenburg wird stärker mechanisiert.

## 1959

In einer motivierten Tagesordnung ersucht der Weitere Bürgerrat die zuständigen Behörden, im Interesse der Erhaltung des Landschaftsbildes auf der Chrischona die geplante Sendeanlage im Walde zu errichten. – In den Finanzverhandlungen um eine Waldabtretung wegen des Rangierbahnhofes verlangt der Bürgerrat die Berücksichtigung des Verkehrswertes. – Im Fürsorgebereich wird erneut betont, daß der Mensch im Mittelpunkt der Hilfeleistung zu stehen habe. – Auf dem Gellertfeld beginnen die Bauarbeiten für die neue Alterssiedlung. – Auf der Löwenburg erschweren zahlreiche Neu- und Umbauten den Ablauf der alltäglichen Arbeiten, die aber einen erfreulichen Aufschwung nehmen. – Die Kleinkinderschule St. Elisabethen, die von 37 Kindern besucht wird, feiert ihr hundertjähriges Bestehen; zu diesem Anlaß erfolgt eine Renovation von Räumen und am Mobiliar.

## 1960

An den Jubiläumsfeierlichkeiten der Universität nimmt auch der Weitere Bürgerrat teil. – Auf den 1. Juli tritt das Gesetz betreffend die öffentliche

Fürsorge in Kraft, es enthält u. a. neben der Unverzinslichkeit eine Verwirkungsfrist von 20 Jahren für Rückerstattungsansprüche der Fürsorgebehörden. – Die Einführung der Eidg. Invalidenversicherung entlastet in vielen Fällen die Armenfürsorge, nicht aber Härtefälle für viele Menschen (Bettennot, Liegenschaftsabbruch usw.) – Prekäre Raumverhältnisse erfordern im Spital verschiedene rasche Maßnahmen, so auch den Bau neuer Operationssäle. – Die Führung des Basler Lehrtöchterheims an der Grenzacherstraße 109 übernimmt mindestens vorübergehend das Waisenhaus; das Heim beherbergt 18–20 Töchter. Mit dem zuständigen Verein wird ein Vertrag abgeschlossen. – Der Weitere Bürgerrat genehmigt den Bau eines Knaben- und Lehrlingshauses. Alle diese Maßnahmen gestatten eine weitere Verbesserung der Erziehungsverhältnisse, da nun die Gruppen der Jugendlichen kleiner gehalten werden können. – Die Sozialmedizinische Abteilung (Milchsuppe) gibt zu manchen Diskussionen und Verhandlungen Anlaß; weite Bevölkerungskreise zeigen großes Verständnis für die sich hier stellenden Probleme. – Grabungen von Studenten unter der Leitung von Dr. Werner Meyer ergeben für die Baugeschichte der Burg und des Freihofs Löwenburg interessante Aufschlüsse. Zahlreiche Funde werden in einem kleinen Museum fachgemäß aufgestellt. – Die Gebäulichkeiten des Wirtshauses zu St. Jakob erfordern einen Umbau.

## 1961

Ein Blick in die Arbeit der einzelnen Institutionen der Bürgergemeinde zeigt eine gewaltige bauliche Entwicklung: allerorten wird geplant, gebaut und renoviert, alles im Hinblick auf die Verbesserung der sozialen und medizinischen Verhältnisse unseres Basler Gemeinwesens. – Vom 10.–12. November ist der Weitere Bürgerrat neu zu bestellen, wozu erstmals auch die Basler Bürgerinnen aufgerufen sind. Trotz «diesem historischen Ereignis» beträgt die Stimmbeteiligung nur 53,87%, d.h. nur 5% mehr als 1957; von den Frauen gehen 56%, von den Männern 44% zur Urne. Dem neuen Rat gehören 14 Frauen an. – Im Mai erfolgt der Abbruch der alten Leimenklinik und bald darauf der Baubeginn für das neue Gebäude. – Der Große Rat beschließt die Errichtung einer Zentralwäscherei; sie soll im gesamten Bereich der Spitalwäschereien eine Rationalisierung bringen. – Die Lehrlingsgruppe und die Gruppe der ältern Knaben beziehen im Waisenhaus ihr neues Heim mit Räumen ohne Anstaltscharakter. – Neuerdings finden auch Nicht-Baslerbürgerkinder mit normalen Erziehungsschwierigkeiten im Waisenhaus Aufnahme, ihre Zahl soll aber 10% nicht überschreiten. – Nach 15 Jahren reicher Tätigkeit schließt das Beobachtungsheim «Sunnehüsli»; noch unge-

löste dringende Fälle finden im Kinderspital Aufnahme. – Die Führung des Lehrtöchterheims bringt dem Waisenhaus neue schwere Probleme; die Lebenshaltung vieler Töchter zielt in erster Linie auf äußere Werte. – Die Christoph Merian'sche Stiftung gedenkt anläßlich ihres 75jährigen Bestehens in besonderer Weise der Armenanstalten; diese erhalten einen außerordentlichen Beitrag von einer Million Franken. Die Summe reicht für die ordentlichen Beiträge und nahezu für die Bezahlung der restlichen Baukosten des Lehrlingshauses. – Ausgrabungen auf der Löwenburg bringen neue Erkenntnisse über das Leben auf einer mittelalterlichen Burg. – Die Mühle in Unter-Brüglingen wird zu Lehrzwecken wieder instandgestellt.

## 1962

Der Weitere Bürgerrat stimmt der Schaffung eines Paraplegikerzentrums im Rahmen der Sozialmedizinischen Abteilung Milchsuppe zu sowie der Bereitstellung des für die Bauten nötigen Areals. – Der Rückgang der Unterstützungsfälle durch das Fürsorgeamt geht auf die Leistungen der Eidg. AHV und IV und der kantonalen Altersfürsorge zurück, rund vier Fünftel der Altersfürsorge-Rentenbezüger sind jetzt von den Armenbehörden unabhängig. – An der Ecke Hebelstraße/Klingelbergstraße gewährleistet der im April eröffnete Neubau der Schwesternschule einen erfreulichen Schulbetrieb und gleichzeitig eine angemessene Unterkunft. 76 Schwestern stehen in der Ausbildungszeit. – Neu sind die eineinhalbjährigen Ausbildungskurse der «Schule für Pflegerinnen Betagter und Chronischkranker», deren erste zwei Kurse von 42 Schülerinnen besucht werden. – Der Aufruf «mit 17 Jahren in den Spitaldienst» wirbt für einen Spitalgehilfinnenkurs, der zu einer spürbaren Entlastung des Pflegepersonals führt. – Der Spitalneubau beschäftigt die verschiedenen Behörden von Kanton und Bürgergemeinde. – Anstelle der Rekonvaleszentenstation Brüglingen soll auf St. Chrischona ein Neubau für 60 Patientinnen entstehen, so wird ein sehr altes Postulat endlich verwirklicht. – Wie in anderen Berufszweigen ist es auch im Bereich der Erziehung schwer, geeignete Mitarbeiter und genügend qualifizierten Nachwuchs zu erhalten. Aus diesem Grunde eröffnet das Waisenhaus die «Berufslehre für Heimerziehung», die mithelfen will, diese Notlage zu beseitigen; die Persönlichkeitsentwicklung der angehenden Erzieher steht an erster Stelle. – Der erste diesjährige Kurs wird von 9 Absolventen besucht, der zweite von 14 Teilnehmern (12 Frauen, 2 Männer). – Im Lehrtöchterheim wird auf die Gestaltung der Freizeit besonderer Wert gelegt. – Zu den großen Projekten der Christoph Merian'schen Stiftung gehören der Bau einer Alterssiedlung

Sesselacker, die Überbauung des Hintern Jakobsberges, des Areals Thiersteinerrain/Hauensteinstraße/Schlangenwäldchen sowie der an die Dreispitzlagerplätze anschließenden Fläche.

## 1963

Im Fürsorgebereich ergeben sich immer wieder Schwierigkeiten in der Verwandtenunterstützung; der Verwandtenbeitrag kann auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen unter gewissen Voraussetzungen erzwungen werden. «Sympathischer ist allerdings, wenn die gegenseitige Hilfeleistung unter Blutsverwandten in Anerkennung einer moralischen Verpflichtung dem Angehörigen gegenüber erfolgt.» – Das Bürgerspital eröffnet eine Laborantinnenschule. – Durch den Baubeginn des neuen Felix Platter-Spitals und der Rekonvaleszentenstation auf St. Chrischona werden die Bemühungen des Gemeinwesens um die Pflege der Chronischkranken und Rekonvaleszenten erneut dokumentiert. – Die Sozialmedizinische Abteilung verzeichnet – wie auch die Altersheime und das Krankenhaus – eine Zunahme der Pflegetage. – Nach langjährigen Verhandlungen und Projektierungen sowie heftigen öffentlichen Diskussionen wegen der Lage des Spitals und der Architektur stimmen der Weitere Bürgerrat und der Große Rat dem Vertrag über die Erneuerung und den weiteren Ausbau (III. Bauetappe) des Spitals zu. – Die Christoph Merian'sche Stiftung schließt verschiedene Bauverträge ab; sie ermöglicht so die Erstellung von Schrebergärten und von größeren Wohnsiedlungskomplexen. Gleichzeitig treibt sie ihre eigenen Bauprojekte intensiv vorwärts.

## 1964

Im Zusammenhang mit dem Verfassungsentwurf für einen wiedervereinigten Kanton Basel äußert sich der Bürgerrat in einer Eingabe über die genaue Formulierung des Begriffs «Gemeinde», damit jegliche Unklarheiten ausgeschlossen sind. – Die finanzielle Lage der Bürgergemeinde und ihrer Institutionen ist unbefriedigend, es muß eine Neuordnung der rechtlichen und finanziellen Beziehungen zwischen Bürgergemeinde und Kanton angestrebt werden. – Nach dem Tode von Gottfried Albert Baehler, der bereits 1927 eine Stiftung errichtet hatte, wird die Bürgergemeinde Alleinerbin des Vermögens (Fr. 390 000.–, inkl. zwei Liegenschaften); der Betrag wird der Stiftung zugewiesen. – Frau Maria Ida Kurz von der Crone hinterläßt für

Unterstützungszwecke ein Vermächtnis (Fr. 146 000.–); die Verwaltung geht ans Bürgerliche Fürsorgeamt über. – Das Stadthaus erfährt eine vollständige Renovation; Kanzlei und Forstverwaltung ziehen ins Haus Blumenrain 2, die Sitzungen des Weitern Bürgerrates finden im Saal des Großen Rates statt. – Die Beschlüsse der Parlamente von Kanton und Bürgergemeinde über die bauliche Vollendung des Bürgerspitals in einer dritten Bauetappe erhalten anfangs Februar in Volksabstimmungen die Genehmigung: Kanton: 23 282 Ja gegen 11 589 Nein; Bürgergemeinde 31 061 Ja gegen 13 906 Nein. Die Stimmbeteiligung beträgt im Kanton 53%, in der Bürgergemeinde 63,3%. – Im Dezember nimmt das Basler Volk den sogenannten Gegenentwurf für ein neues Bürgerrechtsgesetz an und zwar mit 15 242 Ja gegen 4346 Nein; der Ergänzungsvorschlag zum bestehenden Gesetz von 1902 wird gleichzeitig mit 13 128 Nein gegen 6006 Ja verworfen. Das neue Gesetz trägt Diskussion, Rekursverfahren und geschützter staatsrechtlicher Beschwerde einer Petentin gegenüber den berechtigten Interessen der Gemeinwesen Rechnung und verlangt, daß ein Bewerber «mit den Verhältnissen in Gemeinde, Kanton und Bund vertraut ... und genügend assimiliert ist». Die neuen Beurteilungsfaktoren legen der Bürgergemeinde eine schwere Verantwortung auf, da die Frage der Assimilation nicht leicht zu beurteilen ist. – Das Bürgerspital verzeichnet eine Überbeanspruchung in einzelnen Krankenabteilungen. – Nach der Eröffnungsfeier vom 6. November nimmt die neue Leimenklinik ihren Betrieb auf; diese Außenstation mit 160 Betten (meist Zweierzimmer) bildet einen wesentlichen Bestandteil des gesamten Programms zur Erweiterung und Erneuerung der Basler Alters-Pflegeheime. – Die 1962 geschaffene Schule für Pflegerinnen Betagter und Chronischkranker erhält die endgültige Anerkennung durch das Schweizerische Rote Kreuz. – Für den Bau des Schweizerischen Paraplegikerzentrums erfolgt am 7. April der erste Spatenstich. – Mit einem Jubiläumsgottesdienst gedenkt die Christoph Merian'sche Stiftung am 5. Juni des 100jährigen Bestehens der Elisabethenkirche. Die Gemeinde erhält als Geschenk eine Positiv-Orgel. – Die Stiftung bearbeitet zahlreiche Bauprojekte und beschäftigt sich intensiv mit Plänen zur Erstellung eines neuen Botanischen Gartens auf ihrem Areal in Brüglingen.

## 1965

Die Erneuerungswahlen vom 5./7. November ergeben verschiedene personelle Änderungen, von den 71 775 Stimmberechtigten gehen 30 633 zur Urne (= 42,7%). – Die Ehegatten Gustav und Ernestine Basnizki-Wolf

errichten eine selbständige Stiftung, die von der Bürgergemeinde und dem Juristischen Seminar verwaltet wird. – Das Bürgerspital begeht mit verschiedenen Veranstaltungen, Feiern und Aktionen das Jubiläum des 700-jährigen Bestehens; am 11. September findet in der Peterskirche der offizielle Festakt statt. Alle Anlässe zeigen einmal mehr, wie das Spital mit Behörden und weitesten Kreisen der Bevölkerung verbunden ist. Eine öffentliche Geldsammlung für die Sozialmedizinische Abteilung und das Fürsorgewesen ergibt den Betrag von über Fr. 108 000.–. – Die Plafonierung des Fremdarbeiterbestandes bewirkt eine vermehrte Auftragserteilung an die Sozialmedizinische Abteilung, die entsprechenden Arbeiten wurden bisher durch ausländische Arbeiterinnen in privaten Unternehmungen verrichtet. – Die neue Bau-Etappe des Spitals zeigt sich mit zahlreichen Hausabbrüchen an. – Am 6. Juli besucht der Gesamtbundesrat das Hofgut Löwenburg.

## 1966

Auf den 1. Januar tritt das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz in Kraft, dem auch die Bürgergemeinde untersteht. – In der Hard kann ein Vogelschutzgebiet eingerichtet werden; ein Betretungsverbot sorgt für den Schutz von Pflanzen und Tieren. – Personalmangel zwingt zur zeitweisen Stillegung einer größeren Anzahl von Betten (bis 80). – Die Ausbildungskurse für das Spitalpersonal verzeichnen jedoch eine zunehmende Frequenz. – Die Rekonvaleszentenstation St. Chrischona ist seit dem 6. Oktober mit erholungsbedürftigen Patientinnen aus dem Bürgerspital belegt. – An der Klingelbergstraße beginnen die Bauarbeiten an der «Schule für Pflege Betagter und Chronischkranker». – Die Zentralwäscherei erledigt alle Wäsche- und Näharbeiten des Spitals und bringt so eine spürbare Funktionsentlastung. – Nach langjährigen umfassenden und funktionsgerechten Renovationen und Umbauten wird am 17. Mai das Hofgut Löwenburg samt Kirche offiziell eingeweiht. – Die Mühle in Brüglingen ist wieder instand gestellt. Hier zeigt auch das Schweizerische Museum für Volkskunde wertvolle Objekte seiner Müllereisammlung. – Im Tal der Lützel erwirbt die Christoph Merian'sche Stiftung das Areal der Neumühle, sowie ein Fisch- und ein Wasserrecht. – Die Erholungsstation im Herrschaftshaus Brüglingen wird geschlossen, die Rekonvaleszenten ziehen auf die Chrischona; das Gebäude wird nun entsprechend den Bestimmungen der Witwe Christoph Merians umfassend renoviert; es soll dem zukünftigen Botanischen Garten als Bureaugebäude und als Ort für wissenschaftliche Arbeiten dienen. Einige Räume weisen wertvolle Malereien auf, so daß das Gebäude ein weiteres von der Stiftung

sorgfältig behütetes Kunstwerk darstellt. – Auf der Löwenburg wird ein prachtvolles Muneli großgezogen, das die Schweizer Mustermesse anläßlich ihres 50jährigen Bestehens von der St. Galler OLMA geschenkt erhalten hat.

## 1967

Schwere Stürme verursachen im Spätwinter und im Mai beträchtliche Waldschäden in der Hard und in den Langen Erlen. – Mit der Vollendung und Eröffnung des Schweizerischen Paraplegikerzentrums am 6. Juni ist eine Rehabilitationsstätte für Querschnittgelähmte geschaffen worden, die auf dem europäischen Kontinent nicht ihresgleichen hat. Gewisse Einrichtungen stehen auch der benachbarten Eingliederungsstätte der Sozialmedizinischen Abteilung zur Verfügung, so die Bäder, die Turnhalle und Räume der Beschäftigungstherapie. Für die Deckung der Betriebskosten des Zentrums liegen Zusicherungen von außerkantonalen und eidgenössischen Behörden vor. – Die Berufsschulen des Spitals stehen im Zeichen einer erfreulichen Weiterentwicklung. – Die neue Spitalgärtnerei und der Maurer-Werkhof für die Spitalwerkstätte haben auf dem Milchsuppe-Areal ihren Betrieb aufgenommen. – Die Ruine Löwenburg erfährt nach der wissenschaftlichen Ausgrabung fachgemäße bauliche Festigung. – Nach dem Verkauf der Liegenschaft Elisabethenstraße 16 für den Theaterneubau an die Einwohnergemeinde beziehen die beiden Kindergärten der Christoph Merian'schen Stiftung das neu erworbene und renovierte Haus an der Wallstraße 16. – Der Weitere Bürgerrat nimmt von den Plänen und Verträgen der Christoph Merian'schen Stiftung über die Erstellung des neuen Botanischen Gartens in zustimmendem Sinne Kenntnis.

## 1968

Nach drei Jahren können Kanzlei und Behörden mit einer Festsitzung am 3. Dezember das prächtige Stadthaus, das seine ursprüngliche barocke Schönheit wieder erlangt hat, beziehen. Zur Restaurierung leistete auch der Bund eine namhafte Subvention. Anläßlich dieser Einweihung läßt der Bürgerrat ein neues Stadtbanner anfertigen. – Die dem Stadthaus benachbarte Liegenschaft wird von der Bürgergemeinde erworben und im Baurecht abgegeben. – Das Altersheim am Bruderholz wird durch den Bau eines praktischen Personalhauses und durch verschiedene Neu-Einrichtungen erweitert. – Auf Grund verschiedener Vorstöße wird der dringend notwendige

Neubau des Dauerheims der Sozialmedizinischen Abteilung vorangetrieben. – Durch Beschluß des Großen Rates erfolgt die Erweiterung des Bürgerspitals nicht nach den Plänen von 1967. Ein Baudirektorium hat die Aufgabe, die sistierten Projektierungsarbeiten und eine Neuplanung an die Hand zu nehmen. – Für die externen Spitalbediensteten kann Ende März an der Hagentalerstraße ein Bau mit 21 Wohnungen bezogen werden. – Bei zwei Bauplätzen der Christoph Merian'schen Stiftung stoßen Wissenschafter auf interessante archäologische Funde: Auf dem Sesselacker werden Silex-Werkzeuge (= Hornstein), vermutlich aus neolithischer Zeit gefunden, und im Neumühlefeld beim Hofgut Löwenburg kommt eine umfangreiche Silex-Abbaustelle von Moustérien-Menschen (Neandertaler) zum Vorschein. Die Untersuchungen führt das Laboratorium für Urgeschichte der Universität Basel durch. – Zwischen der Christoph Merian'schen Stiftung und der «Aktiengesellschaft Botanischer Garten der Stadt Basel in Münchenstein» kommt ein Baurechts- und Gebrauchsleihvertrag zustande. – Die Überbauung «Hinterer Jakobsberg» ist vollendet, und die zahlreichen Einfamilien- sowie Mehrfamilienhäuser und eine Alterssiedlung werden bezogen. – Die ehemalige Hammerschmiede am Teichweg in Münchenstein erfährt eine Renovation und wird einer Roßhaarspinnerei zur Verfügung gestellt. – Die Stiftung setzt sich für die Verwirklichung des «Basler Mahlzeitendienstes für Betagte» ein, diese neuartige Essensvermittlung wird erfolgreich gestartet.

## 1969

An den Erneuerungswahlen vom 21.–23. November beteiligen sich von den 71 303 Stimmberechtigten deren 25 002, das heißt 35,06%. In dem neuen Rat sind die Frauen mit 10 (vorher 14) vertreten. – Am Nachmittag des 7. November brennt ein großer Teil des 1905 erstellten und später restaurierten Ökonomiegebäudes beim Waldhaus nieder, es enthielt die Waschküche, Personal- und Gästezimmer. Eine Kommission des Weitern Bürgerrates befaßt sich mit den Fragen des Wiederaufbaus des Gebäudes und mit der Zukunft des Waldhauses. – Auf Wunsch der Regierung verzichtet der Bürgerrat unter Wahrung des grundsätzlichen Anspruchs auf das den bürgerlichen Fürsorgeanstalten zustehende Drittel am Ertrag der Hundesteuer; eine Ersatzleistung zugunsten der bürgerlichen Armenanstalten wird gesucht. – Der Altersdurchschnitt bei den Insaßen im Altersheim am Bruderholz beträgt 81 Jahre. Das wöchentliche Altersturnen findet begeisterten Anklang. – Trotz des nach wie vor empfindlichen Personalmangels können im Bürgerspital wesentliche Mehrleistungen vollbracht werden, die Zahl der Patienten steigt

seit dem Vorjahr um 14%. – Die Medizinischen Kliniken und die Medizinische Universitätspoliklinik bereiten die Fusion ihrer Abteilungen vor. – Das Tagesspital der Leimenklinik am Byfangweg erfährt eine Erweiterung auf 40 Patienten. – Im Dauerheim der Sozialmedizinischen Abteilung zeigt sich verstärkt eine geistige Umschichtung bei den Insaßen. Die Leute sind passiver und individualistischer; anstelle von Gemeinschaftsspielen treten Radio und Fernsehen. – Das Rehabilitationsprogramm im Paraplegikerzentrum verzögert sich, da die berufliche Rehabilitation erst dann beginnen kann, wenn der Patient den Unfallschock seelisch verarbeitet hat und damit die innere Bereitschaft zur Mitarbeit vorhanden ist. – Die Schwesternschule des Bürgerspitals feiert ihr 25jähriges Bestehen. – Im Zusammenhang mit der dritten Bau-Etappe werden verschiedene Betriebsprovisorien eingerichtet. – Mit zahlreichen originellen Veranstaltungen begeht das Waisenhaus seine 300-Jahr-Feier, in deren Mittelpunkt das Kind steht. Am 5. September findet ein feierlicher Akt statt; wenige Tage später stehen die Gebäude und weiten Gartenanlagen der Öffentlichkeit offen. Ein bunt aufgezogener Bazar und ein Fußballmatch bilden reiche Abwechslung. Viele Ehemalige aus nah und fern nehmen an einem eigenen Festtag teil. Alle Anlässe bekräftigen die Verbundenheit des Waisenhauses und seiner Kinder mit der Bürgerschaft. – Die urgeschichtlichen Forschungen auf dem Neumühlefeld der Löwenburg gehen weiter. Es wird klar, daß die Funde auf ein großes früh-neolithisches Silex-Bergwerk und auf einen früheren mittelpaläolithischen Abbau (Moustérien, ca. 40 000 v. Chr.) hinweisen. Als Arbeitsgeräte werden über 30 Schlagsteine sowie Hirschgeweihe gefunden. – Die Christoph Merian'sche Stiftung beschäftigt sich wiederum mit zahlreichen Bauaufgaben. In der Überbauung Sesselacker ziehen die ersten Mieter ein, die weitern Bauten werden nach und nach bezogen.

## 1970

Die Rumpelclique übergibt der Bürgergemeinde eine kunstvoll gestaltete Fasnachtslaterne mit dem Sujet «s' Radio-Orchester kunnt uff Basel». Sie wird in einem Treppenabschnitt des Stadthauses aufgestellt und gibt diesem eine besondere baslerische Note. – Das durch einen Brand zerstörte Ökonomiegebäude des Waldhauses wird wieder aufgebaut, für die Neugestaltung des gesamten Waldhausareals verlangt der Weitere Bürgerrat von der Exekutive einen näheren Bericht. – Unter den 182 aufgenommenen ausländischen Bewerbern um das Basler Bürgerrecht stehen erstmals die ungarischen Flüchtlinge mit 90 Gesuchen an erster Stelle. – Im Zusammenhang mit dem Naturschutzjahr 1970 wächst das Verständnis für Natur- und Umweltschutz

sowie die Erkenntnis, den stadtnahen Waldungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken und sie intensiv zu pflegen. – Die Fürsorgefälle nehmen wohl ab, die noch verbleibenden stellen aber schwerwiegende Probleme, da sie oft bedingt sind durch ungelöste seelische Probleme und durch Vereinsamung. – Im Bürgerspital wird eine dringend notwendige interdepartementale Abteilung für Organtransplantationen (besonders Nieren) und Heimdialyse geschaffen, die den nordwestschweizerischen Schwerpunkt für derartige Transplantationen bildet. – Der Weitere Bürgerrat beschließt die Aufstockung und den Ausbau der Rekonvaleszentenstation St. Chrischona, um in dieser Erholungsstätte auch Männer aufnehmen zu können. – Trotz allgemeiner wirtschaftlicher Rationalisierungsprozesse verzeichnen die Werkstätten der Sozialmedizinischen Abteilung Vollbeschäftigung. – Im Zusammenhang mit der III. Bauetappe des Spitals erfolgt der Beginn der Erstellung des Operationstraktes. – Im ehemaligen Kreuzgang des Kartäuserklosters (heutiges Areal des Waisenhauses) beginnt die Renovation des interessanten Freskenzyklus über die Anfänge des vom hl. Bruno im 11. Jahrhundert gegründeten Ordens. – In der auswärtigen Fürsorge des Waisenhauses fallen immer mehr Jugendliche auf, die an ihrem Pflegort unerwünscht sind. Unsere Gesellschaft zeigt Unduldsamkeit und Unverständnis, und es ist sehr notwendig, weitesten Kreisen der Bevölkerung die Probleme der Jugendlichen näherzubringen und mit ihnen nach Lösungen zu suchen. – Mit dem Bezug des 33 Eigentumswohnungen umfassenden Hochhauses am Waldrand sowie des Kindergartengebäudes wird die von der Christoph Merian'schen Stiftung erstellte große Überbauung Hinterer Jakobsberg abgeschlossen. – Auch die große Überbauung Sesselacker geht ihrem Endzustand entgegen, die vielen Betonwände erfahren durch geschickt angelegte Grünpartien Belebung und Auflockerung. Die ganze Überbauung umfaßt 126 Wohnungen mit 1–7½ Zimmern, ferner 71 Einfamilienhäuser mit 4½–7½ Zimmern, dazu kommen noch: Autoeinstellhallen, Musikzimmer, Schwimmbad, Ladengebäude, Freizeitwerkstatt und Spielanlagen. – Durch einen von Knaben verursachten Brandausbruch werden im Herrschaftsgebäude Brüglingen bereits restaurierte wertvolle Stukkaturen und Deckenmalereien wieder zerstört; ihre Instandstellung verzögert den Abschluß der Renovation.

## 1971

Aufgrund eines Abtausches von Liegenschaften erwirbt die Bürgergemeinde die Bauten Schneidergasse 2 und 8; dadurch kann der Bürgerrat vermehrt für eine dem Stadthaus angemessene Umgebung sorgen. – Nach

umfangreichen Studien erfolgt eine Reorganisation der Spitalleitung; Hauptmerkmal der neuen Struktur ist die Straffung der Führungsspitze. – Die langjährigen, oft etwas zähen Verhandlungen mit dem Regierungsrat über die Abtretung der Universitätskliniken im Bürgerspital an den Kanton finden am 14. Dezember mit der Unterzeichnung eines Vertrages ihren Abschluß (Einzelheiten finden sich weiter hinten im Abschnitt über das Bürgerspital). – In der Übersicht der Krankheiten, die in Abteilungen des Spitals behandelt werden, fällt die starke Zunahme von Ekzemen bei Frauen auf, wobei es sich meistens um Schädigungen durch Waschmittel und andere Chemikalien handelt. Vermehrt melden sich auch Patienten mit Kopf-, Filz- und Kleiderläusen, was als Folge einer zunehmenden Verwahrlosung gedeutet werden könnte. – Die Schwesternschule wird in «Schule für diplomierte Krankenschwestern und Krankenpfleger» umbenannt und bildet nun, wie schon früher, auch männliches Spitalpersonal aus. – Am 1. Juli stimmt der Große Rat nach einer lebhaften Debatte der neuen Kreditvorlage von insgesamt 300 Millionen Franken für die Neubauten des Bürgerspitals zu. Im September beginnen bereits an verschiedenen Stellen umfangreiche Bauarbeiten. – Das Waisenhaus erhält als Vermächtnis von Dr. Henry Faucherre eine außerordentlich interessante und wertvolle Sammlung sämtlicher Schweizer Marken. – Die renovierte Hammerschmiede in Neuewelt wird unter Denkmalschutz gestellt.– Die Christoph Merian'sche Stiftung erklärt sich bereit, an die Restaurierung der Barfüßerkirche für ein Museum der Stadtgeschichte einen Beitrag von rund vier Millionen zu leisten und prüft eine Beteiligung an der Stiftung für ein zu schaffendes Papiermuseum im St. Albantal. – Im März können die insgesamt 63 Wohnungen des Hochhauses Karl Jaspers-Allee 40 bezogen werden. Das 16stöckige Bauwerk bietet zum Teil Ersatz für Wohnungen, die dem Autobahnbau weichen müssen. – Die Direktion des Botanischen Gartens bezieht ihre Verwaltungsräume im Herrschaftshaus in Brüglingen.

## 1972

Die Abtretung der Universitätskliniken an den Kanton wird eine Verminderung der Geschäfte der Behörden der Bürgergemeinde mit sich bringen. Aus diesem Grunde sieht sich der Bürgerrat veranlaßt, die Organisation der Behörden und Verwaltungen der Bürgergemeinde zu prüfen, um gegebenenfalls ein Anpassung an die neuen Verhältnisse zu veranlassen. Er kommt zum Schluß, «dem Regierungsrat zu Handen des Großen Rates die Änderung der §§ 14, 15 und 18 des Gemeindegesetzes zu beantragen und zwar in dem Sinne, daß mit sofortiger Wirkung die Amtsdauer des Weitern Bür-

gerrates und des Bürgerrates auf sechs Jahre verlängert wird, und daß die jeweiligen Präsidenten und Statthalter der beiden Räte für drei Jahre zu wählen sind». Eine solche Lösung ist vertretbar, da die bürgerlichen Behörden keine politischen Behörden im eigentlichen Sinne des Wortes sind, da entsprechende Amtszeiten auch in anderen Kantonen festgelegt sind und da die bürgerlichen Ratsgremien keinen starken Veränderungen unterworfen sind. Der Weitere Bürgerrat, der Regierungsrat und der Große Rat stimmen der vorgeschlagenen Änderung des Gemeindegesetzes zu; eine Opposition zeigt sich einzig in kleinen politischen Gruppen, die sich in ihren Volksrechten beeinträchtigt fühlen. – Die Bürgergemeinde erwirbt die Liegenschaft Schneidergasse 10. – Der Weitere Bürgerrat stimmt dem von Architekt F. Vischer vorgelegten Projekt für eine Neugestaltung der gesamten Anlage des Waldhauses in der Hard zu. Eine Ausführung kommt aus verschiedenen Gründen, vor allem wegen der bundesrätlichen Beschlüsse betreffend die Dämpfung der Baukonjunktur, noch nicht in Frage. – Die Zahl der Patienten im Bürgerspital nimmt zu, die Zahl der Pflegetage jedoch ab, eine Folge der Bemühungen, die Aufenthaltsdauer der Patienten im Akutspital so kurz wie möglich zu halten sowie des Bestrebens, das Personal über das Wochenende vermehrt freizustellen. – Die Vorbereitungen für die Trennung Bürgerspital-Kantonsspital bestimmen im Spitalbetrieb manches Geschehen im Ablauf des Jahres. – Das schön gestaltete und zweckmäßige Hallenbad unter der Gartenanlage des Waisenhauses ist seit Juni in Betrieb und erfreut sich großer Beliebtheit. – Die Christoph Merian'sche Stiftung übernimmt die Herausgabe des seit 1879 (mit Unterbruch der Jahre 1880 und 1881) erscheinenden Basler Stadtbuches, das für die Geschichte und die Kultur Basels von hoher Bedeutung und bleibendem Wert ist. – Im ersten Stock des Verwaltungsgebäudes der Stiftung wird ein gediegener Raum mit Möbeln des Stifters Christoph Merian sowie mit dem noch spielbaren Hammerflügel seiner Gattin Margaretha Merian-Burckhardt ausgestattet und so eine kleine Erinnerungsstätte geschaffen, die als Besprechungs- und Musikzimmer dient.

## 1973

Wiederum nimmt der Bürgerrat mit Freude und Dankbarkeit von zwei großzügigen Schenkungen in Oberwil, Montagnola und Agra an die Christoph Merian'sche Stiftung Kenntnis; immer wieder kommt zum Ausdruck, daß sich einzelne Basler Bürger mit der Bürgergemeinde und mit den unter ihrer Aufsicht stehenden Institutionen besonders eng verbunden fühlen. – Der Erwerb des Rämelwaldes in Burg im Leimental (131,77 ha) durch die

Stiftung bedeutet eine wertvolle Ergänzung des städtischen Waldbesitzes. – Auf den 1. Januar 1973 tritt der Abtretungsvertrag der Universitätskliniken an das Kantonsspital in Kraft. Die abschließenden zahlreichen Besprechungen verlaufen im Geiste gegenseitigen Verständnisses und echter Partnerschaft. – Die neue Verwaltung des Bürgerspitals nimmt an der Leimenstraße 62 ihren umfangreichen Betrieb auf, der von Anfang an klar organisiert ist und sich so rasch entwickeln und festigen kann. – Zu den Ereignissen im Jahresablauf des Waisenhauses gehört jetzt der Tanz des «kleinen Vogel Gryff», der von einem 11jährigen Knaben geschaffen wurde; das kleine Spiel wird an verschiedenen Anlässen außerhalb des Waisenhauses aufgeführt. – Ende August findet zum 150. Mal das Johannisfestli statt, eine Art Jugendfest mit verschiedenen Attraktionen; der Anlaß geht auf eine Stiftung von Johannes Brunner aus dem Jahre 1823 zurück. Um das Jubiläum den Beteiligten noch bewußter zu machen, erhält jedes Kind anläßlich des Festes ein «Feldsässeli» überreicht. – Die Christoph Merian'sche Stiftung ändert ihren Namen in «Christoph Merian Stiftung». – Der schlechte bauliche Zustand der Fassade der Elisabethenkirche, eine Stiftung von Christoph Merian, erfordert eine Abschrankung des Kirchenplatzes, um so die Passanten vor eventuell herunterstürzenden Fassadenteilen zu schützen. – Im Herbst kann nach umfangreichen Restaurierungsarbeiten die Neumühle (Wirtschaft und kleiner Hotelbetrieb) eröffnet werden.

## 1974

Einen schweren, unerwarteten Verlust erleidet die Bürgergemeinde am 11. April 1974 durch den Tod des geschätzten Bürgerratsschreibers Dr. Franz Holzer, der während vieler Jahre alle seine Kräfte in den Dienst unserer Institutionen und Behörden setzte; sein Wirken verlieh der Bürgergemeinde ein Gepräge, das mithalf, sie der Öffentlichkeit vertrauter zu machen. – Der Bürgerrat beschäftigt sich intensiv mit der Gesamtüberbauung zwischen der St. Alban-Anlage und der St. Albanvorstadt. Er bemüht sich, in den Verhandlungen mit den verschiedenen Liegenschaftsbesitzern eine bessere bauliche Ausnützung des Areals unter Wahrung einzelner Teile der prächtigen Parkflächen zu erreichen; die Bürgergemeinde selbst ist Besitzerin der über 29 a umfassenden Parzelle St. Alban-Anlage 27. – Im Rahmen der Erarbeitung von Zielvorstellungen für die Zukunft unseres Kantons stimmt der Bürgerrat einem Vorschlag der Regierung zu, ein für die Bürgergemeinde geeignetes, abgegrenztes Thema zur Bearbeitung zu übernehmen. Das «Förderungsprogramm Innerstadt» wird ausgewählt und gleichzeitig das Patro-

nat über das «Forum Basel» übernommen. Diese private Organisationsgruppe befaßt sich seit einiger Zeit mit dem gleichen Thema. Der Bürgerrat ist im Arbeitsausschuß mit einem Mitglied und dem Bürgerratsschreiber vertreten, die Sitzungen finden im Stadthaus statt. – Im Fürsorgebereich steigt die Zahl der zu betreuenden Fälle durch die abflachende Konjunktur leicht an, schwer zu vermittelnde Arbeitskräfte bekommen die Situation zuerst zu spüren. – Das Bürgerspital stellt mit Befriedigung fest, daß die Zusammenarbeit mit den kantonalen und eidgenössischen Behörden gut funktioniert, denn die vielschichtigen Aufgaben im Bereich der Betagten- und Invalidenbetreuung können nur gemeinsam gelöst werden. – Im Oktober beginnt der Aushub für das äußerst notwendige Altersheim und Alterszentrum am Weiherweg. – Das Schweizerische Paraplegikerzentrum wird zur selbständigen Abteilung des Bürgerspitals erklärt und administrativ direkt der Direktion unterstellt. Der medizinische Erfolg des Zentrums ist sehr groß. Bei den akut Querschnittgelähmten, die innerhalb der ersten Stunden nach der Verletzung des Rückenmarkes zugewiesen werden, erzielt die ärztliche Kunst außerordentliche Resultate. Bei 61,7% der sofort nach dem Unfall eingewiesenen Querschnittgelähmten kann 1974 eine wesentliche Besserung bis vollständige Heilung der Lähmung erreicht werden. 180 Patienten verlassen das Zentrum, beinahe 80% davon können dank der intensiven Pflege und der früh eingesetzten Rehabilitation nach Hause zurückkehren und einer beruflichen Tätigkeit in der freien Wirtschaft nachgehen. – Der veraltete Speisesaal des Waisenhauses erfährt eine gründliche Renovation und dank namhafter privater Spenden auch eine gediegene Neumöblierung. – Die neue Alterspension Dalbehof an der Kapellenstraße 17, die auf dem Areal der Christoph Merian Stiftung entstanden ist, wird von der Stiftung verwaltet, aber durch das Bürgerspital betrieben. Sofort nach Vollendung des Baus ziehen viele ältere Personen ein. Die beiden 6- bzw. 8geschossigen Wohnhäuser weisen 24 Zweizimmer-Wohnungen für Einzelpersonen, 12 Zweizimmer-Wohnungen für Ehepaare sowie 4 Zweieinhalbzimmer-Dachwohnungen, einen gediegenen Speiseraum, einen Aufenthaltsraum, Krankenzimmer, Therapie-Behandlungsräume, ein Hallenbad sowie eine Autoeinstellhalle auf.

## 1975

Die Erneuerungswahlen prägen während einiger Zeit das Geschehen der Bürgergemeinde, sie finden vom 6.–8. Juni statt. Die Zahl der Stimmberechtigten beträgt 68 088, von diesen beteiligen sich 27 824 oder 40,86% an der

Wahl. Das Resultat bringt keine großen Veränderungen, der erwartete Einzug der «Progressiven Organisationen Basel» und der «Nationalen Aktion» in den Weitern Bürgerrat führt zwangsläufig zu Einbußen der traditionellen Parteien. Das Kräfteverhältnis der verschiedenen Parteien bleibt unverändert.

Parteistimmen, Prozentanteil, Sitzverteilung 1965, 1969, 1975 und die hauptsächliche Herkunft der Parteistimmen nach Wahllokalen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Freisinnig-demokratische Partei (Sevogel-, Isaak-Iselin-, Bruderholzschulhaus) | 147 370 | 13,85% | 7/6/*6* |
| Partei der Arbeit (Bläsi-, Isaak-Iselin-, Gotthelfschulhaus) | 56 104 | 5,27% | 2/2/*2* |
| Liberal-demokratische Bürgerpartei (Sevogel-, Bruderholz-, Isaak-Iselin-Schulhaus) | 171 035 | 16,08% | 7/8/*7* |
| Vereinigung evangelischer Wählerinnen und Wähler (Neubad-, Gotthelfschulhaus, Saalbau Breite) | 81 818 | 7,6% | 4/3/*3* |
| Sozialdemokraten und Gewerkschafter (Gotthelf-, Isaak-Iselin-, Wasgenringschulhaus) | 241 453 | 22,7% | 9/10/*9* |
| Landesring der Unabhängigen (Neubad-, Isaak-Iselinschulhaus, Restaurant zum alten Zoll) | 107 059 | 10,06% | 4/4/*4* |
| Christlich-demokratische Volkspartei (Isaak-Iselin-, Thiersteiner-, Neubadschulhaus) | 145 929 | 13,72% | 7/7/*6* |
| Progressive Organisationen Basel (Bläsi-, Thiersteinerschulhaus, Neue Gewerbeschule) | 42 443 | 3,99% | –/–/*1* |
| Nationale Aktion, Sektion Basel-Stadt (Isaak-Iselin-, Thiersteiner-, Gotthelfschulhaus) | 70 135 | 6,59% | –/–/*2* |

Total 1 063 346 Parteistimmen, Anzahl der Sitze 40.

Eine bessere kostendeckende Finanzierung des Paraplegikerzentrums ist das Ziel eines intensiven Einsatzes des Bürgerrates und des Bürgerspitals. Am 12. März erfolgt auf privater Ebene die Gründung der «Schweizerischen Paraplegiker-Stiftung»; sie bezweckt u.a. «... die ganzheitliche Rehabilitation

von Paraplegikern. Sie ergreift und unterstützt alle Maßnahmen, die nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft und Technik zur Erreichung dieses Zieles angezeigt sind. ... unterstützt die Paraplegiker in Härtefällen mit Beiträgen an Hilfsgeräte, Apparaturen und Einrichtungen, ... stellt Mittel für den Betrieb und Unterhalt von Paraplegikerzentren, ... fördert die Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals, ... und fördert in der Öffentlichkeit das Verständnis für die Paraplegiker durch Information.» – Aus finanzpolitischen Gründen wird die Rekonvaleszentenstation St. Chrischona in Chrischonaklinik umbenannt. – Die Christoph Merian Stiftung setzt sich für eine grundlegende Sanierung und Neubelebung des St. Albantales ein. Hier soll wie in früheren Jahrhunderten erneut geeignetes Kleingewerbe den erforderlichen Arbeits- und Verkaufsraum erhalten. Die Bemühungen werden in der Bevölkerung mit größter Befriedigung und Zustimmung aufgenommen.